

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **18./19. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 9. Dezember 2019

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.05 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)
 Protokoll: A. Fatzer
 Entschuldigt: 18./19. Sitzung: H.R. Hofer (SVP), F. Künzler (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 14./15. Sitzung	
2.	19.65	Auflösung der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neuwahl Ombudsperson (SOP)	S. Stierli
3.	19.103 (DFI)	8. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005	R. Kappeler
4.	18.70 (DFI)	Parlamentarische Initiative U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben	R. Kappeler
5.	19.116 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2020 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	M. Nater
6.	19.95 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur	R. Diener
7.	19.99 (DKD)	Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals	C. Bozzi-Brunel
8.(*)	19.111 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023	F. Helg

- | | | | |
|-----|-----------------|--|---------------------|
| 9. | 19.110 | Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019 | Verschiedene |
| 10. | 17.90
(DSS) | Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion U. Glättli (GLP), Ch. Baumann (SP), G. Gisler (SVP) und Y. Gruber (BDP/EVP) betr. Schulbehörden-Organisation Winterthur | |
| 11. | 19.108
(DSS) | Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt | |
| 12. | 19.23
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung | |
| 13. | 19.127
(DTB) | Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (GLP), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050 | |
| 14. | 17.119
(DSS) | Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), M. Zehnder (GLP), B. Huizinga (EVP/BDP) und G. Milicevic Decker (Grüne/AL) betr. mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten | |
| 15. | 17.95
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen | |
| 16. | 17.120
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss | |
| 17. | 17.67
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz) | |
| 18. | 17.159
(DTB) | Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung | |
| 19. | 16.93
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur | |
| 20. | 17.163
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen | |
| 21. | 16.121
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling | |
| 22. | 18.10
(DKD) | Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung? | |
| 23. | 18.13
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen | |
| 24. | 18.66
(DKD) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung | |

- | | | |
|-----|----------------|--|
| 25. | 18.57
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick |
| 26. | 18.22
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld |
| 27. | 18.68
(DSS) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung |
| 28. | 18.58
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung |
| 29. | 18.59
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP), A. Geering (CVP) und U. Hofer (FDP) betr. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Guten Abend. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 18. und 19. Sitzung des Amtsjahres 2019/20.

Für heute entschuldigen liessen sich Hansruedi Hofer und Fredy Künzler. Etwas verspätet kommt Lea Jacot.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Mitteilungen haben wir nur ganz wenige.

Zum einen liegt wie jedes Jahr vom FC Winterthur der Kalender auf den Tischen, als kleines Präsent vom FC Winterthur an die Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Dann möchte ich daran erinnern, dass für nächsten Montag nochmals die Nachmittagssitzung geplant ist von 16.15 – 18.30 Uhr mit anschliessendem Apéro für alle an diesem Abend Anwesenden.

Marc Wäckerlin wird, wenn er denn zum Sprechen kommt heute Abend, allenfalls sein Votum aufnehmen.

Persönliche Erklärung

Ratspräsident A. Geering: Mir wurde eine persönliche Erklärung angemeldet von Florian Heer.

F. Heer (Grüne): Das ist meine erste persönliche Erklärung da im Rat und für mich so etwas wie ein Akt von Zivilcourage. Letzte Woche war meine erste Budgetsitzung da im Gemeinderat und ich muss gestehen, ich war etwas schockiert. Selbstverständlich nicht über den politisch harten Ton, über den Hickhack oder die apokalyptischen Töne. Es war ein Begriff, der mich sehr, sehr, sehr betroffen machte. Das ist der Begriff vom «Wasserkopf». Mir ist die Bedeutung vom Zusammenhang mit einer Verwaltung selbstverständlich bewusst. Es gibt einen Duden und dort drin steht es halt. Trotzdem kann ich den nicht billigen. Er steht für eine ineffiziente Verwaltung, unproduktive Teile und für den schieren Umfang einer Verwaltung, die eigentlich zu gross ist. Das ist politisch okay, das anerkenne ich. Aber nicht den Ausdruck. Der Ausdruck ist eine umgangssprachlich stark abwertende Bezeichnung. Das Wort «Wasserkopf» ist in erster Bedeutung eine Krankheit, vor allem eine Krankheit. Eine Krankheit mit

dem Namen Hydrozephalus. Daher kommt auch die abwertende Verwendung. Diese Krankheit ist eine Ausdehnung der Hirnkammern, und das passiert, wenn man mehr Hirnflüssigkeit produziert als abgetragen wird. Die Schädeldecken von Kindern, die betroffen sind, werden durch den Druck, der im Hirn entsteht, geschädigt und es führt zu einer geistigen Beeinträchtigung. Ich habe im Laufe meiner beruflichen Laufbahn mit mehreren Menschen mit Hydrozephalus gearbeitet, u.a. mit einem erwachsenen Mann mit dem kognitiven Entwicklungsalter von ungefähr einem Neugeborenen, der das auch nicht verändern können wird.

Geschätzte Anwesende, für mich ist dieser Begriff etwas, das nicht vertretbar ist, wenn man ineffizient und überflüssig meint. Ich bin überzeugt, wir könnten und sollten uns differenzierter ausdrücken, ohne dabei beeinträchtigte Menschen – vermutlich unbeabsichtigt – herabzusetzen. Ich bin der Meinung, solche Begriffe gehören in eine Kategorie von (ganz bewusst in Anführungs- und Schlusszeichen) «Mongo» oder «Spasti». Und sie gehören nicht in den Ratssaal.

Bitte entschuldigen Sie meine Abgleisung vom Budget. Trotzdem danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident A. Geering: Wünscht der Stadtrat zu replizieren? – Nein.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen um 16.20 Uhr zur Traktandenliste. Wir sind heute sehr gut unterwegs.

Die Traktandenliste haben wir eigentlich bereits letzten Montag genehmigt. Ich erwähne es nochmals kurz: Das Traktandum 9 ist abgesetzt, weil es noch nicht behandlungsreif ist. Die Traktanden 11 und 12 werden wir zusammen beraten. Und für das Traktandum 14 und folgende werde ich am Anfang von Traktandum 14 den Antrag stellen auf Redezeitbeschränkung auf 3 Minuten.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall.

Damit können wir die Sitzung dort aufnehmen, wo wir letzten Montag unterbrochen haben, beim Traktandum 8.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.111: Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023

Ratspräsident A. Geering: Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023.

Wir haben das Departement Kulturelles und Dienste schon abgeschlossen.

Das Departement Finanzen haben wir angefangen und machen jetzt dort weiter.

PG 263, Städtische Allgemeynkosten/Erlöse:

Wir haben in dieser Produktegruppe 3 Kommissionsanträge und 2 Fraktionsanträge. Ich mache es so, dass ich das thematisch bündeln werde. Wir werden zuerst den Kommissionsantrag zu den Lohnmassnahmen inklusive dem Fraktionsantrag zum gleichen Thema behandeln. Wenn wir diesen abgeschlossen haben, kommt der Kommissionsantrag zur Entnahme aus den Parkhäusern inklusive dem entsprechenden Fraktionsantrag. Und als Drittes kommt noch der 3. Kommissionsantrag.

In dem Sinn hat jetzt das Wort der Fraktionssprecher, Roland Kappeler, zur Begründung des 1. Kommissionsantrages.

R. Kappeler (AK): Der Präsident hat das, was ich aufgelegt habe, schon vorweggenommen. Sie sehen in der Übersicht schnell die drei Kommissionsanträge. Ich werde in dem Fall nur zum letzten gleich etwas sagen. Wir haben nachher zwei Fraktionsanträge. Und die Abstimmungen, da sind wir wohl gleicher Meinung, laufen dann nach diesem Schema unten ab. Die Aufsichtskommission beantragt Ihnen, den Globalkredit der Produktegruppe Städtische Allgemeynkosten und Erlöse um 1 Mio. zu kürzen. Die Begründung: Weniger Lohnmassnahmen. Die Begründung ein bisschen detaillierter sehen Sie da und im Budgetbuch aufgrund der langfristigen Aussichten (Finanz- und Aufgabenplan) und der allgemeinen Verschuldungslage betrachtet die Mehrheit der Aufsichtskommission den Entwurf des Stadtrats als übertrieben. Der Stadtrat hat 0.44% aus Rotationsgewinnen eingesetzt. Insgesamt schlägt er Personalmassnahmen von 1.4% plus maximal 0.3% Teuerungsausgleich vor. Und das findet die Mehrheit der Aufsichtskommission übertrieben und will deshalb den Antrag des Stadtrates um 1 Mio. kürzen.

Zum Fraktionsantrag kann die Fraktion EVP selber Stellung nehmen.

Ratspräsident A. Geering: Ich bitte Franziska Kramer, den Fraktionsantrag der EVP zu begründen.

F. Kramer (EVP): Die EVP stellt folgenden Antrag: Für Lohnmassnahmen sollen analog zum Regierungsratsbeschluss 0,6% der Lohnsumme eingeplant werden. Es soll zudem eine Teuerungszulage von 0,1% ausgerichtet werden, ebenfalls analog zum Vorschlag des Regierungsrats. Das ergibt eine Kürzung des Globalbudgets um 1,05 Mio. für die Lohnmassnahmen und 0,5 Mio. für den Teuerungsausgleich.

Aufgrund der FAP-Aussichten erscheinen uns die beantragten Lohnmassnahmen gemäss Budget zu hoch. Bei jährlich wiederkehrenden Millionenbeträgen ist Zurückhaltung geboten. Wie der Tagesanzeiger am 30. Oktober dieses Jahres geschrieben hat, ist davon auszugehen, dass die durchschnittliche Realloohnerhöhung 0,3% betragen wird. Am stärksten werden die Löhne in der Chemie- und Pharmabranche steigen, und zwar um geschätzte 1,1%, so der Tagesanzeiger. Mit Lohnmassnahmen im Umfang 0,6% können wir also mit der Privatwirtschaft mithalten.

Alleine die Rotationsgewinne von 0,44% auszuschütten, wie von der rechten Ratsseite beantragt wurde, ist im Vergleich mit den anderen Zürcher Gemeinden zu wenig. Wir teilen das Anliegen des Stadtrats, dass die Stadt auf dem Stellenmarkt gut aufgestellt bleiben muss. Der Regierungsrat hat Lohnmassnahmen im Umfang von 0,6% beschlossen. Der Kantonsrat dürfte kaum darüber hinausgehen, eher darunter. Viele Zürcher Gemeinden tun es dem Kanton gleich und haben sich bereits für 0,6% entschieden. Mit 0,6% bleiben wir also im Vergleich mit dem Kanton und anderen Gemeinden auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig. Wir folgen mit unserem Vorschlag Art. 46 des Personalstatuts, der verlangt, dass die allgemeine Lohnentwicklung in den öffentlichen Verwaltungen und der Privatwirtschaft berücksichtigt werden soll.

Nach unserem Vorschlag steht ein guter Betrag für individuelle Beförderungen zur Verfügung. So können die Leistungen der Mitarbeitenden honoriert werden.

Wie letzte Woche bekanntgeworden ist, beträgt die Jahresteuernummer gemäss Zürcher Index für Konsumentenpreise minus 0,3%. Auf die Teuerung zu verzichten, ist für uns aber keine Option. Die Teuerungszulage kommt allen Mitarbeitenden gleichermassen zu Gute und hat damit klar ihre Berechtigung. Wir stehen dafür ein, dass sie ebenfalls analog zum Regierungsratsantrag ausgerichtet werden soll, und zwar mit 0,1%.

U. Hofer (FDP): Letzte Woche haben mich die Grünen und insbesondere Christian Griesser mit einem Votum überrascht, dass auch sie finden, die vorgeschlagenen Lohnmassnahmen seien zu hoch und vermutlich habe uns da bei dieser Frage der Stadtrat den schwarzen Peter zugespült. In der Quintessenz leiten sie dann aber keine Konsequenzen daraus ab.

Und ja, wir sind tatsächlich jetzt bei der ganz schwierigen Frage der Lohnmassnahmen angelangt, eigentlich wie fast jedes Jahr. Es ist eine schwierige Frage und es braucht eine heikle Interessensabwägung.

Es ist einerseits die Motivation und die Erhaltung der Motivation des städtischen Personals - andererseits geht es um die finanzielle Gesamtverantwortung und finanzielle Nachhaltigkeit. Was hilft bei schwierigen Fragen? Ein Blick ins Gesetz und der Vergleich zu anderen, vergleichbaren Stellen – wenn es denn diese gibt.

Blick ins Gesetz: Das Personalstatut hat einen relativ klaren Wortlaut für mich. Es sagt: «Der Stadtrat beantragt dem Grossen Gemeinderat jährlich mit dem Budget die Mittel zur Lohnerhöhung. Dabei werden insbesondere berücksichtigt...» Dann kommt an 1. Stelle die Finanzlage der Stadt. Dann: «Im Mittel sollen in der Regel mindestens dem durchschnittlichen Rotationsgewinn der letzten 5 Jahre entsprechend, der im Antrag des Stadtrates separat auszuweisen ist». Das haben wir schon kritisiert, das war nicht der Fall. «Der Grosse Gemeinderat kann jedoch in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt (das kommt nochmals vor) einen tieferen Betrag gewähren oder gänzlich auf die Gewährung von Mitteln verzichten.» Was kann man daraus ableiten? Das Minimum ist Null, das ist allen klar. Wo wir wohl unterschiedliche Meinungen haben: Die Norm, gemäss Personalstatut, ist der Rotationsgewinn. Dieses Jahr 0,44. Mehr kann man geben - aber entscheidend ist dort die 2 x erwähnte Finanzlage der Stadt Winterthur. Ich möchte jetzt nicht mehr ausholen zur Finanzlage der Stadt Winterthur und möchte da auf mein Eintretensvotum verweisen, aber wie viel schlimmer kann es noch kommen, als dass der FAP uns sagt, dass wir 2023 bankrott sind? Also viel schlechter kann es ja eigentlich nicht sein.

Dann der Vergleich mit dem Kanton, das hat auch Franziska Kramer gemacht. Man hat dort Lohnmassnahmen von 0,6% und Teuerung von 0,1%. Man muss natürlich immer aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht, das kann man zu Recht einwenden – obwohl der Stadtrat den Vergleich manchmal gerne macht, wenn er ihm nützt. Und der Stadtrat wird einwenden, dass wir in den vergangenen Jahren einige Male Lohnmassnahmen ausgesetzt haben. Wenn man beim Kanton aber weiter zurückschaut, dann ist das dort ganz ein ähnliches Bild. In den ersten 10 Jahren des neuen Gesetzes wurde es 4 x gewährt und 6 x nicht gewährt, damals eben noch der Stufenanstieg. Entscheidend ist deshalb da für mich nicht der Vergleich in absoluten Zahlen, sondern der relative Vergleich unter Berücksichtigung der Finanzlage. Der Kanton gibt weniger, obwohl es ihm finanziell viel besser geht. Und der Stadtrat beantragt uns viel mehr.

Den Vergleich mit der Privatwirtschaft hat Franziska schon gemacht. Und für mich spielt das mit eine Rolle (aber nicht entscheidend): Wir müssen gleichzeitig noch die PK mit Sonderzulagen und Sondervergütungen sanieren. Die Stadt trägt bei dieser Sanierung 70% der Kosten.

All das führt zusammen dazu, dass wir nicht bereit sind, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Wir erachten den Vorschlag als überschüssend und der heutigen Situation nicht angemessen. Aber – das geht auch immer wieder vergessen – was wir geben wollen, ist nicht Null! Wir geben real die Möglichkeit, mit Mitteln über die Rotationsgewinne hinaus, auf eine Lohnrunde, die sich mit dem Kanton vergleichen lässt. Und das ist auch die Abweichung von anderen Parteien.

Wenn man es vergleicht mit der EVP, kann man sagen, dass die Lohnmassnahmen quasi identisch sind, 1,05 Mio. (sogar etwas mehr) bei der EVP, die man kürzt. Sie erfassen aber explizit noch die Teuerung. Deshalb lohnt sich noch ein kurzer Blick auf die Teuerung. Bei der Teuerung ist es so, dass im Budget 0,7 Mio. vorgesehen sind für die Teuerung. Wichtig ist aber Folgendes (und das wurde gesagt im Rahmen der Diskussion am Anfang), es handle sich dabei nur um Prognose. Denn die Teuerung könne erst später, im November, festgestellt werden. Und man hätte einfach vorsichtigerweise 0,3% eingestellt. Jetzt wurden wir wohl alle per Mail informiert, dass die Teuerung sogar eine negative ist. In dem Sinne erübrigt sich eigentlich die Diskussion über die Teuerung, denn die Teuerung, die gemäss Personalstatut ausgerichtet werden muss, wird tiefer sein als die 0,3% die eingetragen sind. Und letztlich hat der Stadtrat das zu beschliessen.

Aber wir und die EVP sind sehr nah beieinander. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, dass wir den EVP-Antrag unterstützen werden und nicht unseren. Aber sie sind auch sehr, sehr ähnlich.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wie bereits letzte Woche erwähnt und nochmals überprüft: Ich bin wirklich der Ansicht, dass im öffentlichen Sektor für 2020 mit einer Lohnerhöhung von ca. 1,0% zu rechnen ist. Ich habe nochmals diverse Seiten angeschaut. Ich möchte an dieser Stelle keine detaillierte Aufzählung machen, wer wem genau wie viel gewährt. Ich bin nämlich der Ansicht, dass genau das in die Aufsichtskommission gehört hätte und dort detailliert hätte erläutert werden sollen. Insofern ist die Meinung der Fraktion Grüne/AL klar: Mindestens 1,0% ist zu gewähren.

Der Stadtrat Kaspar Bopp hat letzten Montag auch erwähnt, dass der Kanton in den vergangenen Jahren höhere Lohnmassnahmen gewährt hätte. Das finde ich grundsätzlich ein sehr gutes Argument, allerdings hätte ich erwartet, dass das bereits in der Aufsichtskommission kommt und dass man dort auch genau darauf hingewiesen hätte, wie denn das ist. In welchem Jahr hat der Kanton wie viel gewährt und wir nicht und umgekehrt. Ich weiss: Der einzige, der nichts dafür kann, ist Kaspar Bopp. Er war zu dieser Zeit noch nicht im Stadtrat. Ebenfalls gute Argumente hat er gebracht bezüglich der Sanierungsbeiträge, die wir natürlich den Arbeitnehmern noch abknöpfen, und die Minderverzinsung der PK-Guthaben. Das ist auch richtig. Und dann muss man auch ganz klar noch sehen: Ab 2021 wird es für das Personal sicher sehr schwierig.

Insofern bleibt es bei der Position, die ich letzte Woche bereits erläutert habe: Die Fraktion Grüne/AL erachtet ein bisschen mehr als 1,0% grundsätzlich als angemessen. Wir müssen konkurrenzfähig bleiben und deshalb ist das richtig. Wir verzichten aber aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse und der zahlenmässigen Nähe zum Stadtratsantrag auf einen eigenen Antrag und unterstützen deshalb den Stadtratsantrag. D.h. wir lehnen den Kommissionsantrag und auch den EVP-Antrag ab.

Zum EVP-Antrag: So wie ich das verstanden habe, strebt die EVP eine generelle Richtungsänderung an. Die Lohnentwicklung soll inskünftig grundsätzlich derjenigen des Kantons entsprechen. Das lehnt die Fraktion Grüne/AL ausdrücklich ab. Wir finden es besorgniserregend: Eine Mehrheit des Grossen Gemeinderates (mindestens zurzeit) unterstützt den Anschluss der städtischen Pensionskasse an die BVK. Jetzt soll man auch noch die Lohnentwicklung derjenigen des Kantons angleichen. Wenn das so weitergeht mit dieser Kantonalisierungs-idee, können wir meiner Ansicht nach den Gemeinderat abschaffen. Unsere Tätigkeit können die 13 Kantonsräte auch noch erledigen und die Arbeit des Stadtrates können auch die 3 Winterthurer Regierungsräte machen. Ich frage mich einfach: Was ist mit dem Selbstverständnis und dem Selbstvertrauen der 6. grössten Stadt, wenn wir uns die ganze Zeit nach dem Kanton richten? Wir lehnen das ab.

Zusammenfassend: Ja zum Stadtratsantrag, Nein zum Kommissionsantrag, Nein zum EVP-Antrag. Und bei der Ausmarchung sind wir für den Kommissionsantrag.

T. Brütsch (SVP): Ja, es wurde bereits von den Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt, ich kann mich in vielem anschliessen. Insbesondere, wenig überraschend, Urs Hofer. Der Stadtrat geht offenbar nach wie vor davon aus, dass sich aus dem neuen Personalstatut ergibt, dass dem Personal jährliche Lohnerhöhungen von 1,4% der Lohnsumme zustehen. Das steht jedenfalls als Begründung im Antrag zum Budget.

Dass das nicht stimmt, haben wir schon letztes Jahr ausführlich diskutiert und das ist auch dieses Jahr nicht anders. Die Mutmassungen von Christian Griesser, jedenfalls letzte Woche, der sich gefragt hat, ob es der Stadtrat wirklich ernst meint mit diesen 1,4%, denen kann ich mich insofern anschliessen, obwohl ich eigentlich weniger die Ernsthaftigkeit in Frage stelle als die Tatsache betonen möchte, dass der Stadtrat keine wirklichen objektiven Gründe vorbringen kann für die 1,4%. Diese Diskussion will der Stadtrat offenbar auch gar nicht führen. Vielmehr ist der Plan, die Praxis zu schaffen, dass dem Personal fix 1,4% als Lohnmassnahmen zustehen. Das kennt man ein bisschen aus dem Arbeitsrecht, wo bei einer bestehenden Praxis auch irgendwann ein Anspruch auf entsprechende Lohnmassnahmen oder Zulagen

besteht. Dass dieser Plan gescheitert ist, wurde aber eigentlich schon letztes Jahr offensichtlich. Eine Mehrheit des Parlaments (und wir haben es gehört, inklusive neuerdings auch die EVP) will eine flexible Regelung, die sich an den Parametern orientiert, die auch aus dem Personalstatut ersichtlich sind: Namentlich die Finanzlage der Stadt, die allgemeine Lohnentwicklung und die allgemeine Wirtschaftslage.

Vom Stadtrat hätten wir insofern erwartet, dass er dieses Jahr mit einem Plan B kommt. Effektiv passiert ist eigentlich genau das Gleiche wie letztes Jahr. Es werden auf Vorrat Begehrlichkeiten geweckt und dann der schwarze Peter schlussendlich dem Parlament zugeschoben. Das ist, mit Verlaub, politisch fragwürdig und auch nicht fair – nicht zuletzt gegenüber den städtischen Angestellten.

Die Frage, die wir heute zu beantworten haben, ist deshalb: In welcher Höhe sind Lohnerhöhungen als angemessen zu taxieren? Das ist eine schwierige Frage. Urs Hofer hat sie vorhin schön versucht herauszuschälen. Dem ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Man kann insofern einfach auch noch einmal auf das Personalstatut verweisen, dort sind die erwähnten Parameter drin enthalten. Es gibt ja mithin einen Grund, weshalb wir dieses Personalstatut verabschiedet haben. Und das sollte aus unserer Sicht auch die Guideline bieten.

Im Kanton Zürich, das trotzdem nochmals (und ich bin der Meinung, das ist nur eine massvolle Ritzung der Gemeindeautonomie, Christian Griesser), werden 0,6% der Lohnsumme für Lohnmassnahmen in Aussicht gestellt. Dort muss man im Übrigen noch dazu sagen: Die 0,6% sind nicht in Stein gemeisselt. Die Finanzkommission des Kantonsrats beantragt eine Reduzierung auf 0,3% von der Lohnsumme – das notabene bei einer deutlich erfreulicheren Finanzlage als in der Stadt Winterthur.

Gerne verschwiegen wird in diesem Zusammenhang auch, dass neben den Lohnmassnahmen im Sinn der eigentlichen Lohnerhöhungen der Stadtrat auch Einmalzulagen ausschüttet. Im Kanton, um nochmals auf den Kanton zu verweisen, sind diese explizit ausgewiesen. Sie sollen dieses Jahr 0,2% der Lohnsumme sein. Die Finanzkommission ihrerseits will auch diese kürzen auf 0,1%. Bei der Stadt Winterthur sind diese nirgends ausgewiesen. Mit anderen Worten haben wir keine Ahnung, wie hoch die Einmalzulagen sind, resp. die Summe der Einmalzulagen ist, die als zusätzliche Lohnmassnahmen gesprochen werden. Eine klassische Blackbox. Ich hoffe, der Stadtrat kann uns insofern kurz aufklären und zu dieser Thematik auch noch etwas Erhellendes beitragen.

Unter dem Strich sind wir der Meinung, dem Personal stehen die Rotationsgewinne zu und allenfalls auch Teuerungszulage. Über alles darüber hinaus kann man diskutieren. Getreu dem Personalstatut: Wenn es die Finanzen der Stadt erlauben – aber eben nur dann. Und insofern ist aus unserer Sicht der Antrag der EVP vertretbar (ganz im Gegensatz zu dem des Stadtrats), und wir werden dem Antrag der EVP folgen.

R. Kappeler (SP): Die SP wird sowohl den Kommissionsantrag wie den Fraktionsantrag der EVP ablehnen. Wir sind der Meinung, der Stadtrat hat seine Verantwortung ernst genommen. Der Stadtrat hat diese Summe mit guten Gründen eingesetzt, die er im Budget eingesetzt hat. Und die Argumente, die ich bis jetzt gehört habe, haben mich nicht vom Gegenteil überzeugt. Es ist lustig, wie das Personalstatut immer sehr selektiv wahrgenommen wird. Selbstverständlich, Urs Hofer, steht an erster Stelle «die Finanzlage der Stadt». Es steht aber unten ausdrücklich, dass es eigentlich unsere Aufgabe ist und nicht die des Stadtrats. Es steht aber z.B. auch «die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt». Und wenn man hört, wie die Stadt Winterthur in letzter Zeit Mühe hat, auf dem Personalmarkt gute Leute zu rekrutieren, insbesondere auch in Kaderstellen, dann lässt einen das schon ein bisschen aufhorchen. Und es wird zunehmend schwieriger. Der Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse von 1%, die jeder Arbeitnehmer da einfach leisten muss, ohne je etwas dafür zu bekommen, ist ein Aspekt da drin. Und die Lohnentwicklung im Vergleich zum Kanton Zürich, aber auch zur Stadt Zürich oder auch zu privaten Branchen, ist ein anderer Punkt. Und der Stadtrat hat einfach dieses Argument höher gewichtet, neben der Wertschätzung – ich komme auf diese zurück. Und deshalb finden wir, das ist sachlich durchaus begründet.

Und immer wieder der Rotationsgewinn: Es steht ganz ausdrücklich «mindestens». Es steht nicht, dass ausnahmsweise mehr gewährt werden kann. Auch da ist der Stadtrat absolut konsequent in seiner Forderung.

Immerhin: Ich muss auch der FDP attestieren, dass sie konsequent ist. Sie hat letztes Jahr minus 1 Mio. beantragt. Das ist in der Kommission durchgekommen, es ist auch im Rat durchgekommen. Sie ist dieses Jahr wieder mit diesem Betrag gekommen. Insofern sieht man da einen gewissen Plan, das muss ich positiv feststellen.

Was mich aber erschreckt und überhaupt nicht überrascht, ist dass jetzt plötzlich die zwei bürgerlichen Fraktionen auf den EVP-Antrag einschwenken. Ich bedaure es natürlich äusserst, dass die EVP ihre Brückenbauerrolle verlässt und – ich habe es letztes Mal gesagt – zur Speerspitze des bürgerlichen Lagers wird und mit ihrem Antrag eigentlich dort ganz rechts aussen Platz nehmen müsste. Und die anderen jetzt einfach dankend sagen können: Ja, das ist ein guter Antrag, wir sind auch für diesen. Und sich so aus ihrer Verantwortung ziehen können.

Die EVP hat noch vor 4 Jahren mit einem Kompromissantrag zugunsten des Personals ein bisschen die Kohlen aus dem Feuer geholt. Und die EVP hat z.B. letztes Jahr gesagt (ich zitiere aus dem Protokoll vor genau einem Jahr, 10. Dezember 2018): «Der Vorschlag des Stadtrates zur Gewährung der Lohnmassnahmen ist aus unserer Sicht nicht grosszügig, sondern angemessen und eine Notwendigkeit. Die EVP unterstützt jeden Kürzungsantrag in diesem Bereich nicht.» Was kümmert uns unser Geschwätz von gestern, kann man da nur sagen. Die EVP hat offenbar eine neue Rolle übernommen dieses Jahr. Sie wird aus der Sicht des Personals von einer eventuell verlässlichen Partei zu... tja.

Von Wertschätzung gegenüber dem Personal spricht schon gar niemand mehr. Der Stadtrat hat in der Aufsichtskommission ein paar Mal ausdrücklich betont, dass wir mit einer Lohnentwicklung auch Wertschätzung ausdrücken, die ein bisschen mehr als ein Wort auf gedrucktem Papier, das dann bald nichts mehr wert ist. Damit können wir ein Zeichen setzen. Wie gesagt, das interessiert die rechte Seite nicht.

Was mich eigentlich am meisten beunruhigt – noch mehr als die Kantonalisierungsidee (zu der komme ich noch), die Christian Griesser angesprochen hat – ist dass die EVP auch die Ratskultur sabotiert. Wir haben vor ca. 6 Jahren wirklich eine furchtbare Budgetsitzung gehabt hier drinnen, wo man nichts aus den vorberatenden Kommissionen für bare Münze nehmen konnte. Damals stand alles hier drinnen zur Diskussion. Ich glaube, alle, die damals dabei waren, haben sich geschworen, dass wir das nicht mehr haben müssen. Wir haben in den letzten Jahren eine gute Kultur gehabt. In den Kommissionen wurde hart und sachlich diskutiert – die Anträge hatten nachher Bestand. Und das setzt Ihr jetzt ganz leichtfertig auf Spiel, indem Ihr einfach zwischen der Kommissionssitzung und der 1. Budgetsitzung mit einem neuen, schärferen Antrag kommt. Wenn der Antrag wenigstens inhaltlich überzeugen würde! Aber auch das macht er nicht. Die beiden Lohnentwicklungen Kanton und Stadt lassen sich einfach wirklich nicht vergleichen. Die Stadt hatte so viele Male Null, wo der Kanton vielleicht auch schon 0,6 oder vielleicht auch mal nur 0,4% hatte. Man hat alleine bei der Teuerung einen Rückstand gegenüber dem Kanton von 2% in den letzten Jahren. Die Nuller, das waren nur Negativ-Teuerungsjahre, das ist selbstverständlich. Aber sobald die Teuerung anzieht, schüttet sie der Kanton wieder aus. Ich habe im Finanzplan des Kantons nachgeschaut, der rechnet und setzt 1% Teuerung in 2-3 Jahren ein. Bei uns muss man unten ganz klar von Null ausgehen. Also auch sachlich sind das zwei verschiedene Paar Schuhe. Und wenn man diese Angleichung will, dann soll man diese separat diskutieren, unter dem Jahr, und sagen, das könnte eine neue Strategie sein. Wobei ich von den Kompetenzen her finde, das ist die Aufgabe des Stadtrats und nicht von uns, zu sagen, wir müssten uns dem Kanton anschliessen. Aber jetzt einfach willkürlich an einem bestimmten Zeitpunkt sagen, wir passen uns da jetzt gleich dem Kanton an, weil das ein bisschen besser passt – das ist einfach hanebüchen. Und von daher ist ganz klar: Wir lehnen beide Kürzungsanträge ab. Wir sind nicht nur mangels eines besseren Vorschlags (wie die Grünen) der Überzeugung, der Stadtrat hat einen guten Antrag gestellt, sondern wir unterstützen den wirklich mit Herzblut.

U. Glättli (GLP): Wir begrüßen ausdrücklich die Eigenständigkeit der EVP-Fraktion. Wir bedauern zwar, dass diese Diskussion nicht schon in der AK stattfinden konnte, das hätten wir auch begrüsst. Aber dass die EVP – ich sage jetzt neu – eine eigenständige Politik fährt, ist durchaus zu begrüßen.

Ich danke auch Christian Griesser für sein Votum, für die Vorlage seines Votums. Wenn es denn auch so wäre, dass die Stadt Winterthur vollumfänglich eigenständig unterwegs wäre. Aber budgetiert im Budget 2020, wenn ich es richtig gehört habe vor einer Woche, sind doch 40 Mio. Finanzausgleichsbeiträge, die aus der kantonalen Kasse kommen. Es sind letztlich die gleichen Steuerzahler, die das berappen. Aber immerhin, aufgerechnet sind das mehr als 10 Steuerprozent.

Ich nehme es vorweg und fasse es zusammen: Die Grünliberalen stimmen dem Antrag der EVP zu. Gegenüber dem AK-Antrag bevorzugen wir den EVP-Antrag. Wir teilen die Sorge der EVP-Fraktion um das Wohlergehen des städtischen Haushalts.

Die Angleichung des Teuerungsausgleichs haben wir schon im Vorfeld gefordert. Es kann nicht angehen, dass der Kanton der Stadt Winterthur über den Finanzausgleich jährlich Millionenbeiträge überweist und die Nehmerstadt Winterthur sich im Folgenden herausnimmt, ihren Angestellten ohne Not einen grosszügigeren Teuerungsausgleich auszuschütten als dies die Regierung des Kantons Zürich für ihre kantonalen Angestellten beschlossen hat. Diesen Luxus erhöhter Leistungen für die städtischen Angestellten leistete sich bereits die städtische Pensionskasse im Vergleich zur BVK. Wohin dies führt, wissen wir alle: Das Loch im städtischen Haushalt wird gross und grösser und die Schulden wachsen ins Unermessliche.

Mit dem verbleibenden Rotationsgewinn erhalten die städtischen Angestellten für gute Leistungen mehr als bisher. Zudem wird die Stadt ein Grossteil der zusätzlich notwendigen Sanierungsmassnahmen für die Pensionskasse der Stadt Winterthur selber tragen, ohne dass die Arbeitnehmer wesentlich mehr belastet werden. Insgesamt finden wir das wie die EVP-Fraktion eine grosszügige und faire und im Vergleich zum Kanton auch gerechte Anordnung.

I. Kuster (CVP/EDU): Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich wiederhole mich vielleicht nochmals: Gemäss Personalstatut der Stadt Winterthur ist für die Festlegung des Teuerungsausgleichs der Zürcher Index vom Konsumentenpreis im November massgebend. Gemäss diesem Index beträgt die Teuerung gegenüber dem November 2018 minus 0,3%, d.h. wir haben eine negative Teuerung. Somit besteht keine Basis oder Notwendigkeit für die Gewährung des Teuerungsausgleichs. Angesichts der Herausforderungen, die in den kommenden Jahren auf die Stadt und Verwaltung zukommen, sind wir aber bereit, verkraftbare Lohnmassnahmen zu gewähren. Wir wollen damit die bis anhin erbrachten Leistungen auf den verschiedenen Stufen anerkennen und verdanken.

Angesichts der düsteren Finanzperspektive gemäss FAP können wir uns aber heute schlicht und einfach keinen höheren Teuerungsausgleich als das, was der Kanton gibt, leisten. Wir begrüßen aber, wenn sich Winterthur überlegt, zukünftig den gleichen Index und den gleichen Stichtag für die Berechnung der Teuerung wie der Kanton zu verwenden. Der Vorteil einer solchen Harmonisierung liegt darin, dass bereits bei der Vorlage des Budgets die Höhe der Teuerung bekannt ist und nicht ein so ein grosses Delta, wie wir es heute haben, entsteht. Deshalb unterstützen wir von der CVP/EDU-Fraktion den EVP-Antrag.

M. Gross (SVP): Ich erlaube mir, auf das Votum von Roli ein paar Repliken zu machen. Er hat davon gesprochen, dass es schwierig wird, gute Personen für die Stadt zu rekrutieren, weil man einfach zu wenig zahlt. Es ist in einer Hochkonjunktur klar, dass es immer schwierig ist, gute Personen zu rekrutieren. Das geht der Stadt gleich wie allen anderen, die aussen sind in der Privatwirtschaft. Es ist also nicht ein städtisches Problem, sondern es ist ein generelles Problem.

Dann finde ich es lustig, dass man als Motivationsfaktor von der Seite hier drüben und auch vom Stadtrat immer den Lohn heranzieht bzw. die Lohnerhöhung. Gerade die Seite, die ja den Kapitalismus überwinden möchte, sieht im Monetären den einzigen Wertschätzungsfaktor... Das finde ich speziell. Es gibt andere Wertschätzungsfaktoren, und dort könnte man auch etwas machen.

Dann kommt die PK wie jedes Mal. 70% von dem, was wir an der PK sanieren, hat schon immer der Steuerzahler gezahlt. Und zusätzlich schiesst der Steuerzahler seit Jahren mehrere hohe Millionenbeträge ein und er wird es auch in den nächsten Jahren wieder machen müssen. Natürlich ist das nicht schön, wenn man 1% des Lohns abgezogen bekommt, aber es ist diese Seite, die jahrelang, Jahrzehnte lang weggeschaut hat, wenn wir über die Umwandlungssätze gesprochen haben, die die Privaten schon lange gesenkt haben. Es ist diese Seite – und deshalb sind wir in diesem Loch. Es ist Eure Seite, die das zu verantworten hat. Und der Stadtrat, der dies jedes Mal vorgeschlagen hat. Also da könnt Ihr jetzt nicht uns dafür verantwortlich machen.

Übrigens: Alle anderen, auch in der Privatwirtschaft, müssen auch mehr in die PK einzahlen, das ist ganz normal.

Also, es ist eigentlich unverantwortlich, wenn man jetzt 1,4% mehr Lohn fordert. Und wir wissen, es wurde gesagt in der Debatte vorher, dass wir auf einen Eisberg zusteuern und dass der Stadtrat da die Führungsverantwortung nicht wahrnimmt und einfach Geld ausgibt und Geld ausgibt, bis wir in den Eisberg gefahren sind. Wahrscheinlich hofft der Stadtrat, dass der Klimawandel den Eisberg wegschmilzt, aber leider – so wie ich den Klimagipfel hier drinnen erlebt habe – wird das Gegenteil der Fall sein und wir müssen noch viel mehr Geld ausgeben für den Klimawandel.

U. Hofer (FDP): Ja, auch ich muss kurz noch schnell Stellung nehmen zum Votum von Roland. Er sagt einerseits, wir müssen uns der Verantwortung stellen, und das kann ich einfach nicht so im Raum stehen lassen. Verantwortung ist für mich erstens nicht nur, einfach nur zu allem Ja zu sagen oder sogar «Dörf's es bitzeli meh sy?», sondern Verantwortung ist eben auch, einmal Nein zu sagen. Und das Zweite ist, Du hast es uns selber attestiert: Wir haben jedes Jahr solche Anträge gestellt, wir haben sie auch dieses Jahr gestellt. Wir verstecken uns überhaupt nicht. Wir unterstützen diesen Antrag. In dem Sinn: Nein, wir stehlen uns nicht aus der Verantwortung. Wir sind einfach froh darüber und haben einen Hoffnungsschimmer, dass unsere Wahrnehmung von Verantwortung auch einmal rechts oder links von der GLP (je nach Blickwinkel) Einzug hält. Ich gratuliere der EVP zu diesem Schritt.

Und zum anderen: Es hat einfach wieder so getönt, als wäre es Null. Und es ist nicht Null. Wir könnten aufgrund des Personalstatuts einfach nichts geben. Könnte man machen, die Finanzlage ist so. Aber wir sind ja auf der Höhe des Kantons und eine Teuerung wird es jetzt auch noch geben. Ich glaube, angesichts von dem, was uns der Stadtrat vorgelegt hat, ist das eigentlich eine gute Höhe.

Stadtrat K. Bopp: Wir werden es so machen, dass ich zuerst etwas erläutere aus Finanzsicht, und der Stadtpräsident wird nachher noch eine Ergänzung machen, denn das Thema betrifft ja nicht nur das Finanzielle.

Beginnen möchte ich kurz mit der Frage, was heisst Null oder nichts geben. Das ist einerseits gleich anschliessend an das, was Urs Hofer gesagt hat, und andererseits auch an die EVP, die nachgeschaut hat, wie sich das Lohnniveau verändert. Wenn wir die Rotationsgewinne geben – und die Teuerung geben, die jetzt natürlich kein Thema ist, das ist klar – dann lassen wir das Lohnniveau gleich, d.h. Null Veränderung. Rotationsgewinne geben heisst: Keine Veränderung vom Lohnniveau. Das können wir gerne nochmals anschauen, wieso wir das machen müssen, diese Rotationsgewinne geben, dass wir gesamthaft das Lohnniveau so halten können.

Aber was ich jetzt noch machen möchte, was auch gesagt wurde, dass die beiden Anträge der EVP und FDP ungefähr gleich seien. Und dem ist aus meiner Sicht überhaupt nicht so. Ich fange mal an mit dem FDP-Antrag. Die Schrift soll entschuldigt sein, Schönschrift ist nicht meine Stärke, aber ich glaube, wenn ich dazu erzähle, was ich schreibe, dann können Sie es sich alle gut merken. Der Stadtrat hat 2,2 Mio. beantragt. Die FDP möchte in ihrem Antrag 1 Mio. herauskürzen, was schlussendlich zu 1,2 Mio. Lohnmassnahmen führen würde. Wir teilen das auf in 63%, die aus dem Steuerhaushalt sind, und den Rest, der aus den Eigenwirtschaftsbetrieben ist. Das gibt dann eine Aufteilung von 0,96 Mio. im Bereich des Steuerhaushalts, und dazu noch 0,24 Mio., die Arbeitgeberbeiträge sind. D.h. insgesamt für die gesamte

Stadtverwaltung inklusive Eigenwirtschaftsbetriebe, d.h. zurückgerechnet von diesen 63%, gibt das 1,52 und 0,38 Mio. Arbeitgeber.

Jetzt wurde auch gesagt, die Rotationsgewinne seien nicht klar ausgewiesen. Ich habe vorhin gerade nochmals nachgeschaut. Die Rotationsgewinne sind schön aufgeführt im Text, d.h. da sind wir transparent. Wir haben nochmals nachgerechnet, gewisse Zahlen verändern sich leicht. Man geht von 0,44% Rotationsgewinne aus, das ist ein Erfahrungswert, das gibt 1,47 Mio. respektive 0,37 Arbeitgeberbeiträge, von denen man ausgeht, dass sie kommen werden. Schlussendlich, ob man das jetzt aufteilt in Teuerung und Lohnmassnahmen, das ist wohl argumentativ sehr relevant, aber rein rechnerisch können wir das auch zusammenlassen. Lassen wir mal die Jahresteuern weg, dann haben wir da hochgerechnet 0,75 Arbeitgeberbeiträge resp. 2,99 Mio. insgesamt Massnahmen, was 0,9% der Lohnsumme entspricht, wenn man von 333 Mio. ausgeht bei der Lohnsumme. Das heisst wir sind beim FDP-Antrag bei 0,9% Lohnmassnahmen.

Wenn man das Gleiche macht beim EVP-Antrag: Das wäre da 0,6 und da 0,1, gibt ein Total von 0,7%, was doch ein relativ grosser Unterschied ist von 0,9 und 0,7%. Das schlägt sich dann auch da unten nieder, da wären wir bei gut 1,5 Mio. Also aus meiner Optik sind diese beiden Anträge nicht ähnlich, sondern es gibt doch einen relativ erheblichen Unterschied zwischen diesen beiden Anträgen.

Das ist einmal das eine, das ich wichtig finde. Und das andere, das ich wichtig finde, adressiert auch ein bisschen dieses Thema. Ich zeichne nochmals ein bisschen. Dieses Mal gibt es eine Grafik, die vielleicht ein bisschen einfacher zu interpretieren ist. Das ist das, was Roli vorhin tabellarisch dargestellt hat. 2013 hat der Kanton 0,4% Lohnmassnahmen gesprochen und 0,2% individuelle Einmalmassnahmen dazu, d.h. der Kanton war irgendwo bei 0,4% - und die Stadt Winterthur bei 0%. Und jetzt muss man wissen: Die Lohnmassnahmen kumulieren sich auf. Ein Jahr später hat der Kanton nochmals 0,4% gegeben, d.h. man war da bereits bei 0,8% - die Stadt Winterthur gibt Null. Die Lohnentwicklung ging weiter. Das nächste Mal gab der Kanton wieder eine Lohnerhöhung, ist bei 1,4% gelandet - die Stadt Winterthur gibt Null 2015. 2016: Der Kanton gibt wieder Lohnmassnahmen, man landet gesamthaft bei 2% - die Stadt Winterthur gibt Null. Und so geht es weiter. Wir sind da bei 2,4% beim Kanton - und da kommt jetzt die Stadt Winterthur auch mit einer Lohnmassnahme. Und da gibt es jetzt mehr oder weniger eine parallele Entwicklung. Da holt die Stadt Winterthur auch leicht auf. Wir sind bei 3,3 resp. 2,8%. Dann sind wir da beim Kanton bei 5% und bei 3,9% bei der Stadt Winterthur. Und jetzt, nach dem Antrag des Stadtrates, landen wir beim Kanton, wenn wir aufkumuliert seit 2013, bei 6,2% resp. bei 5,3% bei der Stadt. D.h. liebe EVP, wenn man sich an den Kanton angleichen möchte und jetzt mal die Periode seit 2013 anschaut, dann müsste man den Antrag des Stadtrats erhöhen und nicht senken.

Gut, das waren jetzt ein bisschen technische Betrachtungen. Ich glaube, es wurde vieles gesagt zum Thema, was das für die Mitarbeitenden bedeutet, Selbstverständlich, lieber Michi Gross, es gibt auch andere Motivationsfaktoren. Das ist auch der Bereich, wo der Stadtrat sich sehr stark engagiert hat in der Vergangenheit und sich auch weiterhin engagieren wird. Aber selbstverständlich sind auch die monetären Themen Sachen, die die Stadt Winterthur beschäftigen.

Noch ein kurzer Abschluss wegen den PK-Sanierungsmassnahmen: Du sagtest, Michi Gross, wenn in der Stadt Winterthur einem Mitarbeitender 1% vom Lohn für Sanierungsmassnahmen weggenommen werden... Im Moment sind es 2,5%, weil man die Minderverzinsung auch noch einrechnen muss. Also seit 1.1.2018 sind es 2,5%, die die Mitarbeitenden jedes Jahr von ihrem Lohn an die Sanierung mittragen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich verdanke das Vorwort des Finanzministers. Er hat das, wie es natürlich einem Finanzminister geziemt, mit Zahlenbeispielen untermauert. Ich bleibe beim Text. Ich möchte 2-3 Sachen aufnehmen, die in der Diskussion Thema waren.

Man wolle da den schwarzen Peter zuspülen. Oder man spricht von einem schmelzenden Eisberg. Es geht da nicht um ein Spiel. Sondern es geht da um Lohnmassnahmen für unsere Leute, für die fast 5'000 Leute, die bei uns in der Stadtverwaltung arbeiten und dafür sorgen,

dass man tagtäglich Dienstleistungen abholen kann von dieser Stadt, in ganz vielen Bereichen. Und ich denke, das muss man sich vergegenwärtigen: Es geht um Leute.

Das Zweite, das genannt wurde: Einmalzulagen. Das ist ein individueller, ein leistungsbezogener Betrag, das bekommen bei weitem nicht alle. Es sind sogar sehr wenige, die das erhalten. Und das darf man nicht mit Lohnmassnahmen vergleichen.

Und das Dritte ist: Jawohl, die Diskussion über den Zeitpunkt des Index, die kann man führen. Wir haben sie anfangs dieses Jahres geführt. Im Rahmen des Personalstatuts hat man dieses Thema aufgegriffen und der Grosse Gemeinderat hat letztendlich beschlossen, dass es eben Ende November ist und nicht vorher. Aber in diese Diskussion können wir sicher einsteigen für die Zukunft.

Ich möchte einfach nochmals betonen: Wir sind mit unserer öffentlichen Hand auf einem Arbeitsmarkt. Wir sind in einem Wettbewerb. Wir sind es noch stärker mit anderen öffentlichen Händen, wir sind es gegenüber dem Kanton, wir sind es gegenüber der Stadt Zürich und anderen Städten rundherum. Und das darf man nicht vergessen: Gerade in dieser Zeit, wo es ohnehin schon schwieriger ist, Leute zu bekommen, wenn man nicht irgendwelche Leute will, muss man Anreize schaffen. Und das ist eben auch ein Teil, dass man lohnmassig zu diesen Leuten kommt. Und es ist Litera C (wir haben keine Rangliste gemacht A-B-C). C ist ein Punkt, über den der Stadtrat lange diskutiert hat. In einer Situation, wo wir einmal grundsätzlich von zwischen 2 – 5 Mio. Gewinn ausgegangen sind, also darüber hinaus – und in dieser Situation den Leuten zu erklären, wieso es jetzt schon nichts gibt, ist noch ziemlich problematisch.

Die Pensionskasse muss ich ins Feld führen. Von den Leuten, die bei uns arbeiten, sind ein grosser Teil auch Steuerzahler. Der zahlt doppelt: Der bezahlt als Steuerzahler und er bezahlt als Mitarbeiter – 2,55%. Und jetzt geht dieser Umwandlungssatz hinunter. Und ich kann Ihnen sagen: Ich habe noch nie so viele Pensionierungsschreiben unterschrieben wie jetzt diesen Herbst. Und wir werden die Zahlen noch liefern, wie das aussieht. In diesen ganzen PK-Diskussionen, wenn man uns sagte, da wird man nichts merken – es ist nicht so. Der Umwandlungssatz hat seine Wirkung gezeigt und wir werden das in der Zukunft auch noch aufzeigen.

Und der letzte Punkt: Ich finde es ein bisschen problematisch auch anhand dieses Zahlenbeispiels, wenn kantonale Angestellte hier drinnen über die Lohnmassnahmen der städtischen diskutieren und sagen, die dürften nicht zu hoch sein, sicher nicht höher als der Kanton – wenn der Kanton in den letzten 10 Jahren ca. 1% vorwärts gemacht hat gegenüber uns.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Das Abstimmungsverfahren ist tatsächlich so, wie es Roland Kappeler schon angetönt hat. Wir werden zuerst den Kommissionsantrag dem Fraktionsantrag gegenüberstellen und anschliessend über den obsiegenden Antrag abstimmen.

Wer dem Kommissionsantrag von der Kürzung um 1 Mio. bei den Lohnmassnahmen zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem Fraktionsantrag EVP, Kürzung um 1,55 Mio. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit hat der Fraktionsantrag, Kürzung um 1,55 Mio., obsiegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Kürzungsantrag.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist der Antrag mit der gleichen Mehrheit angenommen worden.

Wir kommen zum nächsten Kommissionsantrag, betreffend der Erhöhung um 9,6 Mio. Ich gebe das Wort Roland Kappeler.

R. Kappeler (AK): Im 2. Antrag geht es um eine Erhöhung des Globalkredits, sprich um den Verzicht vom Übertrag aus dem Betrieb Parkhäuser und Parkplätze in die Stadtrechnung. Im stadträtlichen Budget ist die Entnahme von 9,6 Mio. aus dieser Parkhausreserve drin. Die

Aufsichtskommission hat mehrheitlich (auch mit 6:5 Stimmen) beschlossen, dass man diese Reserve drinlässt, dass man sie nicht herausnimmt. Unter anderem mit der Begründung, dass die Rechtsgrundlage noch nicht da ist. Es gab noch andere Begründungen. Zu sagen ist, dass sich die 9,6 Mio. zusammensetzen aus 1,6 Mio. jährlichem Gewinn, den man in der Vergangenheit auch immer entnommen hat, und 8 Mio. Gesamtrest. Das führt dann nachher auch zum Fraktionsantrag der CVP, der das aufteilt. Aber der Antrag der Aufsichtskommission: Die ganzen 9,6 Mio. in den Parkhausreserven zu lassen und damit das Budget der Städtischen Allgeminkosten um 9,6 Mio. zu erhöhen.

Ratspräsident A. Geering: Das Wort hat Iris Kuster zur Begründung des Fraktionsantrages.

I. Kuster (CVP/EDU): Auf der Folie hat es einen Fehler, dort müsste es CVP/EDU + 8 Mio. heissen. Damit wir keine Verwirrung haben.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion stellen den Antrag, auf die einmalige Entnahme von 8 Mio. Franken Sonderausschüttung aus den städtischen Parkgebühren zu verzichten. Der interne Erlös sinkt dadurch um 8 Mio. Franken. Was sind die Gründe, dass wir nur 8 Mio. nicht herausnehmen wollen? 1. Aktuell fehlt die rechtliche Grundlage für die Entnahme aus der Reserve. 2. haben wir im Rahmen der Klimadebatte am 8. Juli ein Postulat zur Verwendung vom Nettoerlös der Parkgebühren für den ÖV eingereicht. Wir wollen zuerst die Antwort des Stadtrats sehen und hätten auch erwartet, dass der Stadtrat den Entscheid des Parlaments bezüglich der zukünftigen Verwendung ernst nimmt und sich nicht einfach darum foutiert. 3. Es herrscht keine Dringlichkeit, die 8 Mio. Reserve jetzt zu verbrauchen, insbesondere weil die grossen finanziellen Herausforderungen gemäss FAP in den kommenden Jahren erfolgen. Wir sind aber damit einverstanden, dass der Gewinn von 1,6 Mio. aus dem laufenden Betrieb nicht in die Reserve eingestellt wird, sondern als Ertrag bei der Produktegruppe verbucht wird. Denn für uns ist der ökonomische Sachverhalt der Gewinnverwendung ein anderer als die Entnahme aus der Reserve. So ist auch in der Vergangenheit der Gewinn abgeschöpft worden, wie das Roli gesagt hat. Zudem erachten wir es als wenig zielführend, das Budget 2020 auf der Einnahmenseite ohne Not, aus rein juristischen Gründen, zu verschlechtern, v.a. weil der entsprechende Beitrag ausgabenseitig nicht eingespart wird.

Wir sind aber aus den oben genannten Gründen dezidiert dagegen, dass jetzt die Reserven angetastet und verbraucht werden, nur damit man ein ausgeglichenes Budget präsentieren kann. Wir wollen vielmehr, ganz im Sinne unseres Postulats, rasch eine Vorlage, in welcher sauber geregelt wird, wie das eingesetzte Kapital bei den Parkhäusern zu verzinsen ist und wie der Nettoüberschuss zu verwenden ist. Wir haben auch grosse Probleme zu verstehen, wieso es so lange dauert, die rechtlichen Grundlagen für die Entnahme zu schaffen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich glaube, es ist wirklich die Frage von Huhn oder Ei mit dieser Rechtsgrundlage, und insofern darf man diese nicht zu hoch gewichten. Ich habe auch ein gewisses Verständnis, dass man sagt, ob man das nicht ein bisschen hinausschieben kann, weil ja die Zukunft nicht so rosig ist und so, aber ich glaube, eine Verteilung auf mehrere Jahre hat halt schon eine Problematik und die Finanzkontrolle wäre nicht unbedingt erfreut. Das Argument vom Postulat der Klimadebatte ist sicher eines, das man gelten lassen muss. Und insofern ist es für uns klar, dass wir dem Kompromiss der CVP zustimmen: Eine normale Gewinnabschöpfung von 1,6 Mio. jetzt und dann den Rest zu einem späteren Zeitpunkt.

F. Kramer (EVP): Es ist unbestritten, dass die Rechtsgrundlage für eine Entnahme aus der Parkhausreserve fehlt. Das ist schon seit langem bekannt. Wir stellen uns gegen eine Schönigung des Budgets. Das Geld aus der Parkhausreserve möchten wir lieber gezielt einsetzen. Wir sagen deshalb Ja zum Antrag minus 8 Mio. Auf die Entnahme ist zu verzichten. Wir sind hingegen einverstanden, den Jahresgewinn abzuschöpfen als Kompromiss. Aber nur unter der Bedingung, dass die Rechtsgrundlage wie versprochen geschaffen wird.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen werden dem Antrag der Aufsichtskommission für eine Erhöhung des Globalkredits um 9,6 Millionen Franken zustimmen. Es ist ein gutes Beispiel, wo

wir im Budget für einmal auf Erlöse verzichten wollen. Wie im Eintreten bereits erwähnt, gilt es das parkierte Tafelsilber für die tiefroten Planjahre zurückzuhalten.

Mit Verlaub, es wird jedes Jahr erneut versichert, die notwendige städtische Grundlage für die Aktivierung der Parkhaus- und Parkplatzreserve werde im kommenden Jahr beantragt:

Das habe ich schon damals in der SSK gehört und ich glaube nicht mehr an die Märchen aus diesem Departement. Mit dem Postulat „Nettoüberschuss aus Parkgebühren zur Förderung des ÖV für die Winterthurer Bevölkerung“ wurde ein Klimavorstoss an den Stadtrat überwiesen, mit dem Wege zur Aktivierung dieser Reserve zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsprojekte aufgezeigt werden sollen. Wir warten auch hier auf den Bericht zum überwiesenen Postulat.

R. Kappeler (SP): Dieses Mal werde ich es ganz kurz halten. Auch die SP wird sich dem CVP-Antrag anschliessen. Kaspar Bopp hat zwar letzte Woche dargelegt, dass die Parkhäuser eigentlich ein Renditeobjekt sind. Wir finden auch, diese Überlegung ist zu machen, das als Eigenwirtschaftsbetrieb aufzulösen und in den Steuerhaushalt generell zu überführen, und das soll ordentlich mit einer Rechtsgrundlage passieren. Finanztechnisch können wir uns der Argumentation der CVP anschliessen.

Der ökologische Aspekt oder den Verkehrsaspekt wird Benedikt begründen.

B. Zäch (SP): Es gibt eine finanzpolitische Sicht auf das Thema Betriebsreserven der Parkhäuser, Roland Kappeler hat sie auch erläutert, und es gibt aber auch eine verkehrspolitische Sicht. Beide sind in der SP-Fraktion ausführlich diskutiert worden, mit jeweils guten Argumenten.

Das Motiv, die Überschüsse der städtischen Parkhäuser in einer Betriebsreserve zu äpfeln, ist ursprünglich die Idee gewesen, allenfalls ein weiteres Parkhaus zu bauen. So hat das noch 2018 das DSU in der Sachkommission vertreten. Das entspricht aber nicht mehr den verkehrspolitischen Zielen des Stadtrats. Weil die Betriebsreserven Ende 2018 fast 16 Mio. Franken umfasst haben, müssen sie abgebaut werden, und zwar sobald eine Rechtsgrundlage vorliegt. Das hält der Stadtrat völlig zu Recht fest.

Die Frage ist einfach, wie. In der Klimadebatte vom letzten Juli hat die SP ein Postulat der CVP miteingereicht, das fordert, der Stadtrat solle prüfen, ob ein Teil der Reserven für gezielte Förderungsmassnahmen im öffentlichen Verkehr verwendet werden könnten. Das würde auch dem Lenkungscharakter von Parkgebühren am ehesten entsprechen.

Die Antwort auf das Postulat ist noch hängig und es wäre aus unserer Sicht stossend, wenn der Stadtrat jetzt, noch bevor der Postulatsbericht vorliegt, nicht weniger als die Hälfte der Reserven zur Justierung des Budgetentwurfs verwenden würde. Das entspricht auch nicht dem Sinn von Betriebsreserven.

Die SP-Fraktion spricht sich darum zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Übertragung von Betriebsreserven der städtischen Parkhäuser in den steuerfinanzierten Haushalt aus. Wenn der Stadtrat aber mit einer neuen Rechtsgrundlage einen Systemwechsel anstreben möchte, würden wir das ausdrücklich unterstützen.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion wird sich auch dem Kommissionsantrag anschliessen, aus dem einfachen Grund, dass diese Rechtsgrundlage fehlt und man da mit gutem Grund abwarten kann, was denn die politische Diskussion zu diesem Antrag des Stadtrats für ein Ergebnis bringt.

T. Brütsch (SVP): Ich erlaube mir jetzt doch, auch noch etwas zu sagen, insbesondere weil der AK-Antrag ja von uns stammt. Grundsätzlich redundant. Wir sind auch der Meinung, wie namentlich der Vorredner Felix Helg, dass man zuerst eine entsprechende Rechtsgrundlage schaffen muss. Getreu dem Motto «aufgeschoben ist nicht aufgehoben» können wir dann wieder darüber diskutieren, wenn denn die rechtliche Grundlage da ist. Es ist auch nicht so, dass das für den Stadtrat unerwartet gekommen wäre, es stand beim letzten Budget schon genau dasselbe, dass man nämlich gedenke, eine rechtliche Grundlage zu schaffen. Das hat man offensichtlich in den letzten 12 Monaten nicht geschafft. Deshalb würden wir jetzt zuerst

gerne abwarten, ob man es dann in den nächsten 12 Monaten schafft, bevor man das Geld überweist.

Zum Eventualantrag der CVP um Kürzung um 8 Mio.: Da muss ich sagen, dass ich die rechtliche Logik nicht ganz verstehe. Ihr schreibt, es gäbe die rechtliche Grundlage für die Entnahme – aber aus meiner Sicht fehlt die für 8 Mio. wie auch für 9,6 Mio. Das ist von der Argumentation her so, wie wenn man ein bisschen schwanger ist... Das geht irgendwie nicht ganz auf.

Stadtrat K. Bopp: Zuerst vorweg: Dieses Thema ist entschieden weniger emotional als das letzte Thema, das wir hatten. Wir haben jetzt schon einige Male über die rechtliche Grundlage gesprochen, die fehlt. Das ist wahr, aber ich habe auch schon mehrfach erwähnt: Die rechtliche Grundlage muss am 31.12. 2020 geschaffen sein, das würde funktionieren, um es in diesem Budget so zu berücksichtigen. Das wäre genügend Zeit, um sie zu schaffen. Dann die Frage von Huhn oder Ei, das ist auch schon gefallen. Ich glaube, das Thema ist nicht so entscheidend.

Iris Kuster, Du hast gesagt, der Sachverhalt der Gewinnentnahme ist ein anderer als die Entnahme aus der Reserve. Da müssen wir vielleicht nochmals anschauen, was die Reserven sind. Das ist vorgegeben, ja. Das Eigenkapital eines Eigenwirtschaftsbetriebs heisst Reserve. So seltsam das auch ist. D.h. der Gewinn, solange er nicht entnommen wird, fliesst in die Reserve, d.h. es ist eigentlich der aufgestaute Gewinn, der dort drin ist. Und einen Teil davon braucht man als Reserve. Das meiste ist aufgestauter Gewinn. Und die Frage ist jetzt, wieso sich der Gewinn aufgestaut hat? Weil man eben die Entnahme die letzten paar Jahre nicht machen konnte. Und deshalb hat der Stadtrat jetzt gefunden, es folgt einer gewissen Logik, dass man jetzt diese Rechtsgrundlage schafft, und dann die Entnahme, die man leider aussetzen musste die letzten Jahre, machen würde. Insofern ist es auch nicht ein «Verscherbeln des Tafelsilbers», wie das die GLP gesagt hat, sondern es ist ein Ertrag, wie wir auch einen Ertrag haben bei den Liegenschaften, die im Finanzvermögen sind, oder wie wir auch einen Ertrag haben bei Stadtwerk, das auch ein Eigenwirtschaftsbetrieb ist, wo wir die Rechtsgrundlagen haben und auch nicht davon sprechen, dass wir dort das Tafelsilber verscherbeln, wenn wir dort die Entnahme machen.

Aber ich gebe Tobias Brütsch recht: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich glaube, die Mehrheitsverhältnisse sind klar. Der Stadtratsantrag wird so nicht durchkommen, sondern einer dieser Anträge wird angenommen. Und deshalb komme ich bei Gelegenheit gerne darauf zurück: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung. Auch hier werden wir zuerst den Kommissionsantrag und den Fraktionsantrag gegenüberstellen und nachher über den obsiegenden abstimmen.

Wer dem Kommissionsantrag, Erhöhung des Globalkredits um 9,6 Mio., zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem Fraktionsantrag der CVP/EDU zustimmen möchte, Erhöhung des Globalkredits um 8 Mio., möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine deutliche Mehrheit, die für den Fraktionsantrag der CVP/EDU ist.

Wer dem Fraktionsantrag Erhöhung des Globalkredits um 8 Mio. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

M. Wenger (FDP): Ich habe einen Ordnungsantrag. Könnte man das vorhin auszählen? Ich habe das eigentlich anders eingeschätzt.

Ratspräsident A. Geering: Wenn niemand dagegen ist, zählen wir aus.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, Erhöhung des Globalkredits um 9,6 Mio., möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem Antrag der CVP/EDU-Fraktion zustimmen möchte, Erhöhung des Globalkredits um 8 Mio., möge das zeigen durch Handerheben.

Dann ist dem Antrag der Fraktion CVP/EDU, Erhöhung des Globalkredits um 8 Mio., mit 31:26 Stimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung in dieser Sache.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Enthaltungen?

Damit habt Ihr dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum 3. Kommissionsantrag bei den Städtischen Allgemeynkosten. Das Wort hat Roli Kappeler.

R. Kappeler (SP): Da geht es um finanzpolitische Reserven, bei denen der Stadtrat den Überschuss aus dem Novemberbrief dort hinein verschieben wollte, statt als Gewinn auszuweisen. Die Aufsichtskommission fand mit 10:1 Stimmen, dass wir das nicht wollen. Wir wollen das als Gewinn ausgewiesen sehen, wenn es dann einen Gewinn gibt. Falls es einen Verlust gäbe in der Rechnung, müsste man sowieso diesem Antrag zustimmen. Dann dürfen wir gar nicht diese finanzpolitische Reserve bilden.

U. Glättli (GLP): Den Antrag der AK zur Reduktion des Globalkredits um 1,6 Millionen Franken betreffend der vom Stadtrat beantragten finanzpolitischen Reserve lehnt die grünliberale Fraktion ab. Es ist etwas verkehrte Welt:

Wir vertreten hier als Einzige dieselbe Haltung wie der Stadtrat und alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen lehnen die Bildung finanzpolitischer Reserven ab. Die einen aus Prinzip, weil sie davon noch nie etwas gehört oder es vielleicht auch nicht ganz verstanden haben, die anderen hoffen auf mehr Spielraum für Steuersenkungen oder haben Angst davor, der Stadtrat könnte ihnen ein Schnippchen schlagen. Nutzen wir doch die neuen Spielräume des kantonalen Rechts und bilden finanzpolitische Reserven: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“: Es wäre ein willkommener Puffer, auch wenn er nicht allzu gross wäre, für die kommenden Jahre. Solche Reserven dürfen sowieso nur gebildet werden, wenn am Ende der Budgetdebatte schwarze Zahlen resultieren würden. Wiederum aufgelöst werden dürfen sie nur, wenn ihnen wie bei deren Bildung, der Gemeinderat als Budgetorgan ihrer Auflösung wiederum zustimmt.

Von daher sehen wir nicht, was dagegen spricht – wir würden dem zustimmen.

U. Hofer (FDP): Mit den finanzpolitischen Reserven kann man die Rechnung der Stadt ein bisschen glätten über mehrere Jahre, sprich in schlechten Jahren ein bisschen besser darstellen und in guten Jahren ein bisschen schlechter, als sie ist. Und das ist der Grund, weshalb Urs unsere Motivation, weshalb wir dem nicht zustimmen, nicht richtig versteht. Ich will einfach ein Budget und eine Rechnung, die mir sagt, was Sache ist – und nicht, dass ich das wieder rechnen muss mit diesem Instrument. Der Mehrwert des Instruments konnte nicht glaubhaft aufgezeigt werden. In dem Sinne sind wir schlicht und einfach gegen Intransparenz. Wir sind für Transparenz. Ich glaube, wir alle im Rat müssen in der Lage sein, auch wenn es einmal ein positives Ergebnis gibt, aber die Zahlen in Zukunft schlecht sind oder umgekehrt, das Nötige daraus abzuleiten, dass man nicht einfach das ausgibt, das man dann in Zukunft vielleicht nicht hat. Das muss man uns zutrauen können, ohne dass wir dafür Reserven bilden.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch wir lehnen die finanzpolitische Reservenbildung zurzeit ab. Es ist so, dass uns die Finanzkontrolle zwingt, zwischen den einzelnen Jahren zentimetergenau abzugrenzen. Und nachher kommen wir dann mit dem Millionenmassband und verschieben noch ein bisschen – das dünkt uns einen Verhältnisblödsinn und deshalb lehnen wir das ab.

T. Brütsch (SVP): Ich kann mich eigentlich dem anschliessen, was Urs Hofer sagte, zum unterschwelligen Vorwurf, wir hätten das Instrument nicht verstanden. Haben wir schon. Das Instrument wurde mit der Revision des Gemeindegesetzes neu eingeführt. Vielleicht bist Du deshalb Fan davon, Urs Glättli, der Du ja häufiger mit dem Gemeindegesetz zu tun hast, ich weiss es nicht. Aber materiell kann ich mit dem anschliessen, was Urs Hofer sagte. Es gibt für uns keinen Grund, weshalb man da ein Instrument zum Tragen lassen kommen sollte, das der Intransparenz in der Rechnung Vorschub leistet. Intransparenz in der Rechnung haben wir schon an anderen Stellen ab und zu, da müssen wir nicht noch zusätzliche schaffen.

R. Kappeler (SP): Wenn wir einmal einem FDP/SVP-Antrag vorbehaltlos zusagen dürfen, muss man das doch hier drinnen auch erwähnen... Materiell hat mich eigentlich Christian Griesser am meisten überzeugt, aber ich danke Euch für den Antrag.

F. Kramer (EVP): Ich kann es kurz machen: Wir sehen den Vorteil einer finanzpolitischen Reserve im Moment nicht und unterstützen den Antrag.

Stadtrat K. Bopp. Auch das ist es nicht so, dass das Thema wahnsinnig mitnimmt. Es ist irgendwie ohnehin nicht mehr relevant jetzt, nach den Korrekturen von der letzten Abstimmung. Was ich dazu sagen möchte, einfach ein paar Repliken zu Sachen, die gesagt wurden, von wegen Intransparenz: Es ist nicht das erste Mal, dass ich davon erzähle. Im Buch gibt es drei Ergebniszeilen: Es gibt ein Ergebnis aus betrieblichen Tätigkeiten (dort wäre das noch nicht drin), es gibt ein operatives Ergebnis, bei dem der Finanzaufwand und der Finanzertrag noch dazu gerechnet werden (dort drin wäre es auch noch nicht). Und erst im Gesamtergebnis, erst dort drin, würden wir die Korrektur dieser finanzpolitischen Reserve vornehmen. Es ist eine Möglichkeit für uns, nicht nur aus gewissen Rückstellungen und Reserven Geld zu entnehmen, sondern wir können auch gewisse Rückstellungen machen. Das Gemeindegesetz sieht das vor, dieses Instrument, dass man diese Glättung machen kann. Das ist also nicht, dass man versucht, irgendetwas am Gemeinderat vorbeizuschleusen oder irgendwo sonst. Es wird transparent ausgewiesen. Da möchte ich mich einfach dagegen wehren. Es ist ein Glättungsinstrument, aber es ist sowieso nicht relevant nach den bereits gemachten Korrekturen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den Globalkredit um 1,6 Mio. zu reduzieren, soll das zeigen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Dann ist dieser Antrag mit grosser Mehrheit angenommen.

Wir haben im Departement Finanzen noch eine Produktegruppe.

PG 280, Steuern und Finanzausleich. Wir werden diese Produktegruppe am Schluss behandeln, bei der Schlussabstimmung, wenn wir den Rest des Budgets zusammen haben, wie das vorgesehen ist von den Abläufen her. Man braucht zuerst das Budget, damit man den Steuerfuss festlegen kann.

Wir haben damit das Budget vom Departement Finanzen mit Ausnahme der Produktegruppe 280 bewilligt.

Wir kommen zum **Departement Bau.**

PG 322, Tiefbau. Dort gibt es einen Kommissionsantrag, den in Stellvertretung von Hans Ruedi Hofer Romana Heuberger begründen wird.

R. Heuberger (BBK): Ich habe kurz vor der Sitzung erfahren, dass ich diesen Antrag ver-
trete, deshalb habe ich keine so schönen Folien wie Du, Roli, aber ich denke, der Antrag ist
wirklich auch einfach und durchaus verständlich.

Die BBK beantragt mit 7:2 Stimmen die Erhöhung des Globlakredites im Tiefbau um 150'000
Fr. Damit sollen insbesondere die Ressourcen für die Umsetzung diverser Verkehrsprojekte
sowie der Agglomerationsprogramme bereitgestellt werden.

Die Argumentationen kommen noch von Fraktionsseite, von daher sind da keine zusätzlichen
Angaben mehr nötig.

F. Landolt (SP): Eigentlich wäre es eher Reto, denn Du hast den Antrag gestellt... Wir unter-
stützen den Antrag, wir finden das richtig. 2011 wurde das schweizerische Gesamtverkehrs-
konzept zustimmend zur Kenntnis genommen. Es gab dann noch eine Änderung in der Lei-
tung zwischen 2014 und 2018 im Tiefbauamt und die Priorität dieses Gesamtverkehrskon-
zepts wurde doch relativiert, ein bisschen gesenkt. Das hatte zur Folge, dass sehr viele Ver-
kehrskonzepte einfach liegengeblieben sind. Das musste man jetzt mit der neuen Führung
wieder etwas hochfahren. Und es ist daher nichts anderes als konsequent und richtig, wenn
man dem Tiefbauamt einen gewissen Spielraum lässt. Das gibt einen gewissen Spielraum,
um eine Stelle zu erhöhen, auch jetzt. Obwohl beim Amt für Städtebau eine tadellose Ausle-
geordnung gemacht worden ist, ist es ganz sicher, dass diese Sachkompetenz beim Tiefbau
gebraucht wird. Und deshalb stimmen wir zu.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte auch noch gerne 2-3 Worte verlieren zu diesem Antrag.
Wir haben im Januar dieses Jahres eine Übersicht erhalten über die sogenannten Agglome-
rationsprojekte, die ja eingegeben wurden, bei denen man erwartet und erhofft, dass man ei-
nen erheblichen Anteil vom Bund an Geld zurückerhält, wenn man diese realisiert. Wie es Fe-
lix Landolt schon gesagt hat: Diese Agglomerationsprojekte sind leider nicht im Zeitplan, der
eigentlich vorgesehen gewesen wäre ursprünglich. Und zwar sind sie zum Teil sehr weit hin-
tennach. In dieser Übersicht haben wir z.B. gesehen, dass bei der Buspriorisierung und Ver-
kehrssteuerung erst ca. 10-20% umgesetzt sind, bei der Beruhigung der Quartiertangenten
50%, bei den ÖV-Hochleistungskorridoren (die ja v.a. den Bus stärker bevorzugen sollen)
sind wir eigentlich bei 0%, bei der Querung Grüze im Moment auch noch bei 0% - obwohl es
dort im Anrollen ist, wie es aussieht - , und bei den Veloschnellrouten sind wir auch nur bei
wenigen %, ca. 10%. Es hat selbstverständlich bei diesen Verzögerungen auch exogene Fak-
toren, wie man es so schön sagt. Das sind Faktoren, die man nicht durch Planung oder durch
Vorbereitung vorgehend schon beeinflussen kann, wie z.B. bei der Querung Grüze, wo es
jetzt Verzögerung gegeben hat, u.a. auch wegen Diskussionen mit der SBB.

Aber es wäre angesichts der vielen Dutzenden Millionen, es geht also da um wirklich grosse
Beträge insgesamt, und es wären viele Dutzende von Millionen, die wir vom Bund mit diesen
Agglomerationsprojekten, die wir eingegeben haben, abholen könnten. Wenn wir das nicht
abholen können, ist das natürlich ein Verlust für die Stadt Winterthur, den wir auf jeden Fall
vermeiden sollten. Wir verlieren auch verkehrspolitisch, wenn wir diese Sachen nicht umset-
zen können, wie es eben bereits in den entsprechenden Planungen eingestellt ist. Und das
wäre sehr schade. Deshalb haben wir diesen Antrag auch aufgebracht. Und wir haben bestä-
tigt bekommen vom Departement, dass es tatsächlich so ist, dass es dort noch Ressourcen
braucht, um diese Projekte voranbringen zu können. Deshalb möchten wir Euch beliebt ma-
chen, dass Ihr diesen Antrag unterstützt.

M. Nater (GLP): Wir werden den Antrag der Kommission unterstützen, da wir den Bedarf die-
ser Stelle sehen. Gemäss letzten Informationen sind beim Tiefbau in etwa gleich viele Stellen
notwendig wie beim Hochbau. Uns ist daher das Vorgehen beim Departement bei der Stel-
lenbeantragung nicht nachvollziehbar. Das Amt für Städtebau hat rechtzeitig und transparent
4,8 Stellen beantragt. Beim Tiefbau, wo es scheinbar in etwa gleich viele Stellen braucht,
wurde keine einzige Stelle beantragt. Ich denke, da wurde eine Chance vertan, da wirklich die
entsprechenden Stellen auch entsprechend zu beantragen. Und von daher muss man da
wirklich schauen, dass man da auch eine Gleichbehandlung sicherstellt.

Obwohl also keine Stelle beim Tiefbau beantragt wurde (ausser die nachträgliche Assistenzstelle im Novemberbrief), haben wir von der GLP uns überzeugen lassen, einer Stelle zuzustimmen. Von der Argumentation gleich wie bei Reto und Felix, dass wir diese Stelle wirklich haben müssen, weil wir die Gelder auch beantragen wollen. Es ist von links/grün bis FDP ganz klar aufgezeigt worden, dass diese Stelle entsprechend gebraucht wird, v.a. auch, weil in diesen Agglomerationsprogrammen viel zu wenig Kapazitäten vorhanden sind. Nur bei einer rechtzeitigen Eingabe von Projekten durch die Stadt Winterthur ist eine frühzeitige Umsetzung möglich, und v.a. auch, wie Reto es eindrücklich gesagt hat, können dort dann die bereitgestellten Gelder vom Bund abgeholt werden.

Wir von der GLP werden deshalb der zusätzlichen Stelle beim Tiefbau zustimmen.

M. Gross (SVP): Ich kann es kurz halten: Wir werden Euch nicht zustimmen und werden diese Erhöhung ablehnen. Und zwar hat das einzig und alleine den Grund, dass diese Erhöhung nicht beantragt wird. Wir würden diese zwar gerne sehen im Tiefbau, aber mit dem Ausblick auf das Budget muss man sagen: Wir können dem nicht zustimmen. Wir fahren das Schiff in eine Wand oder in den Eisberg, wie vorher gesagt. Und was Reto Diener ausgeführt hat, ist zwar richtig: Wir verlieren Geld. Aber irgendwo, finde ich, hat die Stadt die Planung nicht im Griff, wenn sie eine Stelle nicht beantragt und wir dadurch Geld verlieren. Das müsste man der Stadt überlassen. Und das Parlament darf auch nicht die Führung des Departements übernehmen wollen, sondern das macht das Departement. Und wenn sie nicht beantragt ist, dann brauchen wir sie anscheinend nicht und das Departement kann umsetzen, was es umsetzen will.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP unterstützen den Antrag. Uns ist es wichtig, dass diese Gelder abgeholt werden können. Uns ist es auch wichtig, dass mit dieser zusätzlichen Kapazität diese Projekte vom Agglomerationsprogramm vorangetrieben und umgesetzt werden können, und nicht Stellenprozent für Alltagsgeschäfte eingesetzt werden.

R. Heuberger (FDP): Ja, die Ampeln beim Tiefbau stehen auf rot, und zwar tief rot – sowohl zeitlich wie inhaltlich. Und ich meine damit nicht die Lichtsignalanlagen, für welche der Tiefbau neu zuständig ist, sondern tatsächlich auch die Umsetzung der Agglomerationsprogramme. Vieles hat Reto Diener schon gesagt. Man kann es noch deutlicher sagen: 2/3 der Agglomerationsprojekte sind nicht so weit, wie sie sein sollten. Die Umsetzungsampel steht auf rot. Und wir werden, wenn es so weitergeht, rund 50 Mio. verlieren vom Bund. Und es wäre wirklich schade, wenn wir für so wichtige Projekte, die wir in den Agglomerationsprogrammen in der Pipeline haben, dieses Risiko eingehen würden.

Für uns ist das Thema auch das Thema der Ressourcenplanung. Wir haben dann umso erstaunter zur Kenntnis genommen, dass offenbar die Ressourcen für die rasche Umsetzung der Schliessung von der Stadthausstrasse dann durchaus wieder vorhanden sind, während man aber offensichtlich die Agglomerationsprogramme nicht vorwärtsbringt. Uns ist in der letzten Sitzung auch gesagt worden, man sei dort nicht wesentlich weiter als im Januar. Dann muss ich sagen, es ist wirklich eine Frage der Prioritätensetzung.

Und auch das, was Michi Gross schon gesagt hat: Die Planung der Ressourcen. Im Amt für Städtebau hat man es geschafft, die Stellen sauber zu begründen. Im Tiefbauamt hat man das nicht geschafft. Damit sind wir ein Stück weit als Kommission im Blindflug. Wir wissen, es braucht zusätzliche Ressourcen – wie viel es genau wären, wissen wir nicht. Aber wir haben gesagt, wir wollen da Prioritäten setzen, wir wollen in die Infrastruktur für ÖV, MIV und Veloverkehr investieren. Und an dieser Stelle soll auch jemand sein. Und wir hoffen und gehen davon aus, dass in diesem Fall auch die Priorisierung der Agglomerationsprojekte stattfinden. Denn wenn nicht, werden wir diese Stellen nächstes Jahr wieder sehr genau anschauen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden diese Erhöhung nicht unterstützen. Ich lehne da an das Votum von Michael Gross an. Wir können es uns schlichtweg

nicht leisten. Der Bedarf ist aus meiner Sicht durchaus ausgewiesen, wie auch in den nächsten Produktgruppen, über die wir sprechen werden, aber der Bedarf ist überall gross. Und man müsste überall aufstocken können. Und wir können es uns, wie gesagt, nicht leisten. Und wenn man so Geschichten hört, wie Romana Heuberger erwähnt hat, dass einfache Projekte vorgezogen werden und andere Projekte, bei denen Bundesgelder oder kantonale Gelder abgeholt werden könnten, nicht vorangetrieben werden, dann kann man da mit der richtigen Priorisierung sicher noch das eine oder andere machen.

Stadträtin Ch. Meier: Wir haben heute in verschiedenen Voten und auch letztes Mal vor einer Woche in der Eintretensdebatte immer wieder gehört, es sei angeblich zu wenig Transparenz in diesem Budget drin. Das Departement Bau war extrem transparent. Wir haben eine Auslegeordnung gemacht in Hinblick auf den Antrag der Stellenerhöhung vom Amt für Städtebau (da kommen wir dann nachher darauf zurück). Wir waren dort so transparent, dass wir auch schonungslos Schwachstellen innerhalb des Amtes für Städtebau aufgedeckt haben, die eben wirklich mit dieser Ressourcenknappheit zu tun haben.

Wir haben mit der BBK ganz klar abgemacht, dass wir diese Auslegeordnung, die wir beim Amt für Städtebau jetzt gemacht haben, auch für den Tiefbau machen werden. Wir haben bereits einen Termin, irgendwann im Februar, wenn ich es richtig im Kopf habe, an dem wir diese Auslegeordnung auch für das Tiefbauamt machen werden.

Es ist so, dass wir in der Abteilung Verkehr eine grosse Veränderung gehabt haben dieses Jahr. Wir haben die Zusammenlegung der Verkehrsthemen aus der Polizei und aus dem Tiefbauamt gehabt. Das wurde auf 1. März operativ umgesetzt. Das war eine grosse Veränderung für diese Abteilung. Es sind verschiedene Kulturen, die da zusammengeführt wurden. Das hat Energie gebraucht. Es war gut, dass wir diese Zeit hatten. Wir haben aber immer gesagt, dass das der falsche Zeitpunkt wäre, um eine Auslegeordnung in Bezug auf die Ressourcen zu machen. Wir gingen da also sehr seriös vor. Und es tönt jetzt absurd, wenn ich Sie darum bitten muss, dieser Stellenerhöhung nicht zu entsprechen, weil wir gerne die seriöse Arbeit, die wir für das AfS gemacht haben, auch für den Tiefbau machen möchten.

Auf was ich gerne noch kurz Stellung nehmen möchte, ist die Anschuldigung, dass wir in Hinblick auf die Agglomerationsprogramme offensichtlich im Liegestuhl liegen und Däumchen drehen. Wir sind sehr intensiv an diesen Projekten dran. Wir haben einen zusätzlichen Mitarbeiter, der uns im vorletzten Budget gesprochen wurde. Seit Februar ist er bei uns im Team. Dieser ist ausschliesslich an Agglomerationsprojekten dran, wir sind dort wirklich am Nachhaken. Aber es ist selbstverständlich so, dass wir nicht auf einen Klapp einen solchen Rückstand wieder ausgleichen können.

Es ist so, wir werden sicher nächstes Jahr mit dieser Auslegeordnung kommen. Es ist so, dass wir sicher langfristig froh sind um Ressourcen. Aber wir haben ein Budget vorgelegt, hinter dem wir stehen können. Und deshalb muss ich Sie aus stadträtlicher Sicht wirklich darum bitten, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Erhöhung des Globalkredits um 150'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die zugestimmt hat. Der Antrag ist damit bewilligt und damit die Produktgruppe Tiefbauamt genehmigt.

PG 328, Entsorgung

PG 340, Vermessung

Zu diesen Produktgruppen sind mir keine Anträge bekannt. Wenn es da keine Wortmeldungen gibt, sind die beiden Produktgruppen genehmigt.

PG 350, Baupolizei. Da gibt es einen Fraktionsantrag von der CVP/EDU-Fraktion. Zeno Dähler bitte.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir haben es seit Beginn der Budgetdebatte schon das eine oder andere Mal gehört. Früher haben wir als Gemeinderat darüber abgestimmt, wie viel Bleistift und wie viel Papier im Jahr angeschafft werden darf. Jetzt haben wir die wirkungsorientierte Verwaltungsführung mit der Idee, dass man über Globalbudgets und Ziele die Verwaltung führen kann.

Leider ist es aber so, dass das nicht funktioniert. Denn ganz viele von diesen Zielen sind nicht messbar, sind nicht beeinflussbar oder machen schlichtweg keinen Sinn. Da ist uns in der BBK durchaus bewusst und deshalb sind wir intensiv daran, diese Fehler zu korrigieren. Und wenn wir es schaffen, sinnvolle, messbare und beeinflussbare Ziele zu definieren, dann können wir nach dem WOV-Gedanken in Zukunft über das Globalbudget und die Ziele auch wirklich steuern.

Bis wir aber so weit sind, können wir von der CVP/EDU-Fraktion eigentlich nur eines machen: Nämlich im Bereich des Globalbudgets Kürzungsanträge stellen. Entsprechend stellen wir da den Antrag, in der Produktgruppe Baupolizei den Globalkredit um 100'000 Fr. zu kürzen. Den Grund habe ich vorher schon erwähnt: Wenn wir nach vorne schauen, haben wir ein grosses Problem. Wir müssen die Kostensteigerung einfach in den Griff bekommen, v.a. bei den Personal- und Sachkosten. Der Kürzungsantrag von uns ist entsprechend rein finanzpolitisch zu begründen. Und es ist uns durchaus bewusst, wie ich auch schon gesagt habe, dass der Bedarf eigentlich ausgewiesen wäre für mehr Stellen. Nur, wie ich auch schon gesagt habe, können wir uns einfach nicht alles leisten, das wir uns gerne leisten würden. In dem Sinn stellen wir den Kürzungsantrag und überlassen es den Verantwortlichen in der Baupolizei, wie dass sie diese Kürzung dann umsetzen können, wenn es dazu kommt. Ich bitte um Unterstützung von unserem Antrag.

M. Gross (SVP): Wir werden, obwohl wir Sympathien haben für den Kürzungsantrag – wir haben grundsätzlich Sympathien bei diesem Budget für Kürzungsanträge – aber da werden wir nicht mitziehen. Erstens finden wir, dass die Baupolizei ausgezeichnet geführt ist und es wird halt einfach viel gebaut bei uns, d.h. es braucht auch Leute. Und wenn man da kürzen würde, würde es bedeuten, dass die Leute noch länger warten, bis sie ihr Baugesuch, das sie eingereicht haben, dann allenfalls bewilligt bekommen. Es ist heute schon über 4 Monate, die man warten muss. In einer Gemeinde, die nicht Winterthur heisst, ist der Schnitt dort etwa bei 2 Monaten. Wir sind bei über 4 Monaten. Und das ist einfach zu viel. Es geht da nicht darum, den Verwaltungsapparat nicht aufzublähen. Es geht da darum, dass man direkt an der Front die Baugesuche abarbeiten muss. Deshalb werden wir da die Kürzung nicht unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Auch wir werden den Antrag der CVP/EDU nicht unterstützen. Wenn wir schauen, ist es so: Die Baupolizei hat gesetzliche Vorgaben. Und das heisst, innert 4 Monaten müssen die Anträge beantwortet sein. Und die Baupolizei kann nachweisen, dass sie mit den bestehenden Ressourcen nicht in der Lage ist, die Baugesuche in der gesetzlich vorgegebenen Frist umzusetzen. Von daher, lieber Zeno, ist es eben nicht „wünschenswert und wäre nötig“. Sondern wir haben eine gesetzliche Vorgabe, die wir einhalten müssen – und wir können sie nicht einhalten. Und weil wir sie nicht einhalten können, braucht es mehr Ressourcen. Wir werden dieses Jahr voraussichtlich ca. 11% der Gesuche nicht rechtzeitig über die Bühne bringen. Wir brauchen zusätzliche Ressourcen und wir werden deshalb diesem Streichungsantrag nicht zustimmen.

M. Bänninger (EVP): Auch wir von der EVP werden dieser Kürzung nicht zustimmen. Wir können die CVP auf der einen Seite verstehen, so wie sie es im schriftlichen Antrag formuliert hat, geht es auch ihnen darum, die stetig steigenden Querverrechnungskosten wie die Informatikkosten genauer anzuschauen. Auch uns sind diese ein Dorn im Auge. Aber wir sind der Meinung, dass man das nicht auf dem Rücken der Baupolizei austragen dürfen, sondern dass wir das global anschauen müssen über die gesamte Stadtverwaltung.

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den CVP-Kürzungsantrag ebenfalls nicht. Die Begründung ist zwar lang, aber leider ein copy-paste. Wenn ich Zeno Dähler richtig verstanden habe, ist es wenigstens ein finanzpolitisches copy-paste. Wir finden, die pauschalen Kürzungen in der Baupolizei sind nicht gerechtfertigt. Es ist wirklich so mit dem Rasenmäher darübergangenen... Und wenn die CVP zur Auffassung kommt, dass die Baugesuche in den folgenden Jahren sinken werden, dann frage ich mich ein bisschen, ob sie den Budgetantrag richtig gelesen hat.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL wird diesen Antrag auch nicht unterstützen. Ich bin erstaunt, Zeno, dass Du sagst, es gäbe keine messbaren Ziele in dieser Produktegruppe. Im Gegenteil, es wurde mehrfach schon gesagt, wir haben ja genau diese messbaren Ziele, nämlich dass die Baugesuche in einem gewissen Zeitabschnitt durchgeschleust werden müssen und den Kunden zugestellt werden können. Und das ist ja genau das, was nicht erfüllt ist. Von daher gesehen, ist diese Argumentation schon ein bisschen witzig. Und von daher muss ich sagen: Dann seid Ihr ehrlicher, wenn Ihr sagt, Ihr argumentiert nur finanzpolitisch. Wir finden auch, wir müssen dort aufstocken, damit wir die Leistungen erbringen können für die, die bauen wollen, und die, die ihre Projekte voranbringen wollen.

M. Nater: (GLP): Die Baupolizei argumentiert, weshalb sie diese zusätzlichen Aufwendungen braucht. Auf der anderen Seite seit uns die CVP/EDU, dass sie der Ansicht sind oder auch glauben, dass der Aufwand zu hoch ist, und von daher wird eine Kürzung verlangt. Aus unserer Erfahrung möchte die Stadt, aber auch die Bevölkerung, schon gerne wissen, wo wir als Parlament konkret sparen wollen. Und daher sollte im Antrag auch die entsprechende Stelle oder Position aufgeführt sein.

Man muss aber auch sagen, dass das Vorgehen der CVP/EDU mit einer Globalkürzung legitim ist. Die Stadt hat einen Informationsvorsprung. Es braucht immer die Zulage, dass man ins kleinste Detail geht und alles begründet. Auch beruft sich die Stadt nachher bei der Umsetzung meistens auf ihre Globalsicht und dass sie nachher frei ist in der Umsetzung. Wir stimmen trotzdem gegen den Antrag der CVP/EDU, weil für uns von der GLP der Antrag zu stark auf Ansichten basiert und nicht ersichtlich ist, wieso gerade bei der Baupolizei gekürzt werden soll.

Stadträtin Ch. Meier: Es ist mehrfach gesagt worden: Die Fristen bei der Baupolizei, wenn es um die Bewilligung von Baugesuchen geht, sind gesetzlich vorgegeben. Wir haben da keinen Spielraum. Und es ist durchaus extrem messbar, ob wir diese Fristen einhalten oder nicht. Von daher ist es auch nicht so, dass dort die WOV-Ziele entsprechend fehlen würden. Auch bei der Baupolizei waren wir sehr transparent, wir haben sehr genau dargelegt, wie viele Ressourcen uns fehlen. Wir haben deshalb auch ganz klar die 1,3 Stellen beantragt, weil wir das wirklich so nachweisen können. Und ich danke Euch ganz herzlich, wenn Ihr diesen Kürzungsantrag nicht unterstützt.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesem Kürzungsantrag von 100'000 Fr. von der CVP/EDU-Fraktion zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist dieser Antrag deutlich abgelehnt. Die Produktegruppe Baupolizei ist damit abgeschlossen.

PG 360, Städtebau. Da gibt es zwei Anträge, einen von der Kommission und einen von der FDP-Fraktion, die wir einzeln behandeln werden. Ich gebe das Wort zuerst für den Kommissionsantrag dem Kommissionssprecher, Benedikt Zäch.

B. Zäch (SP): Das Amt für Städtebau beantragt für das Budget 2020 im Produkt Hochbau einen Stellenaufbau von 4,0 Stellen. Die Abteilung zählt insgesamt 20,6 Stelleneinheiten, die

auf 25 Mitarbeitende verteilt sind. Die Stelleneinheiten sind in den letzten fünf Jahren reduziert worden, während das Investitionsvolumen, das in der Abteilung abgewickelt wird, gestiegen ist.

Der Hochbau ist das Kompetenzzentrum für Hochbauten der Stadt Winterthur und das Baufachorgan für städtische Bauvorhaben, führt also Bestellungen verschiedener Departemente aus, vor allem für das DSS, das DSO, das DSU und das DTB. Darin eingeschlossen sind Neubauten, Umbauten und Instandhaltungsarbeiten. Ausserdem ist die Abteilung für die bauliche Planung des Unterhalts und das Controlling der energetischen Erneuerung des städtischen Liegenschaftsportefeuilles zuständig.

In der BBK ist ausführlich, auch mit einem Benchmarking, dargelegt worden, dass die Bau- summe pro Projektleiterin und Projektleiter im Hochbau zum Teil deutlich über den entsprechenden Werten vergleichbarer Baufachorgane liegen: Sie sind doppelt so hoch wie im Kanton Aargau und 20 % höher als in den Städten Zürich und Bern.

Das Amt für Städtebau gedenkt mit den vier neuen Stellen sowohl die bestehende Überlast wie auch ein erhebliches Wachstum des Investitionsvolumen in den nächsten Jahren aufzufangen.

Die BBK hat mit einer Mehrheit einen Kommissionsantrag angenommen, der diesen Stellenantrag von 4,0 auf 3,0 Stellen kürzen will. Eine Mehrheit der BBK ist der Auffassung, dass auch mit 3,0 Stellen der aktuelle Bedarf genügend abgedeckt sei.

Die Haltung der SP-Fraktion erläutere ich nachher.

M. Gross (SVP): Danke vielmals, Benedikt, für die Begründung. Ich habe die Haltung der SP-Fraktion schon herausgehört im 1. Teil, dass Du dem nicht zustimmen wirst.

Es ist tatsächlich so: Das Amt für Städtebau hat bei uns sehr gut begründet, weshalb sie mehr Stellen brauchen und die 4 Stellen sollen ausgewiesen sein. Das ist auch nicht wirklich bestritten. Aber es ist wie in jedem Unternehmen oder in jeder öffentlichen Verwaltung so, dass man halt priorisieren muss, wenn man nicht so viel Geld hat.

Und deshalb werden wir diesem Kürzungsantrag zustimmen, auch wenn wir der Meinung sind, dass das Amt für Städtebau ein bisschen unterdotiert ist. Aber das sind wahrscheinlich auch viele andere Ämter in der Stadt und irgendwo anders.

M. Bänninger (EVP): Wir sehen das gleich. Das Amt für Städtebau konnte uns aufzeigen und plausibel herleiten, dass sie diese Stellen benötigen. Und das können wir gut nachvollziehen. Wir sind auch nicht prinzipiell gegen 4 zusätzliche Stellen, sind aber der Meinung, dass mit 3 Stellen bereits ein markanter Ausbau vollzogen wird und man gut in einem Jahr schauen kann, ob es die 4. Stelle wirklich noch braucht.

R. Diener (Grüne/AL): Ich kann es kurz machen: Die Grünen/AL werden diesen Antrag nicht unterstützen, weil wir dem Stadtrat da folgen möchten. Mit einer guten Auslegeordnung, wie es bereits gesagt wurde und von Benedikt Zäch sicher noch weiter ausgeführt werden wird, gut gezeigt worden, dass man diesen Bedarf hat. Und wenn wir jetzt einfach wieder zurückfahren, dann schaffen wir wieder auf Vorrat Defizite. Das finden wir nicht richtig.

M. Nater (GLP): Wir werden dem Antrag auf Streichung von einer Stelle beim Amt für Städtebau zustimmen. Das heisst aber auch, dass wir trotz dem knappen Budget dieser Stadt von diesen 4 beantragten Projektleiterstellen 3 Stellen gutheissen. Bei einer Stelle können wir uns vorstellen, sie nächstes Jahr zu gewähren, was von der Gesamtsituation der Stadt und dem Investitionsbedarf der Stadt Winterthur in den nächsten Jahren abhängig ist.

Momentan ist im Buch B ein Anstieg vom Investitionsbedarf für städtische Liegenschaften vom Soll 2018 von ca. 47 Mio. auf 70 Mio. im Jahr 2020 hinterlegt. Ob dieser Anstieg jedoch der Realität entspricht, wissen wir nicht sicher, da der angekündigte Bedarf nicht immer mit dem tatsächlich umgesetzten Investitionsvolumen zusammenhängt. Auch ist die Frage, wie sich das Investitionsvolumen in Zukunft entwickelt, nicht wirklich ersichtlich. Vielleicht sinkt es ja in den nächsten Jahren auch wieder unter 70 Mio.

Wir unterstützen da also 3 unbefristete Stellen aufgrund der Zahlen von 2020 und den für uns nachvollziehbaren Erläuterungen vom Amtschef Jens Andersen. Wir von der GLP wollen bei der Investitionsplanung der städtischen Bauten und Prozesse mehr Transparenz und Effizienz. Deshalb haben wir gemeinsam mit der EVP, SP, CVP/EDU, FDP und SVP eine Interpellation dazu eingereicht, die uns nachher auch ermöglicht, nächstes Jahr besser entscheiden zu können, ob wir diese zusätzliche Stelle dann nochmals geben. Wir von der GLP stimmen 3 zusätzlichen Projektleiterstellen beim Amt für Städtebau zu und damit auch dem Antrag der FDP zu.

B. Zäch (SP): Ja, Michael Gross, die SP-Fraktion priorisiert auch – aber ein bisschen anders... Wir lehnen den Kürzungsantrag ab. In der BBK ist ausführlich dargelegt worden, dass der Aufbau von vier Stellen im Hochbau dringend notwendig ist, um bereits das jetzige Investitionsvolumen auch nur annähernd aufzufangen.

Winterthur ist eine wachsende Stadt. Das heisst für den Hochbau als städtisches Baufachorgan zusätzliche städtische Bauten und auch mehr Erneuerungsbedarf: Das betrifft Schulhäuser und Kindergärten, Turnhallen, Unterwerke und anderen Infrastrukturbauten.

All dies ist mit dem aktuellen Personalbestand nicht zu stemmen. Das wurde uns sehr detailliert dargelegt. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass die GLP vor einer halben Stunde sagte, Markus Nater, es sei alles sehr gut begründet dargelegt worden, trotzdem glaube man nicht, dass der Bedarf erfüllt sei. Es wurde uns sehr klar dargelegt.

Die Anzahl Stellen ist im Amt für Städtebau seit 2014 um 14 % gesunken, während die Stadt um 8 % gewachsen ist. Das geht nicht auf. In einem aufwändigen Benchmarking hat das Amt für Städtebau zudem aufgezeigt, dass die durchschnittliche Bausumme im Hochbau pro Projektleiterin oder Projektleiter in Winterthur deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer Ämter liegt. Ich habe das schon als Kommissionsreferent als Fakt dargelegt. Das Resultat (und das ist jetzt unser Kommentar, Michael Gross, und unsere Schlussfolgerung) ist eine viel zu hohe Arbeitslast, und diese wiederum führt zwangsläufig zu Verzögerungen und Projektverschiebungen.

Darum ist eine Kürzung der dringend benötigten Ressourcen eben kein Beitrag zur Effizienz, sondern genau das Gegenteil davon. Aufträge an Dritte zu vergeben, wie in der BBK zum Teil argumentiert worden ist, löst das Problem überhaupt nicht. Der Aufwand zur Betreuung von Projekten, die mangels Ressourcen nicht intern abgewickelt werden können, ist unverhältnismässig hoch – und die Kosten ebenfalls.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Wer nicht bereit ist, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, muss seiner Wählerschaft erklären, warum man selber dazu beiträgt, dass zum Beispiel Schulhäuser nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

R. Heuberger (FDP): Ich möchte eingehen auf das Votum von Dir, Felix. Natürlich ist es so, dass uns Bestellerdepartemente bestätigen, dass gewisse Projekte verschoben werden mussten. Aber es ist auch so, und das hast Du in der Kommission auch gehört, dass bereits bewilligte 2-3 Stellen über längere Zeit nicht besetzt worden konnten. Und es ist nicht so, dass wir keinen zusätzlichen Bedarf sehen. Wir sagen ja Ja zu drei zusätzlichen Stellen. Aber wenn wir die Differenz anschauen zwischen dem, was wir jetzt 2019 de facto hatten, und dem, was wir 2020 jetzt genehmigen, sind das plus 6 Stellen gegenüber dem Status quo, wie man ihn in den letzten Monaten bzw. im ganzen Jahr gelebt hat. Und dieser Unterschied ist doch gravierend.

Und ja, sie haben eine höhere Belastung, sie haben höhere Werte pro Mitarbeiter. Wir haben aber auch diverse Grossprojekte, die wir zusammen mit dem Bund und dem Kanton stemmen, und die entsprechend auch grosse Volumina sind, die dann auch pro Projektleiter grosse Beträge geben.

Und Du sagst, die Mitarbeiterzahlen sind gesunken, während die Stadt gewachsen ist. Das kommt halt immer darauf an, wo der Referenzpunkt ist. Wenn man viel zu hoch angesetzt hat und dann sinkt, während das andere wächst, ist es zwar relativ ein Unterschied, aber absolut wahrscheinlich nicht so dramatisch.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die FDP wird dieser Streichung – den Antrag haben wir ja selber gestellt - sicher zustimmen. Uns geht es wirklich darum, dass man die Ressourcen sicher erhöht. Uns geht es aber auch darum, und das wurde von Markus Nater schon gesagt: Die Stellenerhöhung wird begründet mit 100% des Bauvolumens, das in der Investitionsplanung ausgewiesen ist. Wir wissen aber alle, dass nie 100% umgesetzt werden. Das hat diverse Gründe: Rechtliche Gründe, weil Verfahren laufen; finanzielle Gründe; diverse Sachen. Man setzt nie 100% um und von daher haben wir auch diese Motion von Markus Nater unterstützt, damit wir da Klarheit bekommen, wie viel von dieser Investitionsplanung wirklich umgesetzt wird.

Und das 2. Thema ist: Es wurde uns auch versprochen, dass an der Stellenkompetenz der Departemente gearbeitet wird. Dass es weniger vorkommen soll, dass Projekte sehr kurzfristig eingebracht werden, dass eine einheitliche Einbringung dieser Projekte zur Effizienz beitragen soll. Wir sind überzeugt davon, dass das noch relativ grosses Potenzial hat, wenn man daran arbeitet. Und wir werden deshalb zuerst schauen, was passiert, wenn wir diese 3 Stellen genehmigen. Nochmals: Im Unterschied zu diesem Jahr fast plus 6 Stellen. Wir sind überzeugt davon, dass dies nächstes Jahr reichen wird.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden die Kürzung unterstützen. Die Begründung bleibt die gleiche, wie ich schon vorhin gesagt habe. Es ist zwar ausgewiesen, dass eigentlich Bedarf da wäre, es ist sogar sehr vorbildlich ausgewiesen worden in der BBK, dafür bin ich dankbar. Aber einmal mehr: Wir können uns nicht einfach alles leisten, was wir eigentlich bräuchten, wir müssen auf das Geld schauen.

Stadträtin Ch. Meier: Also als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bedanken, dass die sehr transparente Auslegeordnung offensichtlich doch auf ein gewisses Verständnis gestossen ist und dass der Bedarf erkannt wird.

Ich möchte einfach auf ein paar Punkte noch schnell eingehen. Romana Heuberger hat gesagt, es hätte über das Jahr die 3 Vakanzten gegeben und wenn man diese 3 Vakanzten plus die 3 zusätzlichen Stellen vom nächsten Jahr dann (hoffentlich) zusammenzählen würde, gäbe das eine Differenz von 6 Stellen. Es ist nicht so, dass wir einfach über Monate 3 Stellen vakant gehabt hätten. Es ist normal, dass bei einem Bestand von 25 Leuten während einem Jahr 3 Vakanzten entstehen. Jawohl, es war zwischenzeitlich bei 2 von diesen Stellen nicht ganz einfach, diese zu besetzen. Das hat u.a., neben dem, dass es ohnehin nicht wahnsinnig viele Architektinnen und Architekten auf dem Markt hat, auch damit zu tun, dass die Stadt Winterthur bekannt dafür ist, dass die Arbeitslast extrem hoch ist im Hochbau. Von daher ist das ein 1:1-Zusammenhang.

Was Du auch angesprochen hast, Romana Heuberger, das sind die Grossprojekte, die wir mit Bund und Kanton haben. Jawohl, die haben wir – aber die haben wir nicht im Hochbau. Das sind Projekte, die wir mit SBB und ASTRA haben, das sind andere Bereiche vom Amt für Städtebau, das betrifft nicht den Hochbau. Beim Hochbau betreuen wir unsere stadt eigenen Bauten, das sind nicht diejenigen, die wir mit Bund und Kanton zusammen haben.

Was aber schon so ist: Es ist natürlich so, dass wenn ein Projektleiter oder eine Projektleiterin sehr grosse Projekte betreut, es einfacher ist, eben auch eine höhere Summe zu betreuen. Deshalb müssen wir auch den Benchmark ein bisschen differenziert anschauen. Wir haben explizit verglichen mit dem Kanton Zürich, mit der Stadt Zürich, mit der Stadt Bern, Kanton Basel-Land und Kanton Aargau. Und wenn man mit Kantonen vergleicht, muss man dort wissen, dass Kantone tendenziell sehr viel grössere Bauvolumen haben und es dadurch eben auch einfacher ist für einen Projektleiter oder eine Projektleiterin, ein solches Projekt alleine zu betreuen. Wir haben relativ häufig auch kleinere Projekte, und dort ist der Aufwand einfach entsprechend grösser.

Was ich auch noch sagen möchte, einfach auch der Transparenz zuliebe: Wir haben das jetzt immer verglichen mit dem Investitionsvolumen. Die Arbeit beim Hochbau fängt aber natürlich einiges vorher an, also bevor wirklich Investitionskosten anfallen. Das Amt für Städtebau macht Machbarkeitsstudien, arbeitet Projekte aus – und das läuft noch nicht über die Investitionsrechnung. Das ist vorher und das machen auch unsere Projektleitungen im Hochbau.

Ich bin Euch sehr dankbar, wenn wir in diesem Fall wahrscheinlich nur 3, aber immerhin 3 Stellen im Hochbau bekommen. Wir brauchen diese Stellen wirklich, wenn wir die projektierten Investitionen der nächsten Jahre stemmen wollen. Vielen Dank.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag zur Kürzung des Globalkredits um 150'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr deutlich zugestimmt.

Wir kommen zum 2. Antrag, von der FDP-Fraktion. Begründet wird er von Romana Heuberger.

R. Heuberger (FDP): Die FDP beantragt, den Globalkredit im Bereich Städtebau um 120'000 Fr. zusätzlich zu kürzen. Und zwar geht es uns um die Stelle von 0,8 Stellenprozent, die geschaffen werden soll in der Denkmalpflege. Die zusätzliche Stelle soll geschaffen werden, um die Inventarliste der schützenswerten Bauten mit den Schutzzwecken zu ergänzen – unabhängig, ob überhaupt ein Bauprojekt für eine Liegenschaft besteht oder nicht. Wenn der Schutzzweck nicht vorhanden sei, dann dauere es 2-3 Monate, um einen Einzelfall zu prüfen. Das sei viel zu lang.

Ich habe mittlerweile beim Hauseigentümerverband nachgefragt, ob das aus Sicht der Liegenschaftsbesitzer überhaupt ein Problem sei. Und siehe da, gemäss Hauseigentümerverband ist das gar kein Problem, weil die Liegenschaftsbesitzer von Häusern, wo im Inventar sind, ohnehin von längeren Fristen ausgehen. Bisher habe sich beim HEV diesbezüglich noch niemand beklagt. Probleme gebe es nur dann, wenn man sich inhaltlich nicht einig sei und dann gehe es in einen Rechtsstreit, der ohnehin viel länger als drei Monate brauche. Für uns stellt sich darum die grundlegende Frage, ob eine gleichzeitige Begründung der Schutzwürdigkeit über alle Liegenschaften im Inventar auf dem ganzen Stadtgebiet überhaupt Sinn macht. Aus unserer Sicht muss eine Abklärung bezüglich Denkmalschutz immer in enger Zusammenarbeit mit dem Eigentümer einer Liegenschaft umgesetzt werden. Denn der Denkmalschutz bedeutet immer auch einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte der Liegenschaftsbesitzer. Die Abklärung macht aus unserer Sicht dann am meisten Sinn, wenn ein konkretes Bauprojekt oder eine Umbauidee vorliegt oder wenn eine Liegenschaft veräussert werden soll. Sonst arbeiten wir auf Halde und klären zahlreiche Liegenschaften ab, bei denen in den nächsten 10 – 20 Jahren vielleicht gar kein Bau- oder Renovationsprojekt geben würde. Damit zementieren wir aber gleichzeitig auch den Denkmalschutz auf dem Stand von heute. Die Bedürfnisse könnten sich ja auch weiterentwickeln. Und genau mit der Zementierung, mit der Festlegung der Schützenswertigkeit der Bauten – heute – stecken wir eigentlich auf lange Zeit hinaus fest, was wir als schützenswert beziffern oder benennen, und vergeben damit eigentlich sämtliche Freiheiten, die wir hätten beim Denkmalschutz, um uns zu verändern. Und warum die Abklärungen, wenn man alle miteinander macht, billiger sein sollten als wenn man sie im Einzelfall macht, obwohl man es ja immer im Einzelfall begründen muss, ist für uns nicht nachvollziehbar – es bleibt ein Rätsel.

Die geplante Stellenerhöhung macht gemäss Stadtbaumeister zudem nur dann Sinn, wenn auch der damit verbundene Investitionskredit von rund 400'000 Fr. genehmigt wird. Für diesen Investitionskredit wird dem Gemeinderat gemäss Budget eine Vorlage unterbreitet. Die «Investition» (wenn es denn eine ist) beinhaltet offenbar Aufträge für externe Gutachten, was de facto nochmals einen Ressourcenaufbau, wenn auch extern, bedeutet. Wenn wir diese Stelle besetzen würden, ohne die Investition geklärt zu haben, dann ist diese Stelle allenfalls obsolet. Wenn wir die Investition genehmigen und die Stelle besetzt wird, kann diese sofort bezogen werden. Wir sind nicht bereit, eine neue Stelle zu gewähren, wenn die Rahmenbedingungen dazu im Parlament noch nicht sauber geklärt sind.

Wir beantragen deshalb, die 120'000 Fr. bzw. die 0,8 Stellenprozente zu kürzen.

M. Nater (GLP): In der Kommission wurde uns klar aufgezeigt, dass die 0,8 Stellen nicht nur für den Investitionskredit verwendet werden, sondern auch um sicherzustellen, dass die Überlast an Anfragen in vernünftiger Zeit abgebaut werden kann und dass auch die Effizienz in Zukunft erhöht werden kann. Und, Romana, wenn man mehrere Gebäude nach einem Schema machen kann, dann ist das normalerweise effizienter, das ist halt überall so. Für uns war aber auch die Aussage wichtig, dass die Stelle dazu dient, die Kundennähe zu stärken, d.h. man hat klare Erwartungen, dass mit dieser Stelle gute Lösungen für die Hausbesitzer in Winterthur gefunden werden. So soll z.B. der Denkmalschutz auch Lösungen aufzeigen, wie auf denkmalgeschützten Dächern Photovoltaik-Anlagen gebaut werden können, oder wie Häuser besser isoliert werden können, ohne dass man sich mit dem Denkmalschutz in die Quere kommt. Dass man dort ideale Lösungen findet, mit denen danach beide zufrieden sind.

Wir erwarten auch, dass die Durchlaufzeiten der Abklärungen entsprechend gesenkt werden können. Da wir eine effiziente und kundenorientierte Denkmalpflege wollen, werden wir diesem Antrag der FDP nicht zustimmen.

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag der FDP ab. Ich danke Romana Heuberger herzlich für ihr Votum, weil sie mir jetzt gleich noch ein paar zusätzliche Argumente als Steilvorlage geliefert hat.

In der BBK ist ganz gut begründet dargelegt worden, dass der Aufbau von 0,8 Stellen in der Denkmalpflege notwendig ist, um erstens die Grundlagen der Schutzzwecke für Inventarobjekte so aufzuarbeiten – und nicht nur aufzuarbeiten für die nächsten 20 Jahre, sondern à jour zu halten - dass nicht bei jedem Baugesuch mit Schutzobjekten solche Grundlagen zuerst neu erstellt werden müssen.

Es geht eben schon darum, die Bearbeitungsfristen deutlich zu verkürzen und den Durchlauf der Baugesuche bei der Denkmalpflege zu beschleunigen. Aber, Romana, es geht auch um Kundenorientierung. Und zur Kundenorientierung gehört, dass die Denkmalpflege mit guten Grundlagen mit der Bauherrschaft sprechen kann und dann im Gespräch, im Einzelfall-Gespräch, eben gute Lösungen finden kann. Damit das möglich ist, braucht es gute Grundlagen. Und zwar zuerst, und nicht erst nach ein paar Monaten Bearbeitungsfrist.

Auch in der Denkmalpflege ist es so, dass die Arbeitslast massiv gestiegen ist: Die Voranfragen haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt, die Ressourcen sind aber gleichgeblieben. Und das ist keine relative Grösse, sondern eine absolute Grösse.

Die Begründung des FDP-Antrags, Romana Heuberger hat es wiederholt jetzt, man wolle zuerst eine Kreditvorlage behandeln, die der Erstellung externer Gutachten dient, bevor die Stelle bewilligt wird, ist absurd, weil der Kredit ohne diese Stelle, die diese Aufträge vergibt, nicht beansprucht werden kann. Es ist genau diese Stelle, die solche Aufträge auslösen und auch koordinieren muss. Und es ist auch so, dass man diese Stelle zwar vielleicht nach dieser Weisung besetzen kann, aber es geht 1 – 1,5 Jahre, bis die dann auch produktiv ist. Es geht ein halbes Jahr, bis sie besetzt ist, es geht ein halbes Jahr, bis diese Person eingearbeitet ist. Also es ist nicht sofort möglich, diese Stelle zu besetzen. Und man blockiert genau das mit der Begründung, zuerst das andere beschliessen zu müssen, damit man das andere bewilligen kann. Das ist ein schlichtes Scheinargument. Es ist bezeichnenderweise auch erst nach der Diskussion in der BBK aufgekommen. In der BBK haben wir das so nicht gehört. Es braucht eben beides – und zwar beides gleichzeitig.

Romana Heuberger hat mit dem Hauseigentümerverband gesprochen und angeblich die Auskunft erhalten, das sei alles kein Problem. Ein anderes Problem, das Du selber erwähnt hast, ist eben das der Rechtssicherheit. Es mag ja sein, dass die Hauseigentümer mit relativ langen Fristen rechnen, wenn es um Denkmalschutzobjekte geht. Du hast mir aber das Argument geliefert: Die Rechtssicherheit leidet. Und das heisst nichts anderes, als dass man Lösungen allenfalls nicht mehr im direkten Gespräch findet, sondern über juristische Auseinandersetzungen suchen muss. Das geht viel länger, das ist teuer – für beide Seiten – und es ist total ineffizient, weil die Denkmalpflege heute in der Stadt Winterthur so arbeitet, dass sie solche Sachen im Gespräch lösen kann. Aber dafür ist die Bedingung, dass sie gute Grundlagen hat.

Und das ist natürlich eine negative Auswirkung dieses FDP-Antrags, bei der ich noch gespannt wäre, wie die FDP das ihrer Klientel im Bauwesen erklären will, das sie selber das verursacht hat.

M. Gross (SVP): Ich sage nicht viel. Wir werden uns dem FDP-Antrag anschliessen. Unsere Begründung: Einen Teil hat Romana schon gesagt, der andere Teil ist rein finanzpolitisch. Wir sind der Meinung, dass man auch hier noch ein bisschen kürzen muss. Es wurde gesagt: Wenn alles so dringend wäre, wie es jetzt im Parlament gemacht wird, dann würden wir mit dem Budget ohnehin nirgends hinkommen. Es wird immer alles dringender gemacht. Zuerst muss die Weisung kommen bzw. der Antrag gestellt werden, und nachher können wir vielleicht auch dieser Stelle zustimmen. Wir lehnen aus finanzpolitischen Gründen ab.

R. Diener (Grüne/AL): Ich kann es auch kurz machen. Ich deklariere auch, was unsere Haltung ist: Sie ist inhaltlich bestimmt und nicht finanzpolitisch, im Gegensatz zum Vorredner. Es ist ähnlich wie bei der Baupolizei, wir laufen auch da hinterher. Die Denkmalpflege macht Feuerwehrrübungen, eine nach der anderen, weil laufend jetzt diese Anfragen hereingekommen sind und sie laufend weiter hereinkommen. Und muss dann diese Abklärungen zuerst machen. Und die Kunden warten auf die Antworten.

Und statt dass man, wie Benedikt Zäch es gut ausgeführt hat, um Lösungen mit den Bauherren zusammen ringen kann, muss man zuerst eine aufwändige Analyse machen. Die Inventarisierung, die wir gemacht haben, ist die halbe Miete. Wir müssen jetzt die zweite Hälfte der Inventarisierung auch noch machen, indem wir die entsprechenden Grundlagen erarbeiten. Das ist ein Projekt, das schon länger fällig ist, das wir brauchen und das dringend nötig ist, damit man überhaupt mit den entsprechenden Materialien in die Diskussionen gehen kann.

Deshalb bitte ich Sie sehr, diesen Antrag abzulehnen.

R. Heuberger (FDP): Nur kurz noch wegen der Effizienz: Mir ist immer noch nicht klar, was effizienter sein soll, wenn man Hunderte von Liegenschaften im Voraus abklärt, bevor überhaupt ein Bauprojekt besteht, wenn man nachher (und so sagt es die Denkmalpflege), im Einzelfall die Liegenschaften nochmals beurteilen muss. Es gibt auch keinen Skaleneffekt, Markus Nater, weil man die Liegenschaften wirklich im Einzelfall beurteilen muss. Und deshalb profitiert man nicht davon, wenn man alles miteinander gleichzeitig jetzt macht.

Und vielleicht einfach von der Effizienz her auch noch, von den Begründungen her, ich habe es vorhin schon gesagt: Wenn wir jetzt begründen, weshalb wir schützen, dann haben wir in Zukunft keinerlei Flexibilität mehr, denn dann ist es begründet. Aber vielleicht ändert sich ja auch die Idee des Denkmalschutzes einmal. Und mir geht es nicht darum, den Denkmalschutz zu verhindern. Ich liebe alte Bauten, ich reise diesen immer nach. Aber es geht wirklich darum: Wieso schaffen wir auf Vorrat, wieso begründen wir Hunderte von Liegenschaften, wo es gar keine Baugesuche gibt? Wo es gar keine solche Begründung braucht? Es braucht sie jetzt nicht, man hätte ein paar Jahre Zeit, um diese zu erarbeiten, wenn es sie dann braucht – und es ist offenbar von den Liegenschaftenbesitzern her kein Problem.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich mache es kurz: Ich kann mich den ausführlichen Begründungen von Romana Heuberger anschliessen. Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden diesen Kürzungsantrag unterstützen.

Stadträtin Ch. Meier: Benedikt Zäch hat es zwar bereits gesagt, aber ich finde, es ist doch noch gut, wenn man es auch sieht. Romana, Du hast vorhin gesagt, man müsse nicht auf Vorrat, wenn keine Baugesuche da sind. Jetzt mal angenommen, man würde nur auf Baugesuche reagieren, dann wäre das die Situation. Von 2010 – 2018 haben sich die Baugesuche und Anfragen mehr als verdoppelt. Wir sind von 232 auf 591 Anfragen und Gesuche im Jahr angestiegen, mit einer Ressourcensteigerung von 240% 2010 und 270% heute.

Also auch wenn man die ganzen Schutzzwecke jetzt nicht abklären würde, würde wohl das schon reichen um zu erklären, weshalb wir die zusätzliche Stellen brauchen.

Es ist aber eben auch so, dass man mit dem nachher erklärten Schutzzweck der Bauherr-schaft, also den Liegenschaftenbesitzerinnen und -besitzern, Rechtssicherheit bietet, weil sie eben im Voraus, v.a. wenn sie ein Haus kaufen, wissen, in welchem Rahmen man dieses Haus ungefähr entwickeln kann. Es ist eben nicht so, dass man einfach einen veralteten Begriff von Denkmalpflege zementiert. Die Denkmalpflege hat sich in den letzten Jahren sehr stark verändert und wird sich auch weiter verändern. Früher war die Denkmalpflege wirklich einfach dazu da, um Altes zu erhalten. Heute ist ganz klar auch ein Auftrag der Denkmalpflege, Entwicklungen zu ermöglichen. Man muss energetisch sanieren können. Es muss möglich sein, Photovoltaik-Anlagen zu montieren. Es muss möglich sein, dass sich auch alte Liegenschaften entwickeln können. Aber: Wir müssen den Rahmen dafür abstecken. Und genau deshalb brauchen wir diese Abklärungen.

Natürlich, wir können jetzt darüber diskutieren, ob das Huhn oder das Ei zuerst ist – aber auch wir brauchen eine gewisse Planungssicherheit. Und wenn wir einen solchen Antrag stellen, müssen wir wissen, ob wir den nachher auch umsetzen können.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der FDP-Fraktion auf Reduktion des Globalkredits um 120'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist dieser Antrag deutlich abgelehnt. Wir haben damit das Budget der Produktgruppe Städtebau beraten und haben damit auch das Gesamtbudget vom Departement Bau beraten.

Aufgrund der Zeit unterbrechen wir hier die Sitzung für das Nachtessen und treffen uns nach dem Essen wieder und werden dann mit dem Departement Sicherheit und Umwelt weiterfahren.

Nachtessenspause.

Ratspräsident A. Geering: Guten Abend. Ich begrüsse zur 2. Sitzung vom heutigen 9. Dezember. Wir fahren weiter mit dem Budget und kommen zum Departement Sicherheit und Umwelt.

PG 411, Stadtrichteramt. Dazu sind mir weder Anträge noch Voten bekannt. – Damit ist diese Produktgruppe genehmigt.

PG 424, Stadtpolizei. Da gibt es zwei Kommissionsanträge, die zu Null waren in der Kommission. In dem Sinn bitte ich Bea Helbling als Kommissionssprecherin, gleich beide Anträge zu begründen, und dann gehe ich davon aus, dass wir diese ohne Diskussion abhandeln können.

B. Helbling (SSK): Ich beantrage namens der SSK, den Verpflichtungskredit Projekt-Nr. 19810, und zwar die Kontonummer 506041 und 506042, SiKo Härtungsmassnahmen, von geplanten 400'000 Fr. auf insgesamt 270'000 Fr. zu kürzen und in einen B-Kredit umzuwandeln. Bei diesen SiKo Härtungsmassnahmen geht es um Sicherheitsmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Grossanlässen. Härtungsmittel wie der Citysafe, der da jetzt gesprochen wird, eine Grundplatte mit einem aufgesetzten Poller, und die Indutainer, mit Wasser gefüllte mobile Kunststoffbehälter, schützen Menschenleben vor Terroranschlägen und Fahrzeugen. Sie stoppen Kraftfahrzeuge und bleiben bei einem Aufprall an Ort und Stelle stehen. Zudem behindern sie weder Fluchtwege noch Rettungseinsätze. Beim Start dieses Projektes zur Beschaffung dieser SiKo Härtungsmassnahmen ging man von weit höheren Kosten aus. Die jetzige Lösung, nämlich die Beschaffung von 150 Indutainern und 18 Citysafe (solche sieht man übrigens zurzeit im Weihnachtsmarkt) wird als am effektivsten eingeschätzt und die Beschaffung ist sehr wirtschaftlich. Die Kürzung des Betrages auf insgesamt 270'000

Fr. und die Umwandlung in einen mit dem Budget zu bewilligenden B-Kredit ist deshalb sinnvoll. Es wird dadurch wertvolle Zeit zur Beschaffung dieser Indutainers und Citysafes gespart.

Ratspräsident A. Geering: Schliesst sich der Stadtrat dem an?

Stadträtin B. Günthard: Jawohl, der Stadtrat schliesst sich diesem Antrag an.

Ratspräsident A. Geering: Wünscht der Stadtrat das Wort? – Nein.
Damit sind die Änderungen wie vorhin ausgeführt damit genehmigt.

PG 425, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

PG 460, Melde- und Zivilstandswesen

PG 470, Schutz und Intervention Winterthur

Zu diesen drei Produktgruppen sind mir keine Anträge oder Wortmeldungen bekannt. Wenn dem so ist, sind diese drei Produktgruppen so genehmigt.

PG 480, Umwelt- und Gesundheitsschutz. Da gibt es einen Kommissionsantrag. Das Wort zur Begründung hat Barbara Huizinga.

B. Huizinga (SSK): Die Produktgruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz hat eine neue Stelle auf 2021 bereits eingeplant, um das Kompetenzzentrum zu stärken. Eine Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass man da jetzt bereits vorgeht und eine halbe Stelle, eine Projektstelle, schafft. Dabei ist zu betonen, dass es sich nicht um eine experimentelle, visionäre Stelle handelt, die versucht, die Stadt noch klimafreundlicher zu machen, sondern eine, die sich der gegenwartsbezogenen, bereits existierenden Herausforderungen widmet. Man möchte mit dieser Stelle auch einen Vorschub leisten, auch nach der ganzen Klimadebatte, dass man jetzt wirklich vorwärts machen kann mit all den Sachen, die wir bestellt haben. Es ist bekannt und wird seit mehreren Jahren in der SSK immer wieder thematisiert, dass das UGS mit dem Personalschlüssel an der Leistungskapazitätsgrenze ist. Die Mehrheit ist der Meinung, dass man die Aufstockung mit den 70'000 Fr. bereits um ein halbes Jahr vorzieht und danach wie geplant vom UGS selber eine ganze Stelle daraus macht.

M. Reinhard (SVP): Dieser Stellenaufbau ist wirklich unnötig und dient aufgrund der Begründung letztlich einzig und allein der Befriedigung des grün-indizierten Papierkrieges in dieser Verwaltung. Ja, man kann sogar sagen, dass damit der planlose Aktivismus, der seit einiger Zeit vorherrscht und ohne jeglichen Einfluss auf das Klima und den Umweltschutz bleiben wird, noch befeuert wird.

In der Begründung für den Stellenaufbau wurde entgegen der Ausführungen der Kommissionssprecherin folgendes gesagt: „Der politische Druck für mehr Klimaschutz steigt stetig und beansprucht die Ressourcen des UGS zunehmend. Die Vorbereitung politischer Geschäfte sowie die Beantwortung von Fragen aus Parlament, Bevölkerung, Politik und Medien haben auch dazu geführt, dass im UGS Mehrzeiten angehäuft wurden.“

Also ich lese hier nur „politische Geschäfte“ und „Beantwortung von Fragen“, kein Wort von konkreten Arbeiten, kein Wort von wirklich zielführenden Tätigkeiten. Etwas böse ausgedrückt könnte man meinen, dass die Grünen hier ihr stadtinternes Parteisekretariat auf Kosten der Steuerzahler ausbauen wollen.

Wenn wir dann noch den UGS-Bericht „Monitoring und Controlling 2012 - 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050“ zu Rate ziehen, so stellen wir im Bericht fest, dass erstens die Arbeitslast dort kaum so hoch ist, wie es gerne dargestellt wird, und zweitens lässt sich feststellen, dass wir auf bestem Wege der Zielerreichung sind. Ich zitiere aus diesem Bericht: «Die Ergebnisse des Monitorings zeigen, dass Winterthur auf gutem Weg ist, die für 2020 gesteckten Zwischenziele in Bezug auf Treibhausgasemissionen, Primärenergieverbrauch und Anteil Atomstrom zu erreichen. Im Gebäudebereich sind Treibhausgasemissio-

nen und Energieverbrauch seit vielen Jahren deutlich zurückgegangen. Zum Stand der Umsetzung des Massnahmenplans lässt sich festhalten, dass die Massnahmen weitgehend auf Kurs sind.»

Umwelt- und Gesundheitsschutz sagt also selbst, dass wir bestens unterwegs sind und an sich keinerlei weitere Massnahmen angezeigt sind.

Vielleicht ist es nämlich sogar besser, wenn die Damen und Herren nicht allzu viele freie Ressourcen haben. Ressourcenknappheit führt zu Effizienz und zu Effektivität, also ganz einfach zum «Das Richtige richtig tun». Wenn dieser Grundsatz durch die knapp ausreichenden Ressourcen Einzug finden würde, dann wäre auch sichergestellt, dass auch beim UGS fachlich richtige, anstatt politisch motivierte Massnahmen zum Klimaschutz ausgeführt werden. Anders kann ich es nämlich nicht verstehen, dass genau diese Stelle die Nutzung von Gas fördern will, aber gleichzeitig die fast CO₂-neutrale Kernenergie aus Winterthur verbannt.

Erlauben Sie mir dazu nur einen kurzen Exkurs in eine Studie des Bundesamtes für Umwelt: Erdgas verursacht einen Ausstoss von rund 600g CO₂-Äquivalenten pro Kilowattstunde, Biogas immerhin noch rund 300g, während Holz lediglich rund 40g CO₂-Äquivalente verursacht. Die zu Unrecht verteufelte Kernenergie ist mit unter 20g/kWh eine der klimaschonendsten Varianten.

Selbst der Weltklimarat setzt bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses im Bereich der Stromerzeugung auf den Ausbau nicht-fossiler Energieträger und hält in seinen Szenarien mehrmals fest, dass dazu nicht nur Sonne und Wind reichen werden, sondern auch die Kernenergie benötigt wird. Ohne diese sei die notwendige Reduktion des CO₂-Ausstosses nicht zu schaffen.

Oder anders ausgedrückt: Wer für den Atomausstieg ist, der kann faktisch gar nicht für wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel sein. In aller Deutlichkeit zeigt sich doch an diesem Beispiel, dass viele der geplanten Klimarettungs-Massnahmen rein politische Massnahmen sind, welche am Schluss sehr, sehr wenig Einfluss auf unsere Umwelt haben werden. Es sind ja auch die gleichen politischen Akteure, welche es fertigbringen, sich für erneuerbare Energien einzusetzen, auch mit Anlagen im Ausland, aber dann - aus rein politischen Kalkül - unterschlagen, dass dieser Strom dann auch irgendwie zu den Verbrauchern transportiert werden muss. Dafür braucht es unter anderem in ganz Europa grosse Überlandleitungen, auch in der Schweiz. Diese Tatsachen wird verschwiegen, weil nämlich die gleichen Leute einige Tage später aus Gründen des Landschaftschutzes genau gegen diese Überlandleitungen ankämpfen. Die gleichen Muster sehen wir bei Windparks in der Schweiz oder bei der Erneuerung oder der Erhöhung von Staumauern für Wasserkraftwerke.

Das sind nichts anderes als wunderbare Klima-Pirouetten. Klima-Pirouetten ohne Wirkung im Ziel. Klima-Pirouetten für Pseudo-Umweltschutz. Klima-Pirouetten ohne, dass damit die Erde gerettet wird. Und unser UGS bildet mit diesem blinden Aktivismus im Klimasektor die Winterthurer Speerspitze der Klima-Pirouetten.

Ich bin mir bewusst, dass viele in diesem Saal meine Worte nicht verstehen können oder wollen, deshalb versuche ich heute etwas ganz anderes. Ich zitiere Ihre Genossin Frau Dr. Sarah Wagenknecht, in ihrer Rede vom 26.9.2019 im deutschen Bundestag. Vielleicht verstehen Sie dann die Problematik und die Sinnlosigkeit dieser bisherigen Massnahmen, wenn Sie diese aus dem Munde Ihresgleichen hören: «Wenn eine Koalition nicht das Rückgrat hat, sich mit den wirklichen Klimasündern anzulegen, dann kommt genau das heraus, was Sie hier vorgelegt haben: Ein Flickenteppich an Subventionen und ein sinnloses Abkassieren der Verbraucher. Das vertieft die soziale Spaltung weiter und trifft genau diejenigen wieder am härtesten, die sich von Ihnen sowieso schon seit vielen Jahren im Stich gelassen fühlen. Das Weltklima werden Sie so ganz bestimmt nicht retten, aber Sie werden das politische und soziale Klima in unserem Land weiter verschlechtern.» Zitat Ende.

Das UGS, und notabene auch dieses Parlament da, hat bislang viel produziert und wenig geliefert, zumindest wenig, was einen wirklichen, einen effektiven Einfluss auf das Klima hätte. Dafür wurde sehr viel geliefert, was einen umso grösseren Einfluss auf unsere Freiheit und unser Portemonnaie hat und noch haben wird. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind gleich Null.

Zusammenfassend gilt es also festzuhalten, dass UGS keine faktenbasierte und zielführende Umweltschutzpolitik betreibt, sondern eine politisch gefärbte und motivierte Pseudo-Klima-Politik. Bevor wir UGS also mehr Stellenprozente zugestehen, welche dann aus Sicht unserer Erde nutzlos verpuffen, würden wir diese 70'000 Franken besser Stadtwerk geben. Die können einen neuen Stromer einstellen, welcher die ganze städtische Beleuchtung gegen LED-Lampen austauscht. Dies hätte wenigstens einen effektiven Effekt.

In dem Sinn wird die SVP diese Erhöhung ablehnen und ich bitte Sie, es uns gleichzutun.

Ratspräsident A. Geering: Ich bin mir jetzt nicht sicher, Markus, ob alles, was Du gesagt hast in diesen 5 Minuten, wirklich zum Thema des traktandierten Geschäftes von dieser Stelle war, aber ich habe es jetzt so laufen lassen. Das nächste Mal bitte ich, zur Sache zu sprechen, die zur Diskussion steht. Das Wort hat Florian Heer.

F. Heer (Grüne/AL): Ich habe mir die gleiche Frage auch gerade gestellt, denn es ist ein grosser Rundumschlag, Markus, der mit der konkreten Frage eigentlich nicht wirklich viel zu tun hat.

Ich möchte nur auf ein kleines Argument eingehen: Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf die Beantwortung vom Geschäft 2019.83 klar und deutlich geschrieben, dass in diesem UGS diese Stellen dringendst gebraucht werden und dass man das ohne mehr eigentlich nicht vorantreiben kann.

Nochmals zum Allgemeinen: Der Klimawandel ist endgültig bei uns angekommen, auf der politischen Agenda und auch bei uns im Alltag. Schliesslich ist es mehr zehn nach zwölf als fünf vor zwölf. Das ist vermutlich allen klar - oder fast allen. Das Thema Klimawandel ist nicht etwas, das man einfach aussitzen kann und dann geht es schon vorbei. Das wird uns die nächsten hundert Jahre mindestens beschäftigen. Und je länger wir warten, desto grössere Summen wird man in die Hand nehmen müssen irgendwann. Wir sind der Meinung, dass man das möglichst bald machen muss.

Wir sind der Meinung, dass das eine sachorientierte Politik ist, die auf Fakten basiert. Da sind wir natürlich selbstverständlich in einer Differenz zur SVP, wie man gerade vorhin gehört hat. Wir sind der Meinung, dass die Überarbeitung vom Massnahmenplan Energie keinerlei Aufschub duldet und das UGS soll das geplante Kompetenzzentrum werden, das uns angekündigt worden ist. Erst recht, da jetzt auch gerade viel Knowhow in Form von Josef Hunkeler, der das UGS geleitet hat, Winterthur verloren gehen wird. Wie wir heute erfahren haben, wird er die Stadtverwaltung verlassen. Wir empfinden das als eminent wichtig, das ist sicher klar, aufgrund von unserer politischen Ausrichtung. Die halbe Stelle ist nicht vermessen, sie ist nicht immens gross. Es geht darum, dass man eine Person anstellt auf das zweite Halbjahr. Da ist einberechnet die Ausschreibung, die Rekrutierung und allfällige Kündigungsfristen, die man einhalten muss.

Wir danken vielmals für die Unterstützung dieses Antrages.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt diesen Antrag auf Erhöhung ab. Und ich muss, lieber Florian, Dir eben genau widersprechen. Und zwar findest Du in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Sämi Müller betreffend der Ressourcen und Kompetenzen Produktgruppe UGS 2019.83, dass eben diese Aufstockung eigentlich gerechtfertigt ist, die da, wie Du sagst, dringend nötig ist. Der Stadtrat sagt aber zu dem, genau dort, am 18. September 2019, die Auslastung des UGS ist aktuell sehr hoch, aber verkraftbar. Konsequenterweise wird vom Stadtrat nicht eine Aufstockung der Stellen beantragt. Und weiter sagt er, der Koordinations- und Controllingaufwand innerhalb der Stadtverwaltung steigt und die Projekte, die auf die Sensibilisierung und Mitwirkung der Bevölkerung setzen, werden zunehmend wichtiger. Genau. Und was macht der Stadtrat? – In der Finanzplanung für 2021 und 2022 geht das Budget konsequenterweise hinauf. Aber Stand heute – oder Stand 18. September 2019: «Auslastung UGS aktuell sehr hoch, aber verkraftbar.» Entsprechend interpretieren wir das anders als Du und lehnen das ab.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag zur Erhöhung des Globalkredits. Das UGS, wir haben es schon gehört, ist das Kompetenzzentrum nachhaltige Entwicklung, und benötigt Verstärkung. Statt diese auf das Jahr 2021 zu verschieben, unterstützen wir, dass der Stellenaufbau noch in diesem Jahr erfolgen kann. Es stehen nämlich Herausforderungen an und es gibt Aufgaben, die zurzeit wegen fehlender Ressourcen aufgeschoben werden. Sei es im Umweltbericht oder beim Monitoring zur Umsetzung vom Energiekonzept 2050, es zeigt sich, dass wir bei den Themen Luft, Lärm, Energie und Klima in der Stadt Winterthur einen besonderen Handlungsbedarf haben. Auch die Klimadebatte hat es uns gezeigt: Die Herausforderungen sind gross. Der Klimawandel lässt sich nicht aufschieben, die Zeit drängt. Bei den Massnahmenplänen Energie und Luftreinhaltung müssen Projekte aktiv bewirtschaftet werden. Dazu braucht es zusätzliche Ressourcen. Die gesamtstädtischen Infos zum Thema Umwelt und die Massnahmenpläne sind beim UGS angesiedelt. Es kann nicht sein, dass wegen zu geringen Ressourcen schon die Sensibilisierung und die Informationstätigkeit leiden. Aber genau diese Sensibilisierung wird in Zukunft immer wichtiger.

M. Zehner (GLP): Wir von der grünliberalen Fraktion unterstützen den Stellenaufbau. Wir sind nicht der Meinung, dass das so ein Papiertiger ist, der unnötig ist im Zeitalter, wo wir den Klimaschutz dermassen hoch gestellt haben. Es ist uns wichtig, dass die verschiedenen Vorstösse, die wir eingereicht haben im Rahmen der Klimadebatte, auch zügig behandelt werden. Und wenn da gesagt und sogar zitiert wird, dass das UGS weitgehend auf Kurs ist, dann ist das uns ein bisschen zu wenig. Wir wollen ja, dass die Projekte nicht einfach langsam abgearbeitet werden, sondern dass diese zügig voranschreiten.

Dann konnten wir auch lesen, dass der Leiter des UGS diese Stelle Ende Februar verlässt und man also dort auch wieder jemand Neues sucht. Und wenn man schon weiss, dass man dort auch noch jemanden sucht, dann ist es umso wichtiger, dass wir da allenfalls in der Budgetdebatte noch einen Umschwenker machen und eben diese Stelle unterstützen, die dann erst in einem halben Jahr geschaffen werden soll.

Laut Angaben aus der Kommission wissen wir, dass es eigentlich die Idee gewesen wäre, diese erst in einem Jahr zu beantragen. Wir sind der Meinung, dass es nötig ist, dass die schon in einem halben Jahr kommt.

Wir von der GLP unterstützen also diesen Antrag.

Ich möchte ganz kurz noch dem Vertreter der SVP zu seiner Lieblingskernenergie sagen, dass man eben bei der ganzen CO₂-Frage, wenn man dann auf Kernenergie kommt, vielleicht auch noch ganz kurz überlegen sollte, ob es noch andere Kollateralschäden gibt also nur gerade das CO₂.

Stadträtin B. Günthard: Ich halte im Namen des Stadtrates am Stadtratsantrag fest. Ich möchte aber auch sagen: Es ist selbstverständlich klar, dass der Klimawandel stattfindet und dass wir Massnahmen ergreifen müssen. Und der Stadtrat betreibt im Gegensatz zur Aussage von Herr Kollege Gemeinderat nicht planlos Aktivismus, sondern ist sehr geplant unterwegs, was auch der Grund ist, weshalb der Stadtrat am Antrag festhält. Einerseits haben wir die Massnahme oder das Projekt zur Anpassung an den Klimawandel, das läuft, das wir aber zuerst abschliessen möchten und sehen, für was genau es diese Ressourcen braucht. Das wären die, die im IAFP 2021 sind. Und den Massnahmenplan zur Verhinderung des Klimawandels oder zur Reduktion vom Temperaturanstieg, das wissen Sie ja eigentlich, den sind wir am Überarbeiten. Und auch dort braucht es zuerst diese Arbeiten, damit man weiss, für was man diese Stelle einsetzt.

Dann vielleicht noch schnell eine persönliche Bemerkung an Dich, Markus: Das müsstet Ihr vielleicht noch untereinander ausmachen, Ihr Gemeinderäte, wie Ihr mit den Kommissionsprotokollen umgehen wollt. Ich persönlich habe ich es nicht so geschickt gefunden, wenn Ihr damit rechnen müsst, dass Ihr nachher im Gemeinderat zitiert werden. Was ich nicht ganz fair gefunden habe.

M. Reinhard (SVP): Ich habe nicht aus der Kommission zitiert. Ich habe jedes Zitat angesagt.

Stadträtin B. Günthard: Es hat so getönt, das hat mich ein bisschen irritiert. Schaut es Euch doch einfach an.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Erhöhung des Globalkredits zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist dieser Antrag deutlich angenommen. Und damit ist die Produktegruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz genehmigt und das Budget vom Departement Sicherheit und Umwelt genehmigt.

Wir kommen zum **Departement Schule und Sport.**

PG 514, Volksschule. Wir haben dort eine ganze Reihe von Anträgen aus den Fraktionen und werden diese einzeln behandeln. Das Wort für den ersten Antrag hat die FDP, Anna Rellstab, um den Antrag zu begründen.

A. Rellstab (FDP): Im Departementssekretariat Schule sollen, wie dem Anhang der Weisung, dem Stellenerhöhungsplan, entnommen werden kann, 5 neue Stellen im Personaldienst geschaffen werden. Wenn wir richtig gerechnet haben, beschäftigt der Personaldienst im Departementssekretariat Schule derzeit 10 Personen. Jetzt sollen mit einem Schlag 5 neue Stellen dazukommen. Es geht also um einen Stellenaufbau von 50%.

2,5 von diesen Stellen sind bereits dieses Jahr mit befristeten Stellen besetzt worden. Gerechtfertigt wird dieser Ausbau hauptsächlich mit stetem Schülerwachstum. Wir sind aber der Meinung, dass der Stellenaufbau um 50% nicht korreliert und gerechtfertigt sein kann mit einem Schülerwachstum von 2,3% und einer Zunahme in der Betreuung und einem mutmasslichen Schülerwachstum in den nächsten 10 Jahren. Wir sind auch gegen eine Stellenerhöhung auf Vorrat und bezweifeln, dass diese Stellen dann, wie uns vom Stadtrat in Aussicht gestellt wurde, über die natürliche Fluktuation wieder abgebaut werden sollen, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

Besonders unschön an dieser Stellenerhöhung dünkte uns das Bubentrickli, wie die Stellen durch das Hintertürchen geschaffen werden wollen. Sie sind versteckt im Anhang zur Weisung und die Kosten waren nirgends genau ausgewiesen, auch nicht bei den Departementssekretariaten. Erklärt wurde uns das so, dass die Kosten nach einem Schlüssel umgelagert wurden auf die jeweiligen Produktegruppen, die diese Leistungen beim Personaldienst einkaufen. Das ist legitim, aber es ist wenig transparent und erweckt den Anschein, dass die neuen Stellen versteckt werden wollten.

Wir sagen also Ja zu 2,5 Stellen im Personaldienst, die schon befristet bewilligt wurden, und erwarten, dass mit dieser Stellenerhöhung weitere Ansprüche für ein paar Jahre abgedeckt werden können.

Die FDP beantragt also eine Kürzung um 2,5 Stellen in der Höhe von ca. 300'000 Fr.

S. Kocher (GLP): In der Vergangenheit hat das DSS 2,5 temporäre Stellen im Bereich Departementssekretariat engagiert. Darüber hinaus sind Spitzen zusätzlich durch externe Berater oder externe Unterstützung abgedeckt worden. Jetzt sollen fix 5 Stellen neu geschaffen werden. Die GLP sieht diese Sache etwas differenzierter. Wir unterstützen das Anliegen, Arbeitnehmer nicht auf Dauer stets unter dem Prädikat «temporär» zu beschäftigen. Deshalb soll die Dauerauslastung dieser 2,5 temporären Stellen auch mit Festanstellung bewilligt werden. Die anderen 2,5 Stellen sollen durch eine verbesserte Ressourcen- und Projektplanung kompensiert werden können. 5 neue fixe Stellen unterstützen wir entsprechend nicht. Daher stimmen wir der Kürzung des Globalkredits um 300'000 Fr. zu.

M. Steiner (SP): Die Schule wird in dieser Budgetdebatte ja mit einer ganzen Batterie von Kürzungsanträgen eingedeckt. Die bürgerliche Sparallianz bringt im Anschluss eine ganze Reihe von pauschalen Anträgen, mehrheitlich ohne Begründung, die auch ohne Vorbereitung

in das Drehbuch hineingerutscht sind. Alleine das unseriöse Einbringen dieser Kürzungsanträge wäre für mich schon Grund genug, diese abzulehnen. Aber diese Kürzungsanträge haben einen direkten Einfluss auf die Schulleitungen, auf die Lehrerinnen und Lehrer, und ja, demzufolge auch auf die Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt. Nehmen Sie diese Kürzungsanträge an, schwächen Sie ganz konkret die Volksschule. Und Sie schwächen die Bildungsstadt Winterthur.

Wir lehnen diese Art von Denkkettel-Politik von vornherein klar ab.

Konkret zum 1. Antrag der FDP: Der Stellenaufbau im DSS wurde klar ausgewiesen und ist seitens Stadtrat auch mehrfach klar begründet worden. Er orientiert sich am Schülerinnen- und Schülerwachstum, an der Teuerung und den gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen, die nicht steuerbar und somit auch nicht beeinflussbar sind. Die Aufgaben fallen trotzdem an und müssen, wenn diese Stellen nicht bewilligt werden, einfach extern dazugekauft werden. Und nein, das kommt die Stadt nicht billiger. Die Notwendigkeit dieses Stellenaufbaus wird zusätzlich gestützt durch die Federas-Studie, die der Stadtrat diesen Sommer in Auftrag gegeben hat, um die Kostensteigerungen im DSS genauer und gründlich unter die Lupe zu nehmen. Dieser pauschale Kürzungsantrag, ohne fundierte Begründung, steht diametral entgegen jeglicher externen Empfehlungen und gesetzlichen Vorgaben.

Die SP-Fraktion lehnt diesen Kürzungsantrag deshalb entschieden ab.

K. Gander (Grüne/AL): Die FRDP fordert eine Reduktion von 300'000 Fr. im Departementssekretariat Schule und Sport, wo (wir haben es gehört) ein Stellenaufbau von 5 Stellen vorgesehen ist. Und ja, unserer Meinung nach braucht es diese 5 Stellen, um den grossen Zuwachs an Personal bei der Volksschule, Sonderschule und in der Betreuung zu gewährleisten. Seit Jahren besteht da eine Unterbesetzung, wir haben es gehört. Man versucht sich, dank 2,5 befristeten Stellen und externen Ressourcen halbwegs über Wasser zu halten. Der Bereich Volksschule ist boomend, das zeigt auch die Schulraumprognose. Die Schülerzahlen werden nicht abnehmen, die Arbeit aber zu.

Und eben, Du hast es bereits gesagt, Markus: Die Studie, die der Stadtrat in Auftrag gegeben hat, untermauert klar die Aussage, dass eine Notwendigkeit zu diesem Stellenaufbau besteht. In dem Sinn lehnt die Fraktion Grüne/AL den Antrag ab und bittet Euch um Zustimmung.

S. Müller (EVP): Auch die EVP spricht sich klar für diese 5 Stellen aus, also gegen den Kürzungsantrag von diesen 300'000 Fr. Die Federas-Studie wurde erwähnt, ich gehe da nicht nochmals darauf ein. Die befristeten Stellen wurden erwähnt, das sage ich auch nicht mehr. Ich möchte einfach noch einmal erwähnen: Wenn wir das heute nicht so sprechen, dann ist klar, dass es mehr kosten wird und v.a. auch frustrierender wird für alle Beteiligten. Und das wollen wir nicht unterstützen. Wir lehnen den Kürzungsantrag ab.

U. Hofer (FDP): Ich möchte nur einen Punkt eingreifen: Die fehlende Diskussion in der vorbereitenden Kommission wurde kritisiert. Jetzt muss man aber schon schnell schauen: Wir haben in allen Kommissionen eingebracht, dass man doch in der AK am Schluss über Anträge abstimmt. Man schaut es an, dann stellt man den Antrag und dann sollte man am Schluss darüber abstimmen. Das ermöglicht für mich eine saubere Aufarbeitung von Anträgen, man kann Fragen vorgängig klären und eine bessere Diskussion. Das wurde in dieser Kommission, die eine links-grüne Mehrheit hat, abgelehnt und ist nicht gemacht worden. Es wurden Rückkommensanträge gestellt. Auch diese wurden abgelehnt. Also wenn man eine Diskussion in dieser Kommission nicht führen will, muss man nachher auch nicht kritisieren. Ich finde die Kritik berechtigt, aber sie trifft die Falschen.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Ich möchte da gerne gleich anknüpfen am Votum des Kommissionspräsidenten. Wir haben mehrmals versucht, in der BSKK Anträge zu stellen, auf einzelne Anträge zurückzukommen. Und es wurde aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse abgelehnt. Immer wieder. Oder es wurde ein Antrag eingereicht, dass wir am Schluss abstimmen kön-

nen zu den einzelnen Produktgruppen. Das wurde auch abgelehnt. Das möchte ich da einfach klar und transparent machen. Wir haben es versucht, auch wieder zurückzukommen auf die einzelnen Anträge und das auch transparent zu machen. Aber es wurde seitens BSKK abgelehnt. Das möchte ich da einfach klarstellen.

Und wenn Sämi Müller sagt, dass das frustrierend ist – für uns als Minderheit in der BSKK ist es auch frustrierend, wenn es keinen Platz für Diskussionen gibt. Einfach um das hier klarzustellen.

G. Gisler (SVP): Wir von der SVP-Fraktion unterstützen eine Reduktion um 300'000 Fr. Wir sind gegenüber jeglichem Ausbau in einer Verwaltung sehr skeptisch. Wir setzen diese Ressourcen lieber dort ein, wo sie direkt den Kindern zu Gute kommen. Ich glaube, dort ist es mehr als nötig. Ich denke, diese Sekretariatsarbeiten lassen sich anders organisieren.

Stadtrat J. Altwegg: Ich erlaube mir, ein paar Zahlen zu zeigen am Projektor. Ich erlaube mir einleitend ein paar allgemeine Bemerkungen, das hilft wahrscheinlich auch bei den anderen Anträgen noch ein bisschen.

Einerseits möchte ich mein Verständnis zum Ausdruck bringen über den Frust. Und zwar den Frust darüber, dass wir so wenig beeinflussen können bei der Schule. Das geht mir nicht viel anders. Der Kanton gibt einfach wahnsinnig viel vor. Und von daher kann ich auch nicht sagen, ich stehe jetzt mit Freude hier vorne und will verteidigen, was ich da alles an Kosten aufbaue – so ist es nicht ganz. Sondern es hat sehr viele Sachen, die einfach fremdbestimmt sind.

Trotz den Voten, für die ich auch ein gewisses Verständnis habe, von der Minderheit in der BSKK: Die Anträge, die hier kommen, wurden so konkret nicht gestellt. Und das finde ich schon schade, denn es war dort die Gelegenheit, die Sachen, die ich jetzt erzähle, allenfalls auch vertiefter anzuschauen.

Bei der Eintretensdebatte möchte ich drei Vorwürfe kurz aufgreifen. Das eine ist das „unerklärliche“ Kostenwachstum im DSS. Das ist überhaupt nicht unerklärlich. Ich kann ziemlich genau jeden Franken erklären, den wir im DSS haben.

Dann wurde gesagt (ich zitiere), wir würden „vor uns hinbasteln“. Da muss ich mich auch sehr dagegen wehren. Von Basteln sind wir ganz weit weg.

Und aufgrund der persönlichen Erklärung von Florian Heer will ich jetzt einfach von „aufgeblähter Verwaltung“ sprechen und nicht von einer Krankheit. Aber dazu habe ich diese Folie. Man sieht da ein Kuchendiagramm. Ich beginne zuerst mit den kleinen Stückchen. Das Blaue da, die 4%, das ist die Führungsverwaltung. Gerade mal 4% oder in genauen Zahlen 74 Vollzeiteinheiten sind für den ganzen Laden DSS für die Führung da. Ich weiss nicht, wie viele Privatunternehmen so kleine Führungsstrukturen haben. Dann das Rote. Das ist die Verwaltung im engeren Sinn. Das ist nicht etwas, das man einfach weglassen kann. Unsere Leute brauchen im Hintergrund eine Lohnabrechnung, das ist nun mal einfach so. Diese Arbeit muss gemacht werden. Wir versuchen alles Mögliche zu machen, damit das automatisiert ist. 92% kommt direkt vorne bei der Front an, das sind operative Dienstleistungen, die direkt unseren Kindern, unseren Jugendlichen und unseren Sportlern zu Gute kommen. Ich würde sagen, das ist nicht so schlecht, was die Effizienz anbelangt.

Jetzt ein Wort zur Beeinflussbarkeit: Ich habe es gesagt, ich verstehe den Frust. Mit den gleichen Farben, etwas anders dargestellt: Mit 84% das Rote – das ist einfach gegeben, da können wir überhaupt nichts machen. Das ist der ganz grosse Schnitz. Dann haben wir da beim Blauen, das sind beeinflussbare Kosten wie z.B. der gärtnerische Unterhalt bei unseren Schul- und Sportanlagen. Wenn unsere Fussballer halt nicht mehr auf dem gemähten Rasen sondern auf etwas höherem Gras spielen sollen - kann man machen. Ich weiss nicht, wie geschickt das ist. Das Grüne sind mittelfristig beeinflussbare Kosten, das sind Bestellungen, die Sie gemacht haben, z.B. die schulergänzende Betreuung ab 7.00 Uhr am Morgen. Das kann man wieder abschaffen, selbstverständlich. Aber es geht mir da wirklich darum: Der ganz grosse Teil ist gegeben, da können wir relativ wenig dazu beeinflussen.

Jetzt zum Personaldienst, um es bei diesem Geschäft geht. Seit 2013 ist an der Personaldeckung nichts geändert worden, und die 10,2 Stellen, die genannt sind, sind inzwischen bereits

um weitere 2,5 aufgestockt. Befristet, von mir, weil es nicht mehr ging. Das Wachstum der Schülerinnen und Schüler in den 7 Jahren von 2013 – 2020 ist massiv mehr, als unsere Bevölkerung gewachsen ist. Sonderschulen, das habe ich hier drinnen auch schon gesagt, dort sind die Zahlen explodiert in den letzten Jahren. Dort haben wir wirklich massiv mehr. Bei der schulergänzenden Betreuung ist das stärkere Wachstum einfach, weil die Eltern gerne Arbeit und Familie unter einen Hut bringen können möchten und deshalb entsprechend auf schulergänzende Betreuung angewiesen sind. Diese Leute haben einen gesetzlichen Anspruch darauf, dass sie rechtzeitig eine Verfügung erhalten, dass sie betreut werden, wenn sie krank werden, wenn sie einen Unfall haben. Und die Rekrutierung dieser rund 1'500 kantonalen Lehrpersonen und aller anderen Personen, die wir noch haben im DSS, auch das geht nicht einfach automatisch. Das fängt beim Inserat an, das wir auf die Website stellen, und dann natürlich die ganze übrige Rekrutierung – das macht sich nicht einfach so von alleine. Und auch da wieder: Wir sind vom Gesetz her darauf angewiesen, dass diese Dienstleistung gemacht werden kann.

Wie machen wir das? Es wurde angesprochen: Wir haben einerseits befristete Stellen aufgebaut und viele externe Dienstleister seit 2013, die uns unterstützen dabei. Und auch dazu: Es geht überhaupt nicht darum, irgendetwas zu bejammern oder so. Es geht mir um die untersten zwei Zeilen, die wir da haben: Wie das Klima im Moment ist. Gesundheitliche Beschwerden, Schwierigkeiten abzuschalten. Das sind die Umfragen, die wir haben bei unserem Personal seit 2008, wir machen diese Befragung alle 4 Jahre. Der Balken, wo das kippt in „unbefriedigend“: Da geht es um die Gesundheit meiner Leute. Da habe ich einerseits eine Fürsorgepflicht, andererseits führt das auch zu grossen Fluktuationen. In den letzten drei Jahren ist praktisch der ganze Personaldienst mit einigen wenigen Ausnahmen ausgetauscht, weil die Leute gegangen sind. Was das kostet, wenn wir neue Leute rekrutieren müssen, muss ich Euch wohl nicht erzählen. Das ist das, was einen Betrieb wohl am Allermeisten kostet: Wenn die Leute gehen, das Knowhow mitnehmen, und man das Knowhow wieder aufbauen muss. Auch das kostet dann wieder wahnsinnig viel Zeit. Und in dem Sinn können Sie eigentlich auswählen, ob Sie Geld ausgeben wollen für Leute, die angestellt sind, oder für Leute, die uns entsprechend extern beraten. Sie können sich auch da ausrechnen, was wohl billiger ist von diesen zwei Varianten. Ich muss diese Dienstleistung bringen, es bleibt mir in diesem Sinn gar nichts übrig.

Und es ist auch nicht so, dass ich von Anfang an gesagt habe „Ja, super, ich baue diese Stellen auf!“, den ich habe ja gewusst, ich muss hier hinstehen und etwas dazu sagen. Da läuft etwas im Hintergrund. Man analysiert das zusammen und schaut, was das sein könnte. Und selbstverständlich sagt man nicht einfach, natürlich macht man das. Nein, auch da hat man eine externe Firma für ein paar wenige Tausend Franken beauftragt, das vertieft anzuschauen und zu beurteilen, was das heisst. Und auch die kommen klar zum Schluss: Die Erhöhung macht sehr viel Sinn. Damit die Leute so arbeiten können, wie es nötig ist, braucht es das in dem Sinn.

Es wurde gesagt, ich solle doch schauen, was man organisatorisch machen kann. Selbstverständlich hat diese Firma auch das angeschaut. Und sie gab uns Tipps, was wir machen können. Da sind wir dran.

Und als kleinen Nebensatz: Wenn Ihr beim Kaspar Bopp die IDW-Stellen streicht, dann habe ich ein Problem. Ich bin angewiesen darauf, dass die IDW diese Dienstleistung bringen kann, damit ich da überhaupt effizienter sein kann. Wenn ich da bei der EDV nichts machen kann, dann habe ich verloren auf der ganzen Linie, und wir müssen weiterhin Sachen von Hand machen, mit Excel-Listen, die wirklich nicht sehr praktikabel sind. Also von daher bin ich darauf angewiesen, dass mir Kaspar Bopp die entsprechende Dienstleistung bringen kann. Dann hat die Firma noch andere Dinge gemacht. Sie hat z.B. verglichen, wie das in anderen Städten so läuft. Da einfach zwei Beispiele: Wir haben St. Gallen und wir haben Basel-Stadt. Wir sehen da die Balken: Die Stadt Winterthur ist weitaus am höchsten. Da geht es darum, wie viele Personen durch eine Vollzeiteinheit im Personaldienst betreut werden. Auch da sind wir weit obenaus. Auch das ein klarer Indikator, dass wir da mehr Leute brauchen im Personaldienst.

Und nochmals: Es ist ein Dienstleister am DSS, ich brauche diese Dienstleistung zwingend. Ich kaufe sie entweder extern ein oder habe eigene Leute. Und es ist tatsächlich so, wenn man die Schulraumprognose anschaut, wie viele Leute noch nach Winterthur ziehen werden und wie viele Kinder noch nach Winterthur kommen, dann weiss ich: Auf die nächsten 10 Jahre nimmt das nur noch zu. Abnehmen wird da gar nichts. Jetzt kann man sagen: Vielleicht ist die Prognose nicht so zuverlässig. Aber für die nächsten 4-5 Jahre garantiere ich, dass das nur nach oben geht.

Ich hoffe natürlich, dass die Fluktuation massiv abnimmt im Personaldienst. Aber es sind junge Leute im Personaldienst, diese Personalassistentinnen, und da gibt es auch öfter mal Wechsel. Also wenn es tatsächlich irgendwann abnehmen sollte, fährt man die Dienstleistung dann selbstverständlich entsprechend zurück.

Jetzt noch der etwas generelle Punkt: Die Federas-Studie wurde mehrfach erwähnt. Um was ging es da? Auch hier wieder das Kostenwachstum, das auf den 1. Blick tatsächlich unerklärlich ist. Das war auch im Stadtrat Thema. Ich habe versucht, das mit meinen Leuten zu erklären, aber trotzdem hatten wir das Gefühl, dass wir gerne eine externe Sicht auf das Ganze haben möchten. Böse gesagt kann man sagen, meine Kollegen haben mir den McKinsey der Schulen an den Hals gehetzt (negativ formuliert), wir sind durchleuchtet worden wie kein anderes Departement. Wir haben x Stunden aufgewendet, damit diese Firma zu ihren Informationen kam, die sie brauchten. Das DSS ist wohl das am Besten durchleuchtete Departement, das es gibt. Ich habe nur das Fazit auf die Folie genommen: „Das Budget 2020 ist plausibel unter Berücksichtigung von ganz vielen Faktoren.“ Den Auftrag an Federas habe nicht ich gegeben, nach dem Motto „Wenn der Altwegg den Auftrag gibt, wird es wohl auch gut herauskommen“. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Sie hatten den Auftrag, bei mir herauszufinden, wo es Luft hat im Departement und wo man diese allenfalls noch herauslassen kann. Sie haben nichts gefunden und sind zum Schluss gekommen, dass es eben so ist. In einer Debatte im Stadtrat wird das nicht so tief angeschaut, wie das diese Federas-Studie gemacht hat. Diese liegt übrigens der BSKK im genauen Wortlaut vor. Die Präsentation habe ich in der BSKK ebenfalls gehalten. Von daher weiss man dort Bescheid, um was es geht.

Jetzt habe ich einfach einen gewissen Zielkonflikt: Wenn Ihr im Budget Geld herausstreicht, mit dem Auftrag, wir sollen diese Stellen nicht aufbauen, dann heisst das einfach, ich brauche eine externe Dienstleistung und muss eigentlich mehr Geld ausgeben. Von daher weiss ich nicht recht, wie ich das dann genau interpretieren soll. Ich habe einen sogenannten negativen Zielkonflikt, d.h. ich sollte eigentlich weniger Geld ausgeben – das kann ich nur mit Leuten, die möglichst effizient unterwegs sind – aber das schaffe ich nur, wenn ich entsprechend diese Stellen aufbauen kann. Sonst wird es schlichtweg teurer.

Ja, das zu diesen Ausführungen. Ich wünsche gute Entscheidungsfindung.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem FDP-Antrag zur Reduktion des Globalkredits um 300'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Ihr habt diesem Antrag mit 29:28 Stimmen zugestimmt.

Dann kommen wir zum nächsten Antrag, das ist der Antrag der GLP-Fraktion, Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. Zur Begründung Sämi Kocher.

S. Kocher (GLP): Vielleicht einleitend nochmals danke, Jürg. Deine Ausführungen haben genau gezeigt, man bezieht sich immer auf externe Studien. Das passt dann auch wieder zu diesem Antrag. Gemäss Buch A werden ca. 240'000 Fr. für Beraterhonorare budgetiert. Grundsätzlich können wir gut nachvollziehen, dass es Aufgaben und Fragestellungen gibt, die eine externe Fachstelle besser beantworten kann als das DSS selber. Aber wir sind auch fest der Überzeugung, dass es innerhalb vom Departement und der Verwaltung sehr viel Sach- und Fachwissen gibt. Schliesslich genehmigen wir ja immer wieder die Schaffung von solchen Stellen. Zudem braucht es nicht zu jeder Frage zwingend immer eine eigene externe Studie. Es gibt sehr viele Gemeinden und Städte, die tagtäglich den gleichen Fragestellungen

wie Winterthur gegenüberstehen. Auch auf dieses Wissen darf und soll man vermehrt zugreifen. Einer der Punkte, weshalb man ja auch gute Beziehungen zu anderen Städten möchte. Daher erscheint uns eine Kürzung des Globalkredits um 50'000 Fr., also 20% von diesem Budget von 240'000 Fr., als adäquat.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt diesen Antrag ab. Mit den Beratergehältern, das tönt ein bisschen nach überflüssiger Aufgabe – das ist es aber nicht. Gerade wenn wir gehört haben, was vorher gesagt wurde. Eine Belegschaft, die am Anschlag ist, hat meist nicht noch Ressourcen, um etwas genauer zu analysieren, um etwas zu entwickeln. Und gerade in diesem Kontext ist es umso wichtiger, dass wenigstens diese Mittel zur Verfügung stehen.

M. Steiner (SP): Auch dieser Antrag wurde vorher nicht begründet und wir lehnen ihn in diesem Fall auch ohne Begründung ab.

Stadtrat J. Altwegg: Ich glaube, ich muss nicht mehr allzu viel ausführen, ich habe das meiste schon vorhin gesagt. Der grösste Teil an diesen Beratungshonoraren sind einfach die externen Kosten für das, was man intern nicht abdecken kann.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der GLP-Fraktion zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer ablehnt, möge das zeigen.

Enthaltungen?

Dann ist dem mit den gleichen Zahlen wie vorhin zugestimmt.

Wir kommen zum Antrag der SP-Fraktion, Erhöhung des Globalkredits um 60'000 Fr.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion stellt den Antrag um Erhöhung des Budgets der Produktgruppe Volksschule um 60'000 Fr. (das sind 0,4 Stellen) zur Weiterentwicklung vom Projekt Tagesschule. Am 22. Mai 2017 haben die Fraktionen SP, Grüne/AL, EVP und GLP gemeinsam das Postulat «Einführung einer Tagesschule in Winterthur» eingereicht und die unterstützenden Fraktionen waren sich da einig, dass es auch in Winterthur Zeit ist für eine Tagesschule. Das einerseits aus pädagogischen Gründen, aber auch, weil eine Tagesschule den Eltern gute Bedingungen bietet, Beruf und Familie zu vereinbaren und grundsätzlich als Schulform zukunftsorientiert ist und eine positive Weiterentwicklung, auch von der Schule, ermöglicht.

Der Stadtrat hat am 15. Mai dieses Jahres im Rahmen der Berichterstattung das weitere Vorgehen aufgezeigt und hat unter den Kostenfolgen erwähnt, dass für die Konzeptplanung finanzielle Aufwendungen anfallen werden, die im Budget 2020 beantragt werden. Dass ein solches Projekt zusätzliche Ressourcen erfordert und nicht im Rahmen vom üblichen Tagesgeschäft bearbeitet werden kann, ist verständlich und nachvollziehbar, v.a. wenn man auch weiss, dass so viele Projekte in der Schule im Gang sind und bearbeitet werden müssen. Und wenn man auch sieht, wie überall die Ressourcen sehr knapp sind.

Der Stadtrat hat die Kosten für die 0,4 Stellen im Budget gestrichen und deshalb hat dann die Zentralschulpflege direkt Antrag gestellt. Die SP-Fraktion beantragt deshalb die Erhöhung dieses Budgets und wir unterstützen den Antrag der ZSP. Wir hoffen sehr, dass sich die unterstützenden Fraktionen der Tagesschule ebenfalls hinter die Erhöhung stellen und diesen Antrag mittragen. Es wäre schade und unverständlich, wenn ein zukunftsträchtiges Projekt, das von einer Mehrheit dieses Parlaments grundsätzlich unterstützt wurde, bereits in der Konzeptphase aus finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt werden kann und auf die lange Bank geschoben wird und damit ein grosses Risiko besteht, dass das Projekt irgendwie im Sand verläuft. Deshalb bitten wir um Unterstützung dieses Antrags.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL unterstützt den Antrag der ZSP, den die SP-Fraktion jetzt eingebracht hat. Die 0,4 Stellen bieten eine weitere Unterstützung für das Projekt Tagesschule, das unserer Fraktion sehr wichtig ist.

S. Kocher (GLP): Die GLP-Fraktion unterstützt das Projekt Tagesschule. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines von unseren Hauptanliegen, für das wir uns seit Jahren aktiv einsetzen. Dass jetzt aber der ZSP so kurzfristig in den Sinn kommt, dass das nur dann umzusetzen ist, wenn zusätzlich irgendjemand 16 Stunden in der Woche an diesem Projekt arbeiten kann, ist schwer nachvollziehbar. Das Argument, dass ein solches Projekt an 0,4 Stellenprozent scheitern soll oder stark verschoben werden muss, ist ein guter Indikator dafür, dass wohl nicht viel Zeit in diese Planung investiert wurde. Ein solches Projekt bedarf einer sehr viel grösseren Unterstützung. Da arbeiten innerhalb aller betroffenen Organe mehr Leute daran. Zudem wird diese Stelle ja nur zur Durchführung von dem Projekt Tagesschule gebraucht, und das bedeutet ohnehin nur eine befristete Zusatzleistung. So ist der Antrag aber nicht formuliert. Wir sind überzeugt, dass durch eine adäquate Projektplanung und eine abgestimmte Ressourcenplanung innerhalb und ausserhalb der ZSP die beantragte Stelle mehr als kompensiert werden kann, und das Projekt wie gewünscht schnell umgesetzt wird. Deshalb unterstützen wir diese Erhöhung des Globalkredits nicht.

S. Müller (EVP): Wir haben es gehört: Das Postulat 2017.70 liegt dem ganzen Antrag zugrunde. Als EVP haben wir diesen Vorstoss miteingereicht und wir weichen auch heute in der Budgetdebatte nicht von diesem Kurs ab - und bitten auch nochmals die damals Mitunterzeichnenden, das Ganze ebenso zu machen und diesen 60'000 zuzustimmen. Es kann einfach nicht sein, wie an anderen Orten vielleicht auch, dass das Parlament Aufträge verteilt und nachher nicht bereit ist, diese Sache zu berappen.

Stadtrat J. Altwegg: Ich muss noch deklarieren: Ich habe jetzt den Hut «Stadtrat» an. Ich könnte auch den von der Zentralschulpflege anziehen als Präsident. Das lasse ich aber an dieser Stelle.

Der Stadtrat hat ein ausgewogenes Budget vorgelegt und auch die Stellen, die wir dort eingetragen haben, passen zu diesem Budget. Wir möchten daran festhalten.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Erhöhung des Globalkredits um 60'000 zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist dieser Antrag mit der bekannten Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum SVP-Antrag, Reduktion des Globalkredits um 300'000 Fr. Begründet wird er durch Gaby Gisler.

G. Gisler (SVP): Wir stellen den Antrag, dass der Globalkredit in der Produktegruppe Volksschule um 300'000 Fr. gekürzt respektive gar nicht aufgestockt wird. Die Begründung ist folgende: Im Bereich SCHU::COM sollen ja 1,9 Stellen aufgebaut werden und mit der neuen ICT-Strategie, die wir da im Rat am 4. November verabschiedet haben, sind bereits Mehraufwendungen gesprochen worden. Zuerst soll also diese Strategie umgesetzt werden und erst dann beurteilt werden, ob darüber hinaus wirklich nochmals mehr Stellen notwendig sind. Eine Stellenaufstockung auf Vorrat lehnen wir ab. Die SVP bittet Sie, diese Reduktion zu unterstützen.

M. Steiner (SP): Es ist noch nicht lange her, da haben wir hier drinnen im Parlament mit grossem Mehr den Kredit für eine zeitgemässe Hardware an den Winterthurer Schulen bewilligt. Wir von der SP-Fraktion haben dort schon darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche

Einführung der ICT-Infrastruktur nur möglich sein wird, wenn die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen und Schulleitungen entsprechend gelingt.

Bei einer Streichung der Stellen bei der SCHU::COM könnten aber genau diese Leistungen unter anderen nicht mehr erbracht werden. Die Streichung dieser Stellen geht aber noch viel tiefer. Wir haben nicht nur das ICT-Konzept, sondern – wir wissen es – auch stark ansteigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern, stark ansteigende Anzahl Lehrpersonen und stark ansteigende Anzahl von Schulleitungen. Diese haben in der Vergangenheit keine Anpassungen auf den Stellenprozenten der SCHU::COM gehabt. Das wird jetzt korrigiert. Viele Leistungen wurden in den letzten Jahren an externe Provider ausgelagert. Die Folge davon war eine starke Steigerung der Koordinationsaufgaben. Damit die städtischen ICT-Projekte (und damit meine ich nicht nur das kürzlich verabschiedete ICT Sekundar) sinnvoll begleitet werden können, braucht es diesen Stellenausbau.

Sollte diese Aufstockung nicht realisiert werden können, ist damit eine noch stärkere Auslagerung der Projekte an Externe verknüpft. Auch das hätte eine deutliche Kostensteigerung zur Folge - und ein Abwandern vom Knowhow. Wir können hier drinnen nicht einen hohen Kredit für neue Hardware bewilligen und im Anschluss die dafür benötigten Stellen nicht schaffen.

Wir lehnen diesen Antrag deshalb klar ab.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL lehnt den SVP-Antrag ab. Vehement ab. Wir haben viel Geld bewilligt und jetzt sollen diese Stellen für eine korrekte und konkrete Umsetzung nicht gesprochen werden. Das macht unseres Erachtens einfach überhaupt keinen Sinn. Wieso macht es keinen Sinn? Wie bereits ausgeführt, haben wir stetig wachsende Schülerzahlen. Weiter bedeutet externe Arbeit – und das wisst Ihr alle – nicht einfach eine Entlastung, sondern erfordert auch viel Koordinationsarbeit.

Und dann noch das Wichtigste: Wenn man etwas neu einführen will, braucht es nun halt mal einen Initialisierungsaufwand. Das ist einfach immer so. Die Lehrpersonen müssen befähigt werden, so mit diesen neuen Anforderungen zu unterrichten, und zudem ist auch kein Bereich so schnelllebig wie die IT. Und genau da braucht es auch Personen mit dem nötigen Über- und Ausblick.

S. Müller (EVP): Wir als EVP lehnen den Kürzungsantrag ab. Die 1,9 Stellen bei der SCHU::COM haben wirklich in einem wesentlichen Teil mit dem Gelingen vom bewilligten Kredit zu tun, wie wir es jetzt einige Male gehört haben. Die Lehrpersonen müssen frühzeitig eingeführt werden (das macht nicht der Dienstleister alleine, der dann den Zuschlag bekommt, sondern die SCHU::COM funktioniert da als wichtige und richtige Schnittstelle zwischen Schule und demjenigen, der das dann liefern darf).

Und was passiert, wenn wir das da jetzt nicht machen? Dann kommt das Ganze ins Stocken und es wird eben nicht so, dass wir einfach sagen können: Okay, ICT Sekundar, schauen wir mal, wie das läuft und nachher können wir uns ja noch damit beschäftigen, wie wir es einführen wollen... Das hat mit dem Gelingen zu tun. Und natürlich ist es bei der SCHU::COM auch so wie überall in der Produktegruppe Volksschule: Auf den Schülerwachstum-bedingten Mehraufwand muss man entsprechend reagieren, das spürt man auch da.

Wir lehnen den Kürzungsantrag aus diesen Gründen definitiv ab.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Zum Vorwegnehmen: Ich möchte zuerst dem Ratspräsidenten die Freude bereiten, dass ich die 3 Minuten Redezeit einhalten kann. Aber ich muss ihn auch enttäuschen, dass ich bei der nächsten Produktegruppe, Sonderschulung, deutlich mehr Zeit brauchen werde.

Also zuerst vorweg: Vielen Dank, Gaby, für Dein Votum. Im Namen der CVP/EDU-Fraktion unterstützen wir den Antrag der SVP, dass das Globalbudget in der Produktegruppe Volksschule um 300'000 Fr. reduziert wird. Das aus folgendem Grund: Mit dem Projekt ICT Sekundar haben wir sowohl in der BSKK als auch im Grossen Gemeinderat den Kreditantrag von 2,7 Mio. bewilligt. Und wir sind da grosszügig gewesen. Und davon, von den 2,7 Mio.,

sind 429'000 Fr. für Projektkosten gedacht. Und ich bin mit Dir einig, Katharina Gander, es gibt immer Initialkosten, aber mit 429'000 Fr. sind wir, glaube ich, gut bedient.

Das entspricht eigentlich knapp 3 Stellen und sollte wie gesagt dafür reichen. Wenn noch mehr gebraucht wird, kann dann auch wieder ein Antrag gestellt werden, zuhanden der BSKK, und dann können wir auch gerne wieder darüber diskutieren.

Und nochmals vorweggenommen, Im Geschäft sage ich das auch immer gerne: Lieber Stadtrat – bitte zuerst liefern und nicht lafern. Zuerst mal die Arbeit machen, und dann kann man weiterreden, ob man mehr Geld braucht.

M. Wäckerlin (PP): Über diesen Kredit haben wir ja hier schon mal diskutiert. Er ist extrem überrissen. Und wie man sieht: Wenn der Staat Geld bekommt, bekommt er den Rachen nicht voll genug. Da kommen zu jedem Kredit noch viele weitere Kredite, denn sonst wäre der Kredit ja nichts mehr wert.

Ich bitte Euch einfach, ein bisschen Vernunft walten zu lassen und mit diesem Geld, das Ihr viel, viel, viel, viel, viel zu viel bekommen habt bei diesem Kredit, könnt Ihr auch die Schulkosten noch zahlen.

Insbesondere möchte ich noch darauf hinweisen, dass heutzutage von den Angestellten gewisse Informatikkenntnisse erwartet werden können – und sonst müsst Ihr vielleicht das Personal austauschen. Merci.

Stadtrat J. Altwegg: Ich stelle fest, das Respektniveau gegenüber unseren Mitarbeitenden sinkt doch im Moment brutal, und ich finde das doch sehr bedauerlich.

Was da ein grosser Unterschied ist: Das eine ist eine Investition (das ist das, was wir mit dieser Weisung für ICT Sek gemacht haben), da kaufen wir etwas. Und natürlich braucht es da Projektbegleitung dazu, logisch. Das ist aber für die Beschaffung.

Was wir da haben, bei SCHU::COM, das ist der laufende Prozess. Wir müssen unsere Lehrpersonen, Schulleitungen schulen. Bei 1'800 Lehrpersonen, kommunale und kantonale zusammengezählt, hat es vielleicht die eine oder andere Person, die vielleicht nicht ganz vorne dabei ist. Wir haben jedes Jahr neue Lehrpersonen und die SCHU::COM begleitet diese Leute jedes Jahr, das macht sie heute so.

Und wenn wir jetzt so ausbauen wie mit dem ICT Sek-Projekt, bei dem wir sagen, unsere Jugendlichen in der Oberstufe sollen näher, intensiver mit Informatik arbeiten, dann müssen wir die Leute, die vorne arbeiten, auch befähigen. Und für das braucht die SCHU::COM diese Stellen. Das hat nichts mit der Investition zu tun, sondern das ist der laufende Prozess, der jedes Mal und jedes Jahr von Neuem wieder gemacht werden muss. Dafür braucht es diese Stellen.

Aber es wäre tatsächlich so: Man würde dann für die gut 2,5 Mio. Hardware beschaffen und die würde dann herumstehen und niemand würde sie brauchen. Das ist jetzt etwas plakativ formuliert, aber das wäre so etwa das Ergebnis. Ich brauche Leute, die das betreuen können, und zwar während der nächsten Zeit, in der diese Hardware läuft bei uns in den Schulen.

Oder auch die Neubeschaffung, das läuft alles über SCHU::COM.

Das wäre wirklich so: Den Rolls Royce gekauft, aber für das Benzin wollen wir kein Geld mehr ausgeben.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem SVP-Antrag auf Reduktion des Globalkredits um 300'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Enthaltungen?

Mit der bekannten Mehrheit habt Ihr diesem Antrag zugestimmt.

Wir kommen zum 2. FDP-Antrag, Reduktion des Globalkredits um 160'000 Fr. Das Wort hat Anna Rellstab.

A. Rellstab (FDP): Im schulzahnärztlichen Dienst sollen 3 neue Stellen bewilligt werden. Gerechtfertigt wird das u.a. mit Schülerwachstum und einer Verkürzung der Wartezeiten. Klar ist es erstrebenswert, dass die Wartezeiten verkürzt werden können. Sie tun aber auch niemandem weh – ausser man hat ein Loch.

Wir sind aber überzeugt, dass die Situation auch mit zwei neuen Stellen schon entschärft werden kann. In der Gesamtschau über den Stellenausbau in der Produktegruppe Volksschule sind wir der Meinung, dass diese Kürzung verkraftbar ist.

Deshalb beantragen wir die Kürzung des Globalkredits in der Höhe der Kosten für 1 Stelle.

S. Kocher (GLP): Der Stadtrat rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen Schülerwachstum von diesen 2,5%. Basierend darauf finden wir die Aufstockung um 3 Stellen ein bisschen üppig. Wir sind überzeugt, dass mit nur zwei zusätzlichen Stellen a) dem Schülerwachstum und b) dem Aufrechterhalten des Zahnarztangebotes mehr als Genüge getan werden kann.

Wir stehen dabei voll hinter der Aufstockung um zwei Stellen und unterstützen entsprechend die Kürzung des Globalkredits um 1 Stelle.

K. Gander (Grüne/AL): Auch diesen Antrag lehnt die Fraktion Grüne/AL ab. Da zu streichen macht keinen Sinn, denn diese Stellen werden wieder refinanziert. Es wird nicht gespart und die bereits vorhandene Infrastruktur zu wenig genutzt, was auch nicht wirklich Sinn macht. Und zudem ist die Schulzahnklinik fest eingebunden in das schulzahnärztliche Versorgungsnetz. Also wenn dort die wachsende Kinderzahl, die es gibt, nicht behandelt werden kann, entsteht eine Unterversorgung, weil die restlichen Zahnärzte nicht genügend Kapazität haben, um die Kinder zu versorgen.

M. Steiner (SP): Die FDP hat ganz offensichtlich wenig Gehör für Kinder mit Zahnweh. Katharina hat es gesagt: Die Stellen, die gestrichen werden sollen, sind voll durch den eigenen Umsatz bzw. durch die Einnahmen finanziert. Es kann gar nicht gespart werden – es fallen einfach Einnahmen weg. Zudem ist das negativ für die Fixkosten, weil die Infrastruktur weniger effizient genutzt werden kann. Werden die zusätzlichen Stellen nicht gewährt, würde das zu einer Unterversorgung und noch längeren Wartezeiten bei den Patientinnen und Patienten führen. Auf den Punkt gebracht: Weniger Stellen bedeuten mehr oder zumindest längeres Zahnweh bei den Kindern - und das bei gleichbleibenden Kosten. Möchten das die FDP und ihre bürgerlichen Partner wirklich?

Die SP lehnt den Antrag ab.

Stadtrat J. Altwegg: Ich glaube, Markus Steiner hat das sehr gut auf den Punkt gebracht. Wenn wir da quasi etwas streichen wollen bei den Beträgen, die wir ausgeben, müssen wir auch Einnahmen streichen. Wenn also eine solche Schulzahnärztin arbeitet in einer Schulzahnklinik, dann macht sie einen Umsatz von ca. 180-190'000 Fr., refinanziert sich also komplett. Wenn ich da Stellen streiche, kostet es mich eher mehr, als dass es etwas bringt. Die 3 Stellen sind komplett refinanziert, d.h. es kostet mich mehr, wenn ich sie streiche als wenn ich sie schaffe. Was aber passiert: Die lange Warteliste können wir nicht verkürzen. Das möchte man, damit die Kinder weniger lange warten müssen.

Wer glaubt, man könne diese Dienstleistung auch an private Zahnärzte geben - das wäre ja auch noch eine Idee, dass man in Winterthur gar keine Schulzahnklinik brauchen. Sie ist freiwillig, es gibt kein Gesetz, das uns vorschreibt, so eine zu führen. Die Zahnärzte wären schlicht nicht in der Lage, diese schiere Menge an Kindern, die zum Zahnarzt müssen zur Untersuchung, zu bewältigen. Das bestätigt Ihnen jeder, der beim Zahnärzteverband dabei ist, auch der Präsident, sehr gerne.

Von daher ist es ein Nullsummenspiel. Geldmässig spielt es keine Rolle, ob ich die Stelle schaffe oder nicht. Aber wenn Sie da 160'000 Fr. hinausstreichen, ist es nicht klar, wo ich das einsparen soll bei der Schulzahnklinik. Ich könnte vielleicht anfangen, Räume zu vermieten oder so, um das Budget zu senken – das ist natürlich auch nicht wirklich zielführend.

Ich kann Ihrem Wunsch also gar nicht nachkommen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag von der FDP auf Reduktion des Globalkredits um 160'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Diesem Antrag ist mit einer noch deutlicheren Mehrheit zugestimmt worden.

Dann haben wir da noch einen Antrag der FDP-Fraktion auf der Liste: Reduktion des Globalkredits um 625'000 Fr. Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Ratspräsident A. Geering: Damit haben wir das Budget der Produktegruppe 514 Volksschule beraten.

PG 522, Einkauf und Logistik Winterthur: Es gibt keine Anträge und Wortmeldungen.

PG 534, Sonderschulung. Da gibt es einen Antrag der CVP/EDU-Fraktion. André Zuraikat.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Den Antrag stelle ich im Namen der CVP/EDU-Fraktion und den Fraktionen der SVP, FDP und GLP. Und zwar: Das Globalbudget der Produktegruppe Sonderschulung um 2,1 Mio. Franken zu reduzieren. Der Betrag setzt sich zusammen aus 1,6 Mio. in der Produktegruppe Sonderschulung und 0,5 Mio., die der Produktegruppe Volksschule weiterverrechnet werden sollen. Beides Beiträge im Zusammenhang mit dem Projekt Wega.

Das aus folgenden Gründen:

1. Das Projekt Wega ist mir zum ersten Mal am 25. Mai 2019 in der BSKK-Sitzung zur Kenntnis gesetzt worden. Und ich möchte klarstellen, dass es meiner Meinung nach dieses Projekt mit seinen Zielen braucht. Allerdings fehlen mir ganz grundsätzliche Eigenschaften, um für mich zu entscheiden, ob ein Projekt Erfolg haben wird und ich somit in meiner Kompetenz als Gemeinderat Budget freigeben kann. Und da, meine Damen und Herren, spreche ich jetzt v.a. aufgrund von 10 Jahren als internationaler Projektleiter von zwei Schweizer Grosskonzernen. Ich muss korrigieren: Der erste Grosskonzern war einmal schweizerisch, er ist nun mittlerweile französisch. Der Stadtrat Kaspar Bopp kann mir da sicher zustimmen und dazu auch etwas sagen. Aber das ist ja nicht das Thema. Wie gesagt: Für das Projekt generell braucht es ein klares Konzept mit detaillierter Aufstellung der Kosten, es braucht einen Zeitplan, es braucht einen Umsetzungsplan, es braucht eventuell Anpassungen von Verordnungen, Abhängigkeiten mit anderen Produktgruppen oder Departementen, und Verantwortlichkeiten müssen aufgezeigt werden.

2. Dieses Votum geht an den Stadtrat: Ich kann es wirklich nicht verstehen, dass man so verantwortungslos mit unseren Finanzen umgeht. Dem Stadtrat muss es bewusst sein, dass wir da mit Steuergeldern umgehen. Und offensichtlich werden nicht Massnahmen ergriffen, damit wir diese Kosten in den Griff bekommen. Zumindest sollte sich der Stadtrat da Mühe geben, und diesen Eindruck habe ich wirklich nicht, denn die Massnahmen, um die wachsenden Ausgaben einzudämmen, werden da nicht aufgezeigt. Und auch die Transparenz bezüglich der Kosten fehlt mir, ganz klar. Und da möchte ich nochmals Bezug nehmen auf die Projektorganisation (und da schweife ich jetzt leider ein bisschen ab). In einer Projektorganisation hat man einen Sponsor und einen Steuerungsausschuss, das sind wir, der Gemeinderat und die Kommissionsmitglieder. Und dann hat man Programmleiter und Projektleiter. Programmleiter ist der Stadtrat, und der hat seine Projektleiterin oder seinen Projektleiter, Mitarbeiter usw. Je nachdem, wie gross das Programm ist.

Auf jeden Fall sieht man da einfach, dass diese Projektorganisation Mühe hat, auch um diese Informationen zu liefern in der BSKK, und deshalb stelle ich aufgrund meiner Ausführungen im Namen der Fraktionen CVP/EDU, SVP, FDP und GLP den Kürzungsantrag von 2,1 Mio. Franken und würde es sehr begrüessen, wenn der Stadtrat im Interesse vom Projekt Wega im

neuen Jahr eine Weisung (oder genauer: Einen Kreditantrag) der BSKK zukommen lassen würde. Und vielleicht der Projektleiterin oder dem Projektleiter einen lieben Gruss ausrichten, die oder der vielleicht an eine BSKK-Sitzung kommen und dieses Projekt im Detail vorstellen kann, im Interesse der Transparenz.

S. Müller (EVP): Der Antrag sorgte bei uns für ziemlich grosses Unverständnis. Es ist offensichtlich, das ist uns auch klar, dass das Sorgenkind Sonderschule schnellstmöglich angegangen werden muss. Schwachpunkte wurden entdeckt, SIRMa hat man analysiert und mit dem neuen Modell Wega angefangen, darauf zu reagieren.

Jetzt heute da zu behaupten, dass wir da zu wenig informiert wurden, ist einfach schlichtweg falsch. Ich sitze in der gleichen Kommission, ich bin auch noch nicht lange in dieser Kommission – aber anscheinend hat bei uns die Übergabe ein bisschen besser funktioniert. Da muss ich wirklich sagen: Es wurde immer wieder informiert. Das Ganze ist ein Projekt, das von 2018 bis 2022 immer wieder solche Abschnitte hat, die verschiedene Etappen sind, und wir sprechen deshalb von einer rollenden Projektplanung. Und heute zu verlangen, dass das alles in einer Weisung zusammengefasst wird, ist schlichtweg nicht adäquat.

Und das Zweite ist, dass die Konzepterarbeitung und die Projektverantwortung eben bei der ZSP liegen und nicht bei uns. Deshalb wird es auch schwierig, wenn wir da heute im Rahmen der Budgetdebatte einfach einen Stopp von diesem Projekt erzwingen. Und dann denken, wir warten, bis eine Weisung kommt und dann fangen wir vielleicht wieder an, den Karren anzuschieben... Wenn wir das machen, dann muss einfach klar sein, dass diese Kosten beim Sorgenkind Sonderschule definitiv genau gleich ansteigen werden – wir fahren nämlich einfach mit dem alten Modell weiter. Und dann sind wir definitiv nicht beim Kosten sparen.

Es sieht vielleicht heute ein bisschen sexy aus, wenn man einfach 2,1 Mio. herausstreichen kann. Wir unterstützen das definitiv nicht, denn unserer Meinung nach ist bei diesem Antrag definitiv die Zeitachse auf verschiedene Art und Weise ausgeblendet worden.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Antrag von dieser Kürzung vehement ab. Von dieser massiven Reduktion des Budgets sind sämtliche Sonderschulmassnahmen der Stadt Winterthur betroffen. Der Antrag zielt irgendwie auf Stellen, die zur Zuweisung und Überprüfung dieser Sonderschulmassnahmen benötigt werden. Es trifft aber die Finanzierung der einzelnen Sonderschulmassnahmen, d.h. es fehlen 2,1 Mio. an der Front, bei der Bildung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.

Bei allen Informationen, die die BSKK in den letzten Monaten erhalten hat, ist aufgezeigt worden, dass das budgetierte Wachstum nur dem Schülerwachstum entlang erhöht wird – im Gegensatz zu den letzten Jahren, in denen das Budget der Sonderschule um mindestens 10% gestiegen ist. D.h. dass dank Wega, wenn Wega eingeführt und umgesetzt werden kann, wesentlich tiefer budgetiert werden kann. Es sind keine Wega-bedingten Mehrkosten budgetiert. Das DSS hat aber immer gesagt, dass für die Beratung und Unterstützung der Schule und für die Vorbereitung der externen Sonderschulungen zusätzliche Stellen nötig werden. Es geht bei Wega um ein neues Projekt, um eine neue Kultur und um eine ganz neue Situation. Das kann man nicht einfach irgendwie noch hineinbasteln. Das wäre dann eben Basteln.

Und die zusätzlichen Stellen oder zusätzlichen Kosten können refinanziert werden durch die Kosten, die man einsparen kann, wenn man beim Wachstum dieser Sonderschulmassnahmen sparen kann.

Und das Ziel von Wega ist ja mittelfristig auch, dass die Kosten stagnieren und dass sie sich nur noch entlang des Schülerwachstums weiterentwickeln.

Die antragstellenden Fraktionen sind der Meinung, dass wir nicht genügend informiert worden sind. Da kann ich nur Sämi Müller zustimmen: Wir konnten es gar nicht mehr immer wieder hören. Wir wurden über Wega immer wieder informiert, also schon bevor André bei uns in der BSKK war. Wir haben im November zwei riesige Konzepte erhalten, in denen ganz viel von dem, was Du verlangst, drin steht. Ich glaube, es gibt kein Thema in der BSKK, über das mehr informiert worden wäre als über Wega. Deshalb ist es auch völlig unverständlich.

Es ist so, dass gemäss der Geschäftsordnung der Volksschule Winterthur die ZSP die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Volksschule festlegt. Und sie ist für alle Schulangelegenheiten zuständig. Dazu gehört auch das Verfassen von grundlegenden Bestimmungen für die Sonderschule, wie das diese Konzepte eben sind. Ebenfalls gehört zu den Kompetenzen der ZSP die Verteilung der finanziellen Mittel auf die Schulkreise. Zudem regelt sie die sonderpädagogischen Angebote. Es liegt somit nicht in der Zuständigkeit des Grossen Gemeinderats, diese inhaltlichen Konzepte der Schule oder der Sonderschule da zu bestimmen und Einfluss zu nehmen.

Ich möchte in Erinnerung, dass das Projekt SIRMa als Sparprojekt verkauft worden ist. Damals von einem bürgerlichen Stadtrat. Und man hat gesagt, das werde sich bei ca. 23 Mio. einpendeln. Das Gegenteil ist der Fall. Das sind die Zahlen von der Rechnung mit SIRMa. Man sieht da, wie sich das gesteigert hat. Und wenn wir Wega ablehnen oder eben die 2,1 Mio. ablehnen, dann werden diese Kosten noch weiter in die Höhe steigen. Denn man hat ja festgestellt – die ZHAW hat ja eine Evaluation gemacht und hat ganz klar festgestellt bei dieser Analyse, dass wir einen Kostentreiber haben, dass sich das nicht einfach von selbst einpendelt, dass man wirklich einen Systemwechsel machen muss.

Und wenn wir dem zustimmen, dieser Kürzung, dann nehmen wir auch in Kauf, dass wir weiterhin mit dem Instrument SIRMa weiterfahren und die Kostenentwicklung sich weiter nach oben entwickelt. Zudem ist es einfach so: Es gibt ein übergeordnetes Recht, das Volksschulgesetz, und das gibt vor, dass alle Kinder, die die öffentliche Schule nicht besuchen können, das Recht haben, geschult zu werden – nämlich in der Sonderschule. Das verpflichtet auch die Stadt Winterthur, jedem Kind und jedem Jugendlichen die notwendige Schulung zur Verfügung zu stellen und es sind ganz klar gebundene Kosten.

In der Vergangenheit hat man gesehen: Wir hatten z.T. viel tiefere Budgets, und die Rechnungen sind dann halt viel höher ausgefallen. Denn man konnte gar nicht anders, man musste es zahlen. Und so werden wir in Gefahr laufen, wenn wir die Chance nicht packen, die Sonderschulung anders umzubauen, dass wir weiterhin diese Auswirkungen der steigenden Kosten haben werden.

Deshalb empfehle ich, dem Antrag dieser Reduktion nicht zuzustimmen.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL lehnt diesen Antrag entschieden ab. Ich kann mich da nur meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. In der Kommission, wenn ich es richtig im Kopf habe, und Du, Jürg, hast es letztes Mal auch ausgeführt, wurde 4 x über das Projekt Wega informiert worden. Nur weil Du noch nicht dabei warst, hat es nicht stattgefunden...? Also wir wurden gut informiert.

Das Ziel von Wega ist, dass neben diversen und organisatorischen Verbesserungen die Sonderschulquote stabilisiert wird und dass wir die explodierenden Kosten in den Griff bekommen.

Wir finden sowohl die Kürzung wie auch die damit verbundene Forderung nach einer Weisung falsch. Ihr gefährdet mit diesem Vorgehen eine effiziente Umsetzung des Projekts. Und ich rufe da doch gerne nochmals in Erinnerung, dass wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht über pädagogische Konzepte entscheiden, das machen, Gabi hat es schon gesagt, die Fachleute von der ZSP. Und das ist glaube ich auch gut so.

In der BSKK wurde ausgeführt, dass es in unserer Kompetenz als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte liegt, die für die Umsetzung von Wega nötigen Änderungen in der Geschäftsordnung noch zu machen.

Und ja, Gabi, Du hast es schon gesagt, Kinder, die einen speziellen Förderbedarf haben, haben ein Anrecht auf das – egal wie viel Ihr jetzt da zusammenkürzt. Und in diesem Sinn bitte ich Euch jetzt doch um ein bisschen gesunden Menschenverstand.

S. Kocher (GLP): Am 19. April 2018 veröffentlichte die Stadt Winterthur eine Medienmitteilung mit dem Titel «Aus SIRMa wird Wega». Hintergrund ist die Tatsache, dass die bei SIRMa geplanten Massnahmen zur Reduktion der Sonderschülerinnen und Sonderschüler nicht das erwartete Resultat gebracht haben, wie erhofft. Ganz im Gegenteil. Die Zahl der Sonderschülerinnen und Sonderschüler ist stark angestiegen. Die Stadt schreibt: ««SIRMa»

steht für die Stärkung der Integrationskraft der Regelschule durch Ressourcenmanagement. Trotz der Einführung dieses Konzeptes ist aber der Anteil der Sonderschülerinnen und Sonderschüler in der Stadt Winterthur von 2013 bis 2017 stark angestiegen, von 4,5 auf 5,5 Prozent. Der gewünschte Effekt blieb aus.»

Aus diesem Grund hat man das Projekt Wega gegründet. Man analysiert das Projekt SIRMa und leitet daraus neue Massnahmen ab, u.a. mit dem Ziel, einzelne Kompetenzen von der Kreisschulpflege in die Zentralschulpflege hin- und herzuverschieben. Dadurch soll eine bessere Steuerung und Planbarkeit der Sonderschulung durch die Deckelung der Beiträge ermöglicht werden. Wie das im Detail zwischen den einzelnen Beteiligten geschehen soll, ist nicht ersichtlich. Ausser dass mehr Stellen geschaffen werden müssen. Gemäss Budget werden innerhalb der Volks- und Sonderschule 4,5 Vollzeitstellen benötigt, zusammen also 2,1 Mio. Franken. Wie das Geld eingesetzt wird, um die Sonderschulquote auf das gewünschte Niveau zu bringen, ist nicht in vollem Umfang ersichtlich. Ob es z.B. einem Stellenabbau innerhalb der Kreisschulpflege einhergeht, da das SIRMa-Konzept und entsprechend alle involvierten Stellen nicht mehr aufrechterhalten werden, ist unbekannt. Kurz gesagt: Das Konzept hinter Wega lässt sich nicht alleine aus dem Budget ableiten.

Die Einführung von SIRMa wurde damals nicht über eine Weisung an den Gemeinderat gemacht, sondern über den einfachen Weg der Genehmigung über das Budget. Jetzt handeln wir gleich. Viele Fragen bleiben im Dunkeln. Die im Budget eingeführten Kosten und Ressourcen mögen alle richtig und zielführend eingesetzt sein. Aber für uns Parlamentarier ist es z.T. ein Blindflug. Die Situation erfordert da aber klare Ziele und Massnahmen, die laufend überprüft und wenn nötig justiert werden können. Ansonsten stellen wir nach weiteren 5 Jahren wieder fest, dass die falschen Strukturen geschaffen wurden und ein neues Projekt lanciert werden muss. Dadurch ist am Schluss niemandem geholfen. Im Besonderen nicht den Kindern, für die ja das Ganze gemacht wird.

Der effiziente Einsatz von Ressourcen muss das Ziel sein, und der Grosse Gemeinderat hat das sicherzustellen. Was hat er bei SIRMa falsch eingeschätzt? Welche inhaltlichen Massnahmen werden ergriffen? Wie ist das Ganze mit allen Stakeholdern abgestimmt? Gibt es noch andere Modelle, die man angeschaut hat? Was sind die Messgrössen? Wie wird sichergestellt, dass nicht nochmals das Gleiche passiert wie bei SIRMa? usw. Der Grosse Gemeinderat soll Gelegenheit bekommen, zu verstehen, was bei SIRMa falsch gelaufen ist. Er soll ebenfalls überprüfen können, ob mit dem Strategiewechsel zu Wega die richtigen inhaltlichen Schlüsse gezogen wurden. Zudem betrifft das Projekt Wega nicht nur die Sonderschule, sondern auch die Regelschule. Dem Grund nach wird die Notwendigkeit, bei diesem Thema jetzt zu handeln, von der GLP nicht angezweifelt. Ganz im Gegenteil. Der Grosse Gemeinderat soll einzig die Gelegenheit erhalten, die Hintergründe zu verstehen und die korrektiven Massnahmen zu verifizieren und die Qualität zu sichern. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Themas und der inhaltlichen und finanziellen Grössenordnung von mehreren Millionen für die nächsten paar Jahre brauchte es eine, vom Budget getrennte, separate Diskussion und Genehmigung über eine Weisung im Grossen Gemeinderat. So wie vom Stadtrat immer unterstrichen wurde, sollen alle Infos grundsätzlich vorhanden sein.

Die GLP steht darum einer schnellen Behandlung dieses Themas in der Kommission und später im Rat nicht im Weg. Die GLP unterstützt den Kürzungsantrag.

G. Gisler (SVP): Auch die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Kürzung des Globalkredits bezüglich dem Projekt Wega. Wie bereits von meinen Vorrednern von der CVP und GLP ausgeführt, ist uns sehr wohl bewusst, dass Kinder, die einer besonderen Förderung bedürfen, auf eine solche auch Anspruch haben nach Gesetz.

Es ist richtig, es wurde mehrmals in der BSJK informiert über Wega. Am Anfang wusste man aber einfach, dass mehrere Projektgruppen am Arbeiten sind, aber inhaltlich wusste man noch nicht, in welche Richtung es geht und man konnte sich auch noch keinen Reim darauf machen. Erst in der letzten Information ist jetzt herausgekommen, dass Wega eigentlich ein Paradigma-Wechsel anstrebt und mit diesem Paradigma-Wechsel möchte man eigentlich eine Stagnation der Kosten auslösen. Denn es ist ja eine Tatsache, dass die Kosten überproportional immer gestiegen sind.

Es ist uns präsentiert worden, dass konkret Schulleitungen die Hoheit haben sollen, über ein gewisses Budget verfügen zu können. Und die ZSP wird über den Sonderstatus Kinder, die ausserhalb der Regelklasse unterrichtet werden müssen, die Finanzhoheit haben. Es ist uns aber schleierhaft, dass man jetzt einfach sagen kann (obwohl ein Kind einen Anspruch hat, wenn es einen entsprechenden Status hat), dass da jetzt plötzlich alles anders sein soll. Nach unserem Dafürhalten braucht es viel eher eine andere Interpretation vom Gesetz, d.h. die Anspruchsberechtigungen müssen anders definiert oder ausgelegt werden. Es ist wohl ein offenes Geheimnis, dass man versucht hat, Kinder mit dem Prozedere, das es braucht, mit dem Schulpsychologischen Dienst, damit man den Sonderstatus erhält, zu pushen. Denn wenn man dann einen solchen Sonderstatus hat für dieses Kind, bekommt die Schule mehr Ressourcen, d.h. mehr Geld, mehr Lehrpersonen. Das ist natürlich klar, dass das vieles erleichtert.

Wir begrüssen es sehr wohl, dass das DSS Anstrengungen unternimmt, diese Kosten in den Griff zu bekommen. Dass man aber jetzt (und so lange schon) Verwaltungspersonal braucht und diese Projekte betreuen muss und trotzdem irgendwie nicht weiterkommt... Es muss doch möglich sein, dass man hier einfach zügiger vorwärtskommt. Und deshalb begrüssen wir es sehr wohl, dass da eine Weisung erstellt wird, damit wir auch sehen, welche Personen welche Aufgaben haben sollen und mit welchen Kosten da wirklich gerechnet wird. Und wie man die Anspruchsberechtigung, die ein solches Kind hat, macht. Und man weiss, die Finanzen sind überdurchschnittlich im Kanton. Das Ziel ist es wirklich, dass wir auf ein kantonales Durchschnittsniveau herunterkommen. Und ich glaube, da braucht es wirklich eine andere Interpretation des Gesetzes. Und deshalb unterstützen wir auch diese Kürzung.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Ich habe durch mein Votum sehr viel Aufmerksamkeit bekommen und ich möchte schon gerne darauf replizieren, was da gesagt wurde, v.a. auch mir persönlich gesagt wurde.

Lieber Sämi Müller: Ich wurde informiert, es hat eine Übergabe stattgefunden über das Projekt Wega. Und ich kann nur beurteilen, was ich nachher gesehen habe an Informationsfluss. Und es wird schon sehr dramatisiert, das muss ich schon sagen. Es heisst nicht, Sämi Müller, dass wenn wir 2,1 Mio. streichen, dass das den Stopp des Projektes bedeutet. Ich möchte einfach darauf hinweisen: Die Gesamtkosten Wega betragen 35 Mio. Und jetzt geht es nur um 2,1 Mio., die wir streichen, aufgrund des mangelnden Informationsflusses, den wir haben. Und, liebe Gabi Stritt, es geht nicht darum, die Konzepte zu hinterfragen, die pädagogischen Konzepte. Das hat auch Katharina Gander erwähnt. Diese Fachkompetenz habe ich nicht, das gebe ich offen und ehrlich zu. Aber es geht uns mehr darum, dass wir die Konzepte des Projektes verstehen. Was das Ziel dahinter ist, wer involviert ist. Um das klar und deutlich zu machen. Und wir wollen keine Konzepte bestimmen oder beeinflussen, bei denen es um pädagogische Situationen geht, um die pädagogischen Konzepte.

Liebe Katharina: Effiziente Umsetzung der Projekte – das ist unser Anliegen. Und es geht rein um das. Und wir handeln mit gesundem Menschenverstand und bestimmen dann auch so. Aber für einen gesunden Menschenverstand muss man auch genau hinschauen. Und ich habe einfach den Eindruck in der BSKK: Eine Mehrheit, die eben von der Ratslinken bestimmt wird, winkt einfach vieles durch, ohne zu hinterfragen. Das ist einfach der Eindruck, den ich habe. Und ich habe diese Verantwortung, ich hinterfrage Sachen.

Sämi Kocher hat es wirklich gut gesagt: Es ist nicht in vollem Umfang ersichtlich, wie das Projekt genau aufgesetzt ist. Das Konzept, wie er sagte, lässt sich einfach nicht ableiten anhand der Kosten. Es ist, wie er sagte ein Blindflug. Und so kommt es mir auch wirklich vor.

Es ist, wie wenn z.B. ich Land kaufen würde im Raum Winterthur. 2,1 Mio. Und man sagt dem Bauleiter: «Ja, mach einfach». So sieht das etwa aus, ohne dass wir wirklich klare Konzepte haben, wie das dann genau aussehen soll, das Produkt, das dann kommt.

Ich finde einfach grundsätzlich: Im Interesse der Zusammenarbeit, auch in der BSKK, und damit komme ich zurück auf mein erstes Votum, ist es wichtig, dass wir zusammenarbeiten, dass man sich Zeit gibt zum Fragen stellen, zum Sachen hinterfragen. Und ich habe einfach den Eindruck, diese Zeit oder diese Informationen werden einem einfach nicht gegeben. Und ich habe wirklich den Eindruck, in der BSKK, durch diese Mehrheitsverhältnisse, wird gern mit

Muskeln gespielt. Also gut. Ich als erfahrener Karate-Wettkämpfer habe diese Erfahrung mit Muskelspielen. Wenn Ihr mit Muskeln spielen wollt, dann mache ich das auch gerne, das ist ein gutes Training für Wettkämpfe. Wenn Ihr mit Muskeln spielen wollt, spielen wir auch mit Muskeln.

M. Steiner (SP): Ich wollte zwar nichts mehr sagen, aber... Die ZSP hat vor 1,5 Jahren das Nachfolgeprojekt Wega auf den Weg geschickt und im November das Rahmenkonzept für die schulische Integration definiert und genehmigt. Die Schulpflege hat dabei die zentralen Elemente aus diesem Lernprozess ins neue Konzept eingebaut. Soweit, so gut. Jetzt geht es darum, diesen veränderten Prozess umzusetzen. Jetzt kommen aber die Bürgerlichen und lehnen dieses Konzept ab. Und nein, es hilft auch nicht, wenn Ihr gebetsmühlenartig wiederholt, dass Ihr ja eigentlich schon für Wega seid. Das ist unglaublich, wenn Ihr am Ende des Tages trotzdem gegen die Umsetzung der geplanten Massnahmen seid. Massnahmen übrigens, die aus der Feder einer bürgerlich zusammengesetzten Zentralschulpflege kommen. Im 9er Gremium sitzen 6 Bürgerliche neben 3 Linken. Die ZSP hat erkannt, dass die Schule mehr personelle Ressourcen braucht, mehr schulische Heilpädagogik, mehr Sozialarbeiter und mehr Entlastung für die Klassenlehrpersonen und Schulleitungen, damit genügend Zeit für die integrative Schulung zur Verfügung steht. Die ZSP hat gemerkt, dass sie auf einem toten Pferd reitet und so nicht ans Ziel kommt. Sie ist deshalb abgestiegen. Die bürgerliche Sparallianz scheint das noch nicht gemerkt zu haben.

Stadtrat J. Altwegg: Ein paar einleitende Worte: Wenn wir da Karate im Saal haben und ganze Bauleitungen... Ich muss da einfach vor allem eines sagen: Es geht da um die Kinder. Kinder, die einen Sonderschulstempel bekommen. Und jedes Kind, das in Zukunft keinen solchen Stempel hat, ist ein Erfolg für mich. Im Moment läuft es aber ein bisschen in eine andere Richtung.

Ich nehme den Vergleich mit den Bauleitungen auf. Es ist eben nicht so, dass Sie da miteinander die Bauleitung sind. Sondern Sie bestellen quasi schlüsselfertig bei einem Generalunternehmer. Das ist nun mal so mit der Gewaltenteilung. Die Zentralschulpflege, die gewählte Exekutive, ist verantwortlich dafür. Es ist nicht in Ihrer Verantwortung und deshalb wird es auch keine Weisung geben. Das Projekt Wega, das wie gesagt eigentlich schon bald abgeschlossen ist, und jetzt Rahmenkonzept «Schulische Integration» heisst, ist jetzt bereits von der ZSP auf die Rolle geschoben worden. Das Rahmenkonzept liegt allen BSKK-Mitgliedern im vollen Wortlaut vor. Es hat fast 40 Seiten, zeigt minutiös auf, wann und wer was zu tun hat. Ich weiss nicht, was an dem so schwierig zu verstehen ist. Die Verantwortlichkeiten sind klar.

Was ist mit SIRMa falsch gelaufen? Das haben wir natürlich auch mit einer externen Studie prüfen lassen (durch ZHAW und ZFH). Die haben auch minutiös aufgezeigt, was falsch läuft und wo wir die Fehlanreize haben. Und jetzt korrigieren wir genau die mit dem neuen Rahmenkonzept «Schulische Integration», die in der Kompetenz der Zentralschulpflege ist. Diese Folie habe ich schon ganz am Anfang bei den Kostengeschichten gezeigt. Da hat es noch keine Zahlen drin. Die rote Kurve ist vor dem Übergangsjahr deckungsgleich mit der blauen Linie. Bei der roten Linie sind wir irgendwo zwischen 36-37 Mio. Ende 2020. Das ist eine Schätzung. Das wäre dann, wenn SIRMa weiterläuft und wir eben nichts machen. Die blaue Kurve ist eine sportliche. Wir sagten, auch in diesem Übergangsjahr wollen wir erste Effekte haben von diesem Rahmenkonzept «Schulische Integration», und sind deshalb da bei ca. 35 Mio. Das ist eine grobe Schätzung, denn ganz genau kann man es nicht sagen. Ihr habt es auch schon gehört, verschiedene haben das erwähnt: Kinder, die einen Sonderschulbedarf haben, bekommen auch Sonderschule.

Was Sie jetzt machen: Sie möchten gerne, dass die Kurve da schon hinuntergeht. Ich habe das sportlich genannt. Okay, Ihr wollt noch mehr. Das ist wahrscheinlich illusorisch. Ich glaube, die blaue Linie ist schon ziemlich sportlich. Ich bin froh, wenn wir diese schaffen und nicht noch Richtung rote Linie kommen.

Also im Wesentlichen bestimmen Sie den Gap zwischen gebundenen Kosten und dem, was wir bereits budgetiert haben. Ich formuliere es noch ein bisschen plakativer. Ich weiss, das ist

vielleicht jetzt ein bisschen respektlos. Aber wir machen eine Wetterprognose, die in etwa so aussieht: Ich sehe da ein bisschen Sonne, dank dem Rahmenkonzept «Schulische Integration» haben wir einen Silberstreif. Und ich glaube, dass wir diese Kosten damit in den Griff bekommen. Eine Garantie, 100%, gibt es nicht für das, das ist klar. Aber was sicher ist: Wenn wir nichts machen, werden da nur Wolken und nur Regen sein.

Wenn Sie jetzt den Antrag annehmen, machen Sie einfach das: Sie kleben da eine Sonne darüber und glauben daran, dass die Sonne scheinen wird. Kann man machen. Aber Sonderschule findet statt.

Es ist einfach unsere Prognose, was es in etwa ausmachen wird, wenn man das Rahmenkonzept «Schulische Integration» (das in der Kompetenz der Zentralschulpflege ist) umsetzt. Ich hoffe, Sie verzeihen mir die Vereinfachung mit der Wetterprognose.

Es ist einfach Fakt: Sie bestimmen jetzt eigentlich, wie gross der gebundene Teil davon ist.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Fraktionsantrag auf Kürzung des Globalkredits um 2,1 Mio. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist diesem Antrag zugestimmt und damit ist die Produktgruppe Sonderschule beschlossen.

PG 576, Familie und Betreuung

PG 580, Berufsbildung

Zu diesen beiden Produktgruppen liegen keine Anträge oder Voten vor. Damit sind diese beiden Produktgruppen beschlossen.

PG 590, Sportamt: Da gibt es einen Kommissionsantrag. Begründet wird dieser von Gaby Gisler.

G. Gisler (BSKK): Jetzt kommen wir zu einem atypischen Antrag. Es geht um eine Stellenaufstockung und der Antrag kommt von unserer Seite.

Die BSKK hat mit 8:1 Stimmen einer Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Fr. und damit einer Stellenaufstockung um 1 Stelle, d.h. um plus 0,56% gegenüber dem Budget im Bereich Sportförderung bei der Reservationsstelle zugestimmt.

Die Erhöhung soll aus folgenden Gründen erfolgen: Die Reservationsstelle stösst an ihre Grenzen. Das ist übrigens die Stelle, wo der Bürger oder die Vereine ihre Hallen reservieren lassen oder wo man auch Auskunft bekommt, wenn man einen Anlass organisieren will. Dort läuft einfach alles zusammen, wenn es um die Vermietung von Schulraum geht. Und diese Reservationsstelle stösst jetzt an Grenzen und sie schaffen es nicht mehr, die zusätzlichen Teilnehmenden von den bestehenden Angeboten seriös zu behandeln. So z.B. bei Schulsportkursen oder bei der Tössstafette oder auch bei Sportlagern. Sie schaffen es nicht mehr, die zusätzlichen Anliegen der Bevölkerung nach Unterstützung bei Anlässen, bei Meisterschaftsspielen, bei Events wie dem Jugendsporttag oder der Faustball-WM oder Handball- und Basketballmeisterschaften adäquat leiten zu können. Im Weiteren fehlen ihnen die Ressourcen, um auf Entwicklungen einzugehen, z.B. bei der Integration beim Fussball, wo es darum geht, dass wir die Behindertenkonvention umsetzen müssen. Oder auch Sport für ältere Menschen, was aufgrund der demografischen Bevölkerungsentwicklung auch immer mehr ein Thema wird. Ebenso fehlen Ressourcen, um den eSport fördern zu können. Auch um das Konzept «Raum für Bewegung und Sport» im Hinblick auf Winterthur 2040 weiterentwickeln zu können, fehlen die Ressourcen.

Eine letzte Aufstockung bei dieser Stelle ist 2008 erfolgt. Und seither haben aber Schulsportprojekte um 50% zugenommen und auch die Bevölkerung ist seither gewachsen. Von 2007 bis 2019 ist die Bevölkerung um rund 20% gewachsen.

Ende 2017 und 2018 mussten gar Überstunden ausbezahlt werden, da diese aufgrund der Arbeitsüberlastung nicht kompensiert werden konnten.

Seit 2008 sind neue, zusätzliche Arbeiten und Aufgaben zu bewältigen. Die Umsetzung von «Raum für Bewegung und Sport», heute der Sportplanet (Ihr habt vielleicht das App Sportplanet schon gesehen, auf dem man schauen kann, wo welche Sportart betrieben werden kann). Die Belegungen haben deutlich zugenommen. Sie werden auch komplexer, wie z.B. die Handballbelegung in Neuhegi oder den Kunstrasen verteilen, neue Turnhallen sind dazugekommen (wie Wyden, Zinzikon oder Neuhegi). Es werden Kurse organisiert in Prävention und sexueller Gewalt. Dann hat auch die Administration von Jugendsportcamps zugenommen und auch die Sportprojekte für städtische Mitarbeitende (wie z.B. bike to work) und verschiedene Projekte, die in Schulhäusern durchgeführt werden.

Dann haben wir wirklich noch kommende Herausforderungen: Die Anliegen der Vereine, der Seniorensport... Es ist so, dass auch die Vereine immer mehr Auflagen erfüllen müssen, und v.a. ehrenamtlich geführte Vereine stossen deshalb mitunter auch an ihre Grenzen.

Also, es geht um eine Stelle, die unmittelbar eine Ansprechstelle ist für den Bürger, für die Vereine etc. Sie sind an der Front tätig. Und das ist der Grund, weshalb wir da diese Stellenaufstockung beantragen.

Eine kleine Minderheit der Kommission möchte diese Stellenaufstockung nicht. Sie hat sie abgelehnt.

S. Müller (EVP): Jetzt gerade kann ich es Kaspar Bopp nachempfinden, der sagte «nach der emotionalen Debatte, jetzt geht's einfacher». Das ist weitaus weniger bedeutend als das vorherhin.

Die EVP stimmt dem Aufstockungsantrag zu. Es ist eine sinnvolle Sache, es ist da sehr ausführlich aufgelistet worden, was das alles beinhaltet. Und wir sind auch froh, dass es nicht umgekehrt ist: Dass wir nicht Infrastruktur haben, die vor sich hingammelt. Sondern es wird immer mehr genutzt und das braucht auch einen adäquaten Aufbau bei dieser Reservationsstelle beim Sportamt. Wir unterstützen diesen Antrag.

U. Hofer (FDP): Wir sind da ein bisschen Spielverderber in dem Sinn. Wir haben grosse Sympathien mit dem Sport, wir haben schon zahlreiche Projekte für den Sport da im Gemeinderat unterstützt. Aber wir haben jetzt gerade gesehen, was vorher im Schuldepartement bei der Bildung passiert ist, was sonst im Budget passiert ist. Von daher käme das falsche Zeichen, wenn man jetzt da über den Antrag des Stadtrates hinausgeht und mehr bewilligt, nach so vielen Anträgen, bei denen wir vorher gerade gekürzt haben.

Wir haben vorher kritisiert, dass wir nicht eingehend diskutieren konnten, gewisse Anträge, über die nicht richtig informiert wurde. Auch hier finden wir den kurzen Weg falsch.

Wir werden mehrheitlich nicht zustimmen, haben aber grundsätzlich Stimmfreigabe.

K. Gander (Grüne/AL): Ich kann es kurz machen, vieles wurde schon gesagt: Die Fraktion Grüne/AL unterstützt diesen Antrag.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Ich mache es auch relativ kurz. Die Vereinsarbeiten, v.a. die Sportvereinsarbeiten, haben eine sehr wichtige Funktion in unserem Land. Das trägt sehr viel dazu bei. Sport verbindet in unserer Gesellschaft, verbindet verschiedene Kulturen und verbindet auch verschiedene Formen von Zusammengehörigkeitsleben. Und die wachsenden Ansprüche sind da, gegenüber den Sportvereinen, und die brauchen Unterstützung. Und deshalb möchte ich beliebt machen, dass man diesem Antrag zustimmt.

S. Kocher (GLP): In Winterthur werden immer mehr Grossanlässe organisiert. Das u.a. dank der guten Sportinfrastruktur. Diese Sportanlässe haben u.a. eine breite mediale Wirkung und locken immer wieder viele Besucher nach Winterthur. Für Sportler und Fans eine gute Sache. Doch für die Veranstalter eine immer grössere Herausforderung, basierend auf den immer grösser werdenden Anforderungen an einen Sportevent. Den Vereinen und Veranstaltern wird daher seitens Sportamt geholfen.

Aber nicht nur durch die zunehmende Komplexität beim Organisieren des Events, sondern auch durch die Zunahme von solchen Sportereignissen kann seitens Sportamt diese Unterstützung nicht mehr in dem Mass wahrgenommen werden, wie man gerne würde. Winterthur soll aber eine Sportstadt bleiben. Deshalb unterstützen wir die Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Fr., was einer Aufstockung gesamthaft von 1 Stelle entspricht.

G. Gisler (SVP): Die Haltung der SVP-Fraktion: Sie hat Stimmfreigabe beschlossen. Die eine Seite, die zustimmende Seite, begrüsst das vielfältige Sportangebot und nimmt zur Kenntnis, dass die Vereine auch immer mehr Auflagen erfüllen müssen, insbesondere wenn sie grössere Anlässe organisieren wollen. Sie anerkennen die Initiative, das Engagement dieser Vereine. Mit ihrem Engagement unterstützen sie wesentlich die Gesundheitsförderung und sinnvolle Freizeitbeschäftigung der Bevölkerung. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist das sehr budgetbewusst und wird diese Stellenaufstockung ablehnen.

M. Steiner (SP): Ich mache es ganz kurz: Die SP-Fraktion wird grossmehrheitlich diesem Antrag zustimmen.

Eine kleine Bemerkung: Ich finde es noch spannend, dass die FDP-Fraktion sich zu diesem Antrag äussert. Aber zur Sonderschule haben sie sich nicht geäussert, obwohl sie den Antrag miteingereicht haben.

Stadtrat J. Altwegg: Das wäre jetzt eben eine dieser beeinflussbaren Kosten. Ihr könnt Euch erinnern an das Kuchendiagramm. Das ist in diesen 12%, wo Ihr direkt bestimmen könnt, ob Ihr mehr oder eben weniger ausgeben wollt. Euren Einsatz für den Sport in allen Ehren. Das ist grundsätzlich sympathisch, muss ich sagen. Aber es ist genau so etwas, wo Ihr wirklich beeinflussen könnt, anders als bei der Sonderschule vorher. Da könnt Ihr wirklich – und da gebt Ihr eben mehr Geld aus als der Stadtrat vorschlägt. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag zur Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer ablehnt, bitte Handerheben.

Damit habt Ihr dem Antrag mit 37:16 Stimmen zugestimmt.

Damit haben wir die Produktgruppe Sportamt abgeschlossen und das Departement Schule und Sport fertigberaten und bewilligt.

Wir gehen weiter zum **Departement Soziales**.

PG 613, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Es gibt einen Fraktionsantrag von der FDP. Begründet wird er von Urs Bänziger.

U. Bänziger (FDP): Vorab: Mea culpa. Der Antrag kommt direkt und nicht via Kommission, weil ich selber verpasst habe, diesen einzubringen in die Kommission. Und ein Wiedereintretensantrag ist leider unterlegen. Aber entsprechend nehme ich mein Recht wahr und gebe diesen Antrag so direkt ein.

Besten Dank an Nicolas Galladé, auch für die nachträglich gelieferte Erklärung.

Konkret: Weil das Departementssekretariat keine eigene Kostenstelle hat, ist es bei den Kosten aufgeführt, die anteilmässig verrechnet werden. Die Verrechnung oder allenfalls auch Gutschrift findet nachher bei einzelnen Abteilungen statt. Konkret geht es um 0,6 Stellen geforderte Erhöhung (also entsprechend Streichung). Und nochmals möchte ich das Parlament daran erinnern: Gemäss Budgetvorgaben sprechen wir dieses Jahr von 95 neu geschaffenen Stellen, plus 3% auf 3'397 Stellen, gegenüber 1% Bevölkerungswachstum.

Die 0,6 Stellen sind, wenn man es prozentual ausrechnet, ein Zuwachs von 18% bei der Personalabteilung von 3,3 auf 3,9 Stellen. Neben der Erhöhung beim Personaldienst wird das

Departementssekretariat auch im Bereich Wohnberatung aufgestockt, mit 0,8 Stellen auf der Basis der erwarteten demografischen Entwicklung. Da ist es ein kundenorientierter Fronteinsatz. Die demografische Entwicklung bei der Wohnberatung ist eine Annahme des Stadtrats und auch nicht sicher. Aber wir haben das Vertrauen, dass diese Stelle nur aufgebaut wird, falls sich diese Entwicklung auch bewahrheitet. Das DSO hat auch bei der Sozialberatung seine Verantwortung wahrgenommen und Stellen reduziert, wo sie nicht notwendig waren oder die Fallzahlen nicht so eingetroffen sind wie prognostiziert.

Der Argumentation mit der knappen Dotierung im Personaldienst können wir nicht folgen. Es ist uns bewusst, dass in der Vergangenheit eine sehr hohe Fluktuation stattgefunden hat. Aber das Projekt der Falllasten bei der Sozialberatung ist weitgehend abgeschlossen, was sicherlich auch einen positiven Einfluss hat auf die Fluktuation und die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden hat abgenommen. Entsprechend:

Ja, wenn wir eine Verpflichtung haben, eine Dienstleistung zu erbringen, weil bei den Falllasten die Zahlen steigen oder die demografische Entwicklung da ist, ganz klar: Wenn man das auf Mitarbeitende hinunterbrechen kann, geht es auf, indem man das linear anpasst. Aber bei zentralen Diensten muss man davon ausgehen, dass man nicht einfach eine lineare Steigerung hat dieser Dienstleistung. Man muss einfach effizienter arbeiten können. Deshalb der Kürzungsantrag von 0,6 Stellen, 75'000 Fr.

S. Näf (SP): Wie erwähnt sprechen wir da über einen Antrag, um die Ressourcen zu kürzen für das Departementssekretariat, das dann verteilt wird auf die verschiedenen Produktgruppen des Departement Soziales. Es geht um den Personaldienst.

Der vorliegende Antrag ist wie erwähnt in der SSK nicht besprochen worden. Wir haben aber im Nachhinein eine nachvollziehbare Begründung bekommen vom Departement Soziales, weshalb man im Personaldienst mehr Ressourcen braucht. Die Ressourcen im Personaldienst des Departement Soziales sind schon seit längerer Zeit zu knapp. Das ist u.a. der Fall, weil die Bereiche im Departement Soziales, wie z.B. die Pflege oder auch die soziale Arbeit, einen höheren Personalwechsel haben als andere Bereiche. Das ist branchenbedingt begründet und nicht nur in der Stadt Winterthur der Fall.

Wegen den knappen Ressourcen des Personaldienstes kann der Personaldienst schon seit längerem nicht mehr in sinnvollem Umfang alle Dienstleistungen erbringen und z.B. die Bereiche bei der Rekrutierung von Personal nur ungenügend unterstützen. Zudem häufen sich im Personaldienst Überstunden an. Mehr Ressourcen werden auch benötigt, um aufwändige Projektentwicklungsprozesse zu begleiten, z.B. das Projekt Falllast bei der Sozialhilfe oder auch Weiterentwicklungen bei der Arbeitsintegration oder bei der Hauptabteilung Sozialversicherungen. Dazu möchte ich noch anmerken, dass das Projekt Falllast auf gutem Weg ist, aber man noch nicht sagen kann, dass das jetzt – Stand heute – schon definitiv abgeschlossen ist. Wenn der Personaldienst seine Aufgaben wegen mangelnden Ressourcen nicht vollumfänglich erfüllen kann, müssen sich Vorgesetzte aus den Bereichen um Sachen kümmern, die effizienter vom zentralen Personaldienst des Departementssekretariats erbracht werden könnten. Das scheint uns sehr ineffizient. Zudem ist eine Anhäufung von Überstunden über eine längere Zeitdauer auch aus gesundheitlicher Sicht problematisch.

Wir lehnen den Kürzungsantrag der FDP daher ab.

M. Zehnder (GLP): So wie Silvana ausgeführt hat, wollte ich es auch ungefähr sagen – aber viel kürzer. Vielen Dank.

Uns konnte auch per Mailkontakt klar gemacht werden, dass wir der Reduktion nicht zustimmen sollten. Zwar wurde noch ausgeführt, dass es ein Bereich ist mit üblicherweise hohen Fluktuationen und wir sind der Meinung, das wäre ein operatives Geschäft, wo man eigentlich mal schauen sollte, dass diese Fluktuationen etwas abnehmen, dass wir allenfalls auch Leute anstellen, die die Anstellung im Personaldienst nicht als Sprungbrett für die weitere Karriere anschauen.

Wir lehnen den Antrag der FDP ab und finden, dass die Stellenerhöhung so moderat ist und sie uns erklärt werden konnte.

F. Heer (Grüne/AL): Die Begründung dieser Erhöhung vom Budget des Departementssekretariats ist begründet, sinnvoll und dringlich notwendig. Das wurde plausibel dargestellt. Meine Ausführungen in der Kommission dazu waren anscheinend Grund genug, dass die SSK dieser Erhöhung bereits 9:0 zugestimmt hat.

Meine Vorredner haben es ausgeführt, wo die Dringlichkeit überall besteht. Das wiederhole ich jetzt aufgrund der Uhrzeit von 22.01 nicht mehr. Selbstverständlich bleibt auch nach dem Rückkommensantrag der FDP die sachlogische Begründung bestehen.

Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion diesen Antrag ab.

Stadtrat N. Galladé: Es ist einfach so. Die Kommissionsberatungen waren, glaube ich, schon ziemlich über der Zeit, als wir dazu gekommen sind. Vielleicht ist das Thema deshalb rasch durchgerutscht. Wir haben es deshalb auch nicht mehr besprechen können, weil es einerseits abgenommen worden ist und nachher das Rückkommen nicht angenommen wurde. Und wenn die Kommission etwas einstimmig beschliesst und nicht auf ein Rückkommen eintreten will, sagt der Stadtrat nichts.

Ich konnte meine Begründungen dann per Mail nachliefern, als der Antrag gestellt wurde.

Das ist entsprechend auf die eine oder andere Seite gewürdigt worden, in der ganzen Breite, wie man das auch noch interpretieren kann.

ber ich glaube, im Grossen und Ganzen stimmt alles und ich wünsche einen guten Entscheid.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist dieser Antrag klar abgelehnt. Damit habt Ihr das Budget der Produktegruppe Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bewilligt.

Aufgrund der Zeit unterbrechen wir an dieser Stelle. Ich habe nicht bei jedem Votum auf die Uhr geschaut. Es hatte solche, die klar länger gingen als 3 Minuten. Es liegt in Eurer Hand, in der nächsten Sitzung dann bis 18.30 Uhr mit dem Budget fertig zu werden oder nicht, indem Ihr Euch kurz haltet oder nicht.

Mein Ziel wäre eigentlich, dass wir nicht nur mit dem Budget fertig werden, sondern mindestens auch noch die beiden Überweisungen machen könnten und wenn möglich noch die ersten beiden Antworten, die schon zwei Jahre alt sind.

Aber wie gesagt: Es liegt an Euch, wie lange Ihr Eure Voten hält.

Ich wünsche Euch einen guten Abend – wir sehen uns nächste Woche wieder.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)